



Thema:
Protest! – Für Freiheit
und Gerechtigkeit





Editorial



Als sich in den Jahren 1524–1525 die Bauern – und auch vereinzelt Bäuerinnen – erhoben, hatte sich viel Wut über ihre Lebensbedingungen und die Versuche der Obrigkeit, mehr herrschaftliche Durchdringung zu erreichen, angestaut. Der Wunsch nach Freiheit und Gerechtigkeit führte in Thüringen, Sachsen und im süddeutschen Raum zum Bauernkrieg. Die beteiligten Bäuerinnen und Bauern forderten dabei die Wiederherstellung ihrer mündlich tradierten Rechte. In den in Memmingen niedergeschriebenen *12 Artikeln* wurden diese Forderungen verschriftlicht. Über den noch jungen Buchdruck fanden sie in Flugblättern weite Verbreitung und Rezeption. Der Bauernkrieg scheiterte zwar letztlich militärisch, die Bauern wurden besiegt und viele Forderungen erst Jahrhunderte später verwirklicht. Ihre Ideen und Vorstellungen inspirierten jedoch spätere Revolutionen und die Ereignisse vor 500 Jahren weisen Parallelen zu heutigen Protestbewegungen auf.

Ausgehend vom Bauernkrieg werden in diesen *Archivnachrichten* Protest und der Kampf um (Freiheits-)Rechte bis in die Gegenwart hinein thematisiert. Zentrales Element aller Protestbewegungen ist – ausgehend von Wut und Empörung angesichts aktueller Zustände – der Wunsch nach mehr Freiheit und Gerechtigkeit. Die Auslöser für Proteste können so unterschiedlich sein, wie die Methoden der Umsetzung. Während jeder Protestbewegung entscheidet sich aufs Neue, ob der Protest mit friedlichen Mitteln ausgetragen wird oder ob gewalttätige Auseinandersetzungen als angemessen betrachtet werden: Von friedlichen Demonstrationen und Menschenketten über Protestlieder und Manifeste, Petitionen und Klagen bis hin zu Revolutionen und Bürgerkriegen eröffnet sich ein breites Spektrum. Im einführenden Beitrag zum Bauernkrieg und den weiteren Artikeln gehen die Autorinnen und Autoren den

unterschiedlichen Aspekten von Protest in den letzten 500 Jahren nach.

Als *Geschichte original* werden die Ereignisse der *Weinsberger Bluttat* im Jahr 1525, einer brutalen Auseinandersetzung im Kontext des Bauernkriegs, aufgegriffen und hierzu Quellen für den Unterricht präsentiert. Die Ereignisse von Weinsberg prägten das Bild vom mordenden und plündernden Bauern und führten so zur klaren Ablehnung vieler Adliger gegenüber den Forderungen der Bauern. Mit Schülerinnen und Schülern lassen sich unterschiedliche Fragestellungen nach Verantwortung und Schuld anschaulich mit dem Quellenmaterial erarbeiten.

Auch in diesen *Archivnachrichten* berichten wir über aktuelle Entwicklungen und Projekte im Landesarchiv: Das Staatsarchiv Sigmaringen hat eine neue Leitung, ausgewählte Archivalien wurden mit einem 3D-Scanner digitalisiert und das Archivportal-D feiert seinen 10. Geburtstag. Zudem finden Sie wie immer Beiträge zu neu erschlossenen sowie neu übernommenen und gesicherten Beständen. Wir laden Sie in diesem Herbst und Winter herzlich zu den Ausstellungen *Ein königlicher Traum. Wiederentdeckte Pläne für Schloss Rosenstein* und *Herzog Ulrich und die Bauern* nach Stuttgart ein.

Ich wünsche Ihnen vielfältige Entdeckungen bei der Lektüre der Archivnachrichten

Ihre

* Dr. Verena Schweizer
Redaktion der Archivnachrichten

1 Aufständische Bauern vor dem Kloster Weißenau. Ausschnitt aus der Weißenauer Chronik von Jacob Murer 1525, Kopie von 1725.

Vorlage: LABW, HStAS B 523 Bd. 58 Bl. 4

Inhalt

- ✱ **Thema:
Protest!
Für Freiheit und
Gerechtigkeit**
- 8 Entscheidung vor Weingarten**
Der Bauernkrieg 1524–1525
– Marco Veronesi
- 14 Viehraubende Adlige und
aufsässige Untertanen –
oder ein Irrtum?**
Ein Konflikt zu Bauerbach in den
1450er Jahren
– Stefan Bröhl, Benjamin Torn
- 16 Ein Held auf der Insel Reichenau**
Was eine Urfehde aus dem Jahr
1525 über die Geschehnisse des
Bauernkriegs berichtet
– Rainer Brüning
- 18 Der Preis der gescheiterten
Rebellion**
Entschädigungsleistungen nach
dem Bauernaufstand zwischen
Nordschwarzwald und Oberem
Neckar (1525–1527)
– Clemens Regenbogen
- 20 Aufstand im Musterland**
Hohenlohe-Kirchberg und das neue
Selbstbewusstsein der Bauern
– Helmut Wörner
- 22 Schwerer Landfriedensbruch
auf dem Dorf**
Aus der Akte „Bestrafung des
Adam Mauz & Consorten von Oß-
weil wegen Aufruhrs“
– Kai Naumann
- 24 Ein Streik eskaliert**
Der Oberbadische Aufstand 1923
– Annette Riek
- 26 Von Saalschlachten
und Fackelzügen**
Politische Proteste am Ende der
Weimarer Republik im Spiegel der
Überlieferung des Amtsgerichts
Stuttgart
– Peter Müller
- 28 Protestschreiben von Eltern,
Praktikantinnen und
Zivildienstleistenden an
Kinderkureinrichtungen und
Aufsichtsbehörden**
Über die Bedingungen von und den
(Nicht-)Umgang mit Beschwerden
– Corinna Keunecke
- 30 »Ich bin Betroffene, kein Opfer«**
Die Partizipation der Betroffenen
am Aufarbeitungsprozess der
Kinderverschickung
– Sina Fritsche
- 31 »Ham Sie schon immer so
ne mutige Haltung g’habt?«**
45 Jahre Christopher Street Day
in Stuttgart
– Eva Rincke
- 32 Ein Meilenstein der
Umweltbewegung**
Die Proteste gegen das
Atomkraftwerk Wyhl
– Annika Ludwig
- 34 Erfolgreicher Protest
des BUNDSCHUH**
Widerstand unter Rückbeziehung
auf historische Ereignisse
– Claudia Wieland
- 36 Ziviler Ungehorsam in Mutlangen**
Was bleibt vom Protest?
– Elke Koch
- 37 Proteste gegen Stuttgart 21**
Unterlagen des Polizeipräsidiums
Stuttgart im Staatsarchiv
Ludwigsburg
– Martin Häußermann
- 38 Gedenken vereinnahmen
und missbrauchen**
Die Instrumentalisierung des
Bauernkrieges durch die
extreme Rechte
– Anton Maegerle

* Archiv aktuell

- 39 **Wechsel an der Spitze des Staatsarchivs Sigmaringen**
Christoph Schlemmer hat die Nachfolge von Franz-Josef Ziwes angetreten
– Maria Wetzler
- 40 **Das Landesarchiv Baden-Württemberg feiert**
10 Jahre Archivportal-D
– Denise Ruisinger
- 42 **Die Bundesrepublik Deutschland ist kein sicherer Ort mehr für Juden**
Jüdische Allgemeine-Chefredakteur zu Gast in der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
– Anton Maegerle
- 43 **Mehr als nur Flachware**
3D-Digitalisierungsaktion ausgewählter Archivalien im Landesarchiv Baden-Württemberg
– Wolfgang Krauth, Patrick Leiske
- 44 **Lost Places auf der Spur**
Verborgene Plätze der hohenlohischen Geschichte
– Ulrich Schludi
- 45 **Von Schwaben nach Spanien und zurück**
Die »Cantigas de Santa Maria« im Mittelalter und heute – ein deutsch-spanisches Erlebnis
– Peter Rückert

* Quellen griffbereit

- 46 **Von Achternbusch bis Zuckmayer**
Stückearchiv des Schauspiels Stuttgart verzeichnet
– Peter Müller
- 47 **Württembergische Wehrmachtssoldaten erinnern sich**
Unterlagen zur militärischen Erinnerungskultur in Südwestdeutschland erschlossen
– Frederick Bacher

* Kulturgut gesichert

- 48 **Prunk und Politik**
Ein politisches Testament gebunden in Samt und Brokat...
– Sindy Brödnö
- 50 **Was tun im Angesicht des »Akten-Tsunamis«?**
Das Staatsarchiv Ludwigsburg übernimmt Rekordmengen archivwürdiger Unterlagen
– Andreas Weber
- 51 **Schuften für einen Unrechtsstaat**
Hauptstaatsarchiv Stuttgart erwirbt wichtige Chronik des Reichsarbeitsdienstlagers in Heubach aus der NS-Zeit
– Frederick Bacher
- 52 **»Diplomaten in Weiß«**
Nachlass des Stuttgarter Turners Erich Wied im Sportarchiv gesichert
– Markus Friedrich

* Archive geöffnet

- 53 **Ein königlicher Traum. Wiederentdeckte Pläne für Schloss Rosenstein**
Ausstellung über die Entstehungsgeschichte des Landhauses auf dem Rosenstein für Katharina und Wilhelm I. von Württemberg im Hauptstaatsarchiv Stuttgart
– Thomas Fritz
- 54 **»Herzog Ulrich und die Bauern im Krieg von 1525«**
Eine Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart
– Peter Rückert

* Junges Archiv

- 55 **Archiv & App im Staatsarchiv Ludwigsburg**
Spielerisches Entdecken von Archivquellen mit dem digitalen Tool »Learningapps«
– Emma Barthold

* Geschichte Original

- 56 **Weinsberger Blutostern 1525**
Bauern vollziehen an Graf Ludwig von Helfenstein und seinen Rittern eine demütigende Landsknechtsstrafe
– Ulrich Maier



Protest – Für Freiheit und Gerechtigkeit

*Alemannenvolk
ist bös brüskiert
100 000 Unterschriften
ignoriert*





Cover:

Das Bundesheer und Bauernheer vor Weingarten. Weißenauer Chronik von Jacob Murer 1525, Kopie von 1725.

Vorlage:

LABW, HStAS B 523 Bd. 58 Bl 9

Sasbach: Kundgebung gegen Bleiwerk Marckolsheim und Atomkraftwerk Wyhl; Protestversammlung, 10. November 1974.

Aufnahme: Willy Pragher

Vorlage:

LABW, StAF W 134 Nr. 099574e

Freiburg im Breisgau: Demo gegen die Volkszählung, 25. Mai 1987.

Aufnahme: Marlís Decker

Vorlage: LABW, StAF W 140 Nr. 08771

Friedenscamp in Mutlangen, 30. August 1983.

Aufnahme: Burghard Hüdíg

Vorlage:

LABW, HStAS Q 2/50 Nr. 14167

Diese Seite:

Sasbach: Kundgebung gegen Bleiwerk Marckolsheim und Atomkraftwerk Wyhl; Protestversammlung im Regen mit Plakaten, 10. November 1974.

Aufnahme: Willy Pragher

Vorlage: LABW, StAF W 134 Nr. 09957

Das Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit führte zu unterschiedlichen Protestbewegungen und Formen des Protests. Gemeinsam sind diesen allen die Wut über aktuelle Zustände und das Eintreten für bestimmte Rechte: Vom Bauernkrieg über dörfliche Konflikte, Aufstände der Arbeiterschaft, politischen Protestaktionen, Protesten im Kontext der Kinderverschickung bis hin zu Protesten aus der Zivilgesellschaft wie gegen das Atomkraftwerk Wyhl, die Teststrecke Boxberg, die Stationierung von Pershing-II-Raketen in Mutlangen und Stuttgart 21.

Entscheidung vor Weingarten

Der Bauernkrieg 1524-1525

✳ **Das Landesmuseum Württemberg bietet zum 500-jährigen Gedenken an den Bauernkrieg mehrere Ausstellungen, Storytelling auf Instagram sowie eine landesweite »Roadshow« zum Thema:**

UFFRUR!

Utopie und Widerstand im Bauernkrieg 1524/25
26. April - 5. Oktober 2025
Kloster Schussenried

PROTEST!

Von der Wut zur Bewegung
27. Oktober 2024 - 5. Mai 2025
Altes Schloss Stuttgart

ZOFF!

27. Oktober 2024 - 3. August 2025
Kindermuseum Junges Schloss
im Alten Schloss Stuttgart

LAUT

seit 1525
Sommer 2024 - Herbst 2025
Instagram

UFFRUR!

on the road
1. Mai - Herbst 2025
Roadshow an 20 Orten des
Bauernkriegs in der ganzen Region



- 1 Die »12 Artikel« (Forchheimer Druck): Auch Landsknechte waren unter den aufständischen Bäuerinnen und Bauern. Gefordert wurde u. a., das adlige Jagdprivileg abzuschaffen, denn Gott habe allen Menschen gleichermaßen »Gewalt« über Fische und Vögel gegeben.

Vortage: Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ldb1 LOT 31

An Ostern 1525 standen sich nahe des ober-schwäbischen Weingarten die aufständischen Bauern (und Bäuerinnen!), namentlich der *Seehaufen* und Teile des *Allgäuer Haufens* einerseits, und die Truppen des Schwäbischen Bundes unter ihrem obersten Feldhauptmann Georg Truchsess von Waldburg, der *Bauernjörg* andererseits, gegenüber. *Haufen* war die dem Landsknechtwesen entnommene Bezeichnung für die militärische Standardformation der Zeit und keineswegs eine despektierliche Bezeichnung für die militärisch gut organisierten Bauern. Der Beiname *Bauernjörg* für den Hauptmann der Bundestruppen stammt aus der Zeit nach dem Krieg – nachdem dieser die Aufständischen mit roher Gewalt niedergeworfen hatte. Als er den Bäuerinnen und Bauern bei Weingarten gegenüberstand, hatte er damit bereits begonnen, etwa bei Leipheim an der Donau, wo zwei Wochen zuvor Tausende seinen Truppen zum Opfer gefallen waren. Weingarten war vermutlich das entscheidende Aufeinandertreffen des Krieges, und das, obwohl es zur Schlacht gar nicht gekommen ist, sondern zur vertraglich festgehaltenen Schlichtung. Entscheidend war vielmehr, dass die bäuerlichen Haufen in diesem Aufeinandertreffen den Bundestruppen ohne jeden Zweifel überlegen waren, die Konfrontation aber nicht wagten. Sie waren – der Seehaufen – mit der für sie nicht sehr vorteilhaften Schlichtung zufrieden oder zogen sich – die Allgäuer – nur vorläufig zurück, um sich neu zu formieren.

Spätestens vor Weingarten manifestierten sich also die grundlegenden Fragen jedes organisierten Protests, jeder Revolte, jedes Aufstands: Was gilt es zu erreichen, ist es den Einsatz wert, und überhaupt: Ist Gewalt ein legitimes Mittel? Nicht zuletzt aus diesen Fragen bezieht der Bauernkrieg von 1525 seine Aktualität, deren Brisanz sich schon jetzt zeigt, etwa bei den Diskussionen um das geplante Bauernkriegs-Denkmal in Weingarten.

Wie war es nun dazu gekommen, dass sich Bäuerinnen und Bauern und Adel in Waffen gegenüberstanden? Ohne hier auf die Revolten der Zeit um 1500 näher einzugehen – die Bundschuh-Aufstände und der *Arme Konrad* in Württemberg – sei gesagt, dass die sozialen und ökonomischen Fragen, die dem Konflikt zugrunde lagen, seit vielen Jahrzehnten bestanden. Die Grundherren forderten beständig höhere Abgaben und mehr Frondienste von den Bäuerinnen und Bauern – doch ist zweifelhaft, ob sie dazu durch die vielbeschriebene ökonomische *Krise des Spätmittelalters* gleichsam gezwungen waren, oder ob sie nicht vielmehr die Möglichkeiten des kommerziellen Aufschwungs dieser Jahre für sich nutzen wollten, indem sie mehr Lebensmittel und Rohstoffe auf die Märkte zu bringen versuchten. Sie griffen auch vermehrt und immer hartnäckiger auf den gemeinschaftlichen Besitz der Bäuerinnen und Bauern zu, die um das Dorf gelegenen Wiesen und Wälder der *Allmende* – vielleicht strebten sie eine bessere administrative Durchdringung ihres Herrschaftsbereichs an (die durchaus ihre positiven Seiten hatte und dem allgemeinen Nutzen oft zuträglich war). Doch auch hier ließe sich dagegen halten, dass dies letztlich nur der besseren Ausbeutung des Landes in einem frühkapitalistischen und eigennützigen Sinne diene. Und auch in der Frage der Leibeigenschaft, die vielerorts der eigentliche Stein des Anstoßes war, fällt ein Urteil schwer: Das ganze 15. Jahrhundert hindurch versuchten die Herren, ihre Territorien – bis dahin Flickenteppiche, in denen die Grund- und Gerichtsrechte verschiedener Herren übereinanderlagen – rechtlich zu vereinheitlichen. Ein Mittel dazu war die Leibeigenschaft: Die Bäuerinnen und Bauern sollten alle im gleichen Rechtsverhältnis zu ihrem Herrn stehen, nicht mehr, wie zuvor, in einer Vielzahl unterschiedlicher Verhältnisse: Eigenleute, Zinserrinnen und Zinser, Lehnsleute, usw. Sie fühlten sich dadurch aber

44

Die gründelichen vñ
rechten haupt Artickel/ aller Bauers-
schafft vnd Hyndersessen der Geyst-
lichen vñnd Wellichen oberkeyten/
von welchen sie sich beschwert ver-
meynen/ Auch die handlung vñ
Instruction so furgenommen wor-
den seynn von allen Kotthen
vnd hauffen der Bauren/

Im XXX. Iar.



2



- 2 Medaille für Georg III. Truchsess von Waldburg aus dem Jahr 1520: Die Porträtmedaille zeigt den Truchsess im Alter von 32 Jahren. Fünf Jahre später wurde er zum Obersten Feldhauptmann des Schwäbischen Bundes ernannt und mit der Niederschlagung der bäuerlichen Erhebung beauftragt. So wurde er zum »Bauernjörg«.

Vorlage: Landesmuseum Württemberg, MK 3944

- 3 Die »Weißenauer Chronik«, eine einzigartige Bildquelle des Bauernkriegs: Die Bäuerinnen und Bauern des Dorfes Ummendorf ergeben sich dem »Bauernjörg« auf Gnade und Ungnade. Die hier gezeigte Kopie der Weißenauer Chronik von 1725 wird in der Stuttgarter Ausstellung »Protest!« zu sehen sein, das Original aus dem Jahr 1525 in der Ausstellung »Uffrur!« im Kloster Schussenried.

Vorlage: LABW, HStAS B 523, Bd. 58, Bl 8

- 4 Urfehde der Magdalena Scherer vom 8. Februar 1526: Die Stuttgarter Baderstochter unterstützte die mit Herzog Ulrich verbündeten Bäuerinnen und Bauern und bediente sich dabei auch recht kurioser Protestformen – für die sie schließlich verurteilt wurde und Urfehde schwören musste.

Vorlage: LABW, HStAS A 44 U 4322

in ihren Freiheiten beschnitten, auch wenn, wie in Württemberg, die Belastungen durch die Leibeigenschaft relativ moderat waren.

Als Beginn des Bauernkriegs gilt gemeinhin der, auch nach damaligem Verständnis, jegliches Maß überschreitende Wunsch, den im Sommer 1524 die Herrin des südbadischen Stühlingen, Landgräfin Clementia von Lupfen, gegenüber den Bäuerinnen und Bauern ihrer Grafschaft äußerte: Sie sollten, mitten in der Erntezeit, Schneckenhäuser sammeln, damit der Landgräfin Mägde Garn darauf wickeln könnten! Die Bäuerinnen und Bauern wehrten sich vehement gegen diese Anmaßung. Was folgte, verweist auf eine oft übersehene Dimension des Konflikts, nämlich das hohe Maß an Verrechtlichung. Die Bäuerinnen und Bauern verlangten die Bewahrung des *Alten Rechts*, also der mündlich überlieferten Rechtsgewohnheiten, und sie verfassten dazu umfassende, in *Artikel* gegliederte Beschwerdeschriften, in denen sie ihre Forderungen einzeln formulierten und begründeten. Nicht selten nahm dies die Form gerichtlicher Auseinandersetzungen mit den Herren an, und oft landeten die Fälle vor dem Reichskammergericht oder auch beim Kaiser selbst. Unter den Bäuerinnen und Bauern gab es durchaus juristisch bewandte Leute, und auch, dass man bei prominenten Rechtsgelehrten, etwa in Tübingen, um Unterstützung nachfragte, ist bekannt. Dies ist wichtig zu notieren, denn allzu oft herrscht im allgemeinen Verständnis das Bild der ungehobelten, mit Mistgabeln bewaffneten Bäuerinnen und Bauern vor. Sicher, es war Wut im Spiel – aber der Bauernkrieg war mehr als der bloße Ausbruch eines allgemeinen Volkszorns. Die Stühlinger Rechtssache zog sich jedenfalls bis in das Frühjahr 1525, ohne dass es aber zu einer Lösung gekommen wäre.

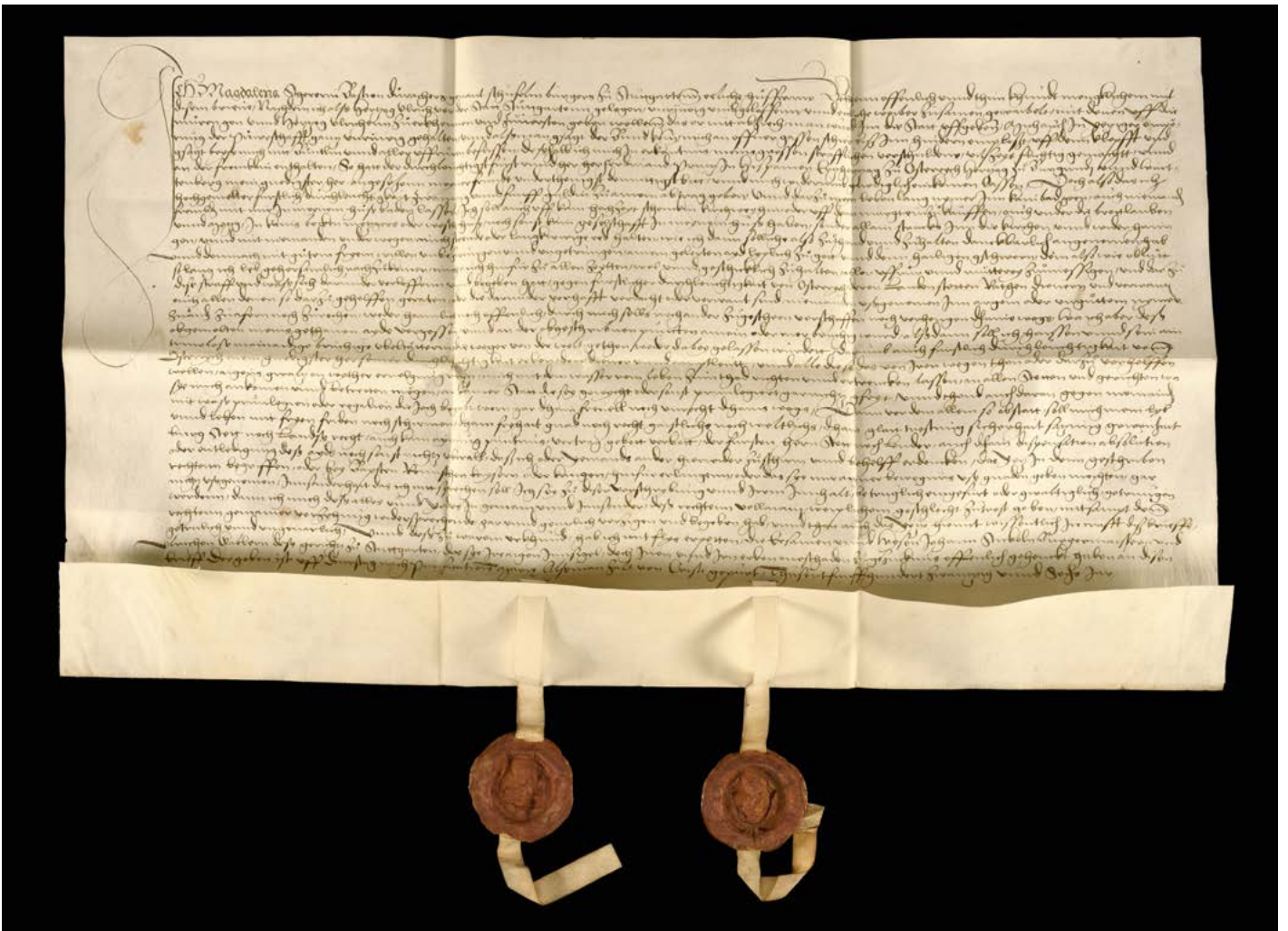
Neu war die mediale Dimension des Konflikts. Als sich Anfang März in Memmingen die Vertreter der drei oberschwäbischen *Haufen*

versammelten (in der entsprechenden Liste finden sich nur Männer), einigten sie sich auf einen gemeinsamen programmatischen Katalog ihrer Forderungen, die bekannten *12 Artikel*. Die Bäuerinnen und Bauern verlangten freie Wahl des Dorfpfarrers, den Zugriff auf die entfremdeten Allmendegüter und natürlich ihre persönliche Freiheit: *das wir frey seyen und woellen sein*, heißt es im bekannten dritten Artikel. Das Neue war nun, dass die *12 Artikel* nicht mehr nur als handschriftliche Beschwerdeschrift existierten, sondern schon wenige Tage später in Druck gingen. Aus der Druckwerkstatt des Jakob Ramminger in Augsburg stammt der Erstdruck, Dutzende weitere Ausgaben wurden in den darauffolgenden Wochen in ganz Süddeutschland und auch in Thüringen, Straßburg, Regensburg und sogar in Breslau gedruckt. Die Auflage ging in die Tausende, überall konnten sich die Aufständischen nun auf ein gemeinsames Ziel berufen und dabei die gleichen Worte benutzen.

Eine weitverbreitete Praktik unter den Aufständischen war die gegenseitige Anrede als *Brüder*, selten auch als *Brüder und Schwestern*. Damit ist, was die Triebfedern des Aufstandes betrifft, noch auf die Bedeutung der Reformation hinzuweisen: Die zahlreichen *Bruderschaften*, die gegründet wurden, oder etwa die in der Korrespondenz der bäuerlichen Kanzleien immer wiederkehrende Beschwörung der *brüderlichen Liebe* (die man bisweilen auch auf die Herren ausgedehnt verstanden haben wollte, so sich diese den Bruderschaften angeschlossen hätten), war natürlich ein zutiefst reformatorischer Gedanke. Viele der sozialen Forderungen der Bauern wurden schon weit vor der Reformation formuliert, doch die zumindest anfängliche Sympathie der Reformatoren mit den Bauern (und Bäuerinnen?), Luthers *Freiheit eines Christenmenschen* und nicht zuletzt die Betonung des Brüderlichen und damit des *Gemeindlichen*, wie es die Bäuerinnen und Bauern in der Dorf-



3



4



5

- 5 Albrecht Dürer, Das Tanzen der Bauernpaar, 1514.

Vorlage: Staatsgalerie Stuttgart

- 6 Hans Sebald Beham, Die Dorfkirchweih, 1535: Solche Darstellungen bäuerlicher Feste gehörten meist in das Genre des »Bauernspott« - gezeigt wurde die bäuerliche Derbheit und Tölpelhaftigkeit. In den Städten amüsierte man sich über solche Darstellungen. Vielleicht war es eine Ironie der Geschichte, dass die Kirchweih im südbadischen Hülzingen, im Oktober 1524, der »Startschuss« zum Bauernkrieg war.

Vorlage: Herzog Anton Ulrich-Museum Braunschweig, Druckgraphik HSBeham AB 3.93H

gemeinde lebten, waren wichtige Elemente der größeren sozialen Bewegung.

Weingarten war vermutlich die letzte Chance für die Bäuerinnen und Bauern, einen militärischen Sieg zu erringen. Aus zwei Gründen: Erstens zogen dem Bundesheer immer mehr Landsknechte zu, nachdem sie für Kaiser Karl bei Pavia, Ende Februar 1525, die Schlacht gegen Frankreich hatten gewinnen können. Und zweitens verübten die Bäuerinnen und Bauern – belegt ist die Teilnahme einer gewissen Margarete Renner aus Böckingen – am selben Tage, als sich die Truppen in Weingarten gegenüberstanden, ein Massaker an der Besatzung der Burg Weinsberg. In der Kommandozentrale des Schwäbischen Bundes führte dies dazu, dass der kompromissbereite Teil des schwäbischen Adels in die Minderheit geriet. Georg von Waldburg gewann nun Schlacht um Schlacht: Am 12. Mai massakrierte er die württembergischen Bäuerinnen und Bauern des *Hellen christlichen*

Haufens bei Böblingen, am 2. Juni fielen ihm die Aufständischen des *Hellen lichten Haufens* der Neckartaler und Odenwälder Bäuerinnen und Bauern zum Opfer (in dem zuvor schon der *Schwarze Haufen* Florian Geyers aufgegangen war) und Mitte Juli schließlich, an der Leubas, auch der *Allgäuer Haufen*, der sich nach Weingarten nochmals erhoben hatte. Nicht besser erging es den Aufständischen in der Pfalz, im Elsass, in der Schweiz, in Tirol und natürlich in Thüringen unter Thomas Münzer, die sich allesamt verschiedenen fürstlichen Herren gegenüber fanden. Mehr als 50.000, vielleicht 100.000 Bäuerinnen und Bauern hatten den Tod gefunden. Die Überlebenden konnten auf lokaler Ebene manches Zugeständnis erreichen, doch viele ihrer Forderungen konnten erst Jahrhunderte später durchgesetzt werden.

* **Dr. Marco Veronesi**, Kurator der Großen Landesausstellung »500 Jahre Bauernkrieg« 2024/45

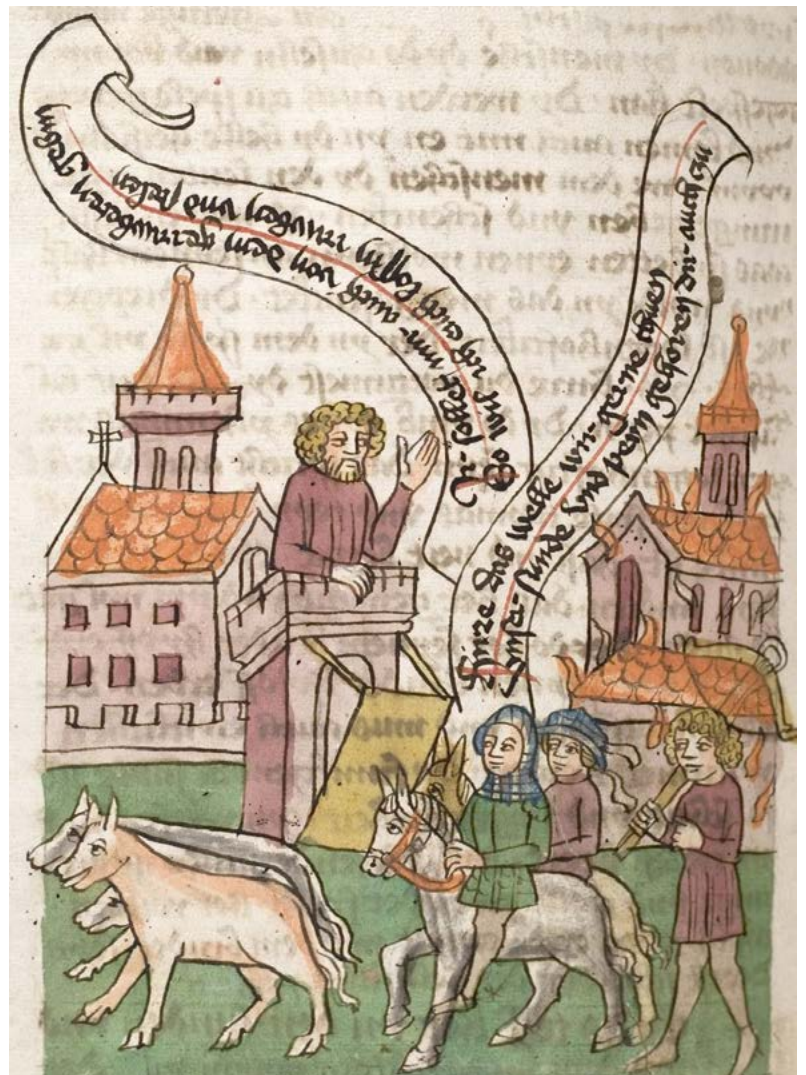
6



Viehraubende Adlige und aufsässige Untertanen – oder ein Irrtum?

Ein Konflikt zu Bauerbach in den 1450er Jahren

1



- 1 Darstellung von Viehraub und Brandschatzung, Mitte 15. Jh.

Vorlage: UB Heidelberg, Cod. Pal. germ. 438, fol. 91v (<https://heidicon.ub.uni-heidelberg.de/detail/17567>)
Public Domain Mark 1.0

- 2 Urteilsverkündung durch Pfalzgraf Friedrich I. vom 7. Januar 1454.

Vorlage: LABW, GLAK 42 Nr. 2167

Im Jahr 1453 fielen vier junge Kraichgauer Adlige – Reinhard von Sickingen, Dieter von Mentzingen und die Brüder Martin und Simon von Balzhofen – in das Dorf Bauerbach ein. Sie trieben das Vieh auf ihre befestigten Wohnsitze und ließen sich die Rücklösung teuer bezahlen: 220 Gulden mussten die Einwohner für ihre Tiere aufbringen und das rasch, denn das Vieh war für den Lebensunterhalt der Gemeinde essenziell. Das Geld wurde gezahlt, doch die Edelknechte konnten sich ihres gewonnenen Reichtums nur für kurze Zeit erfreuen.

Nach dem Einfall wandte sich nämlich die aus dem Elsass stammende Ortsherrin und Witwe, Susanna von Brunn, an den mächtigsten Mann der Nachbarschaft, den Pfalzgrafen Friedrich, zu dessen Klientel die vier Täter zählten. Aus den Prozessen vernimmt man dabei Erstaunliches: Die Adligen sahen in ihrer Tat eine gerechtfertigte Maßnahme gegen aufsässige Untertanen. Vor der *geschichte* hätte sich Susanna bei ihnen über ihre Untertanen beklagt, dass diese ihr die zustehenden Rechte und Abgaben verweigerten. Daher habe man beschlossen, die Untertanen zu strafen, zumal die Wegnahme mit *wissen, willen und gunst* Susannas geschehen sei. Nach der Tat habe die Ortsherrin sogar verlauten lassen, die Strafe sei noch zu gering ausgefallen, denn die besten Pferde wären im Dorf verblieben!

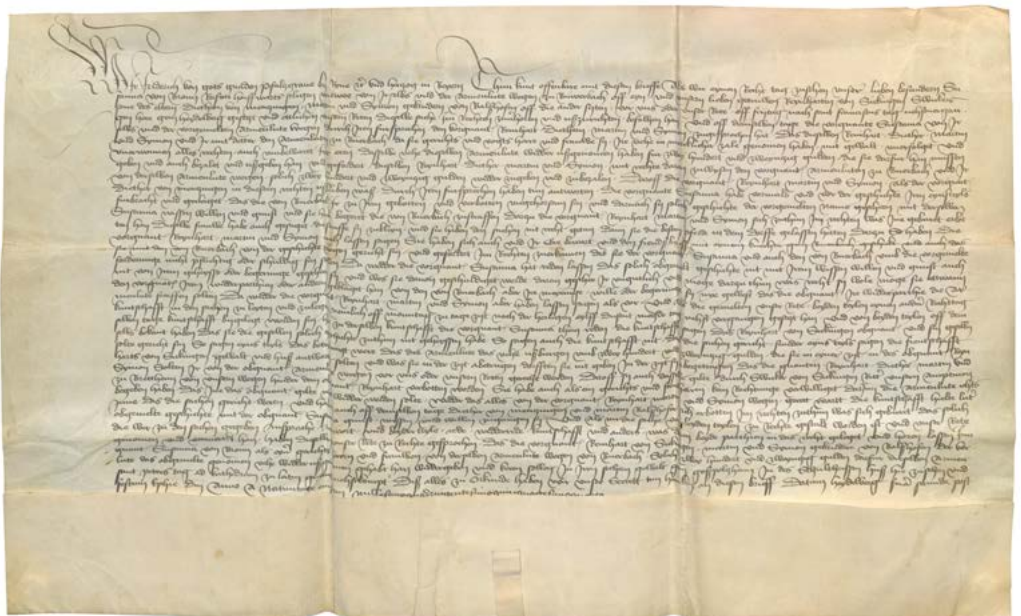
Susannas Erwiderung im Prozess war eher lakonisch. Die Wegnahme sei weder mit ihrer Zustimmung noch auf ihr Ansinnen hin geschehen. Zwar habe sie sich etwas über die Bauer-

bacher beklagt, doch keinesfalls sei es ihr Wille gewesen, dass die Leute derart gestraft würden. Die fürstlichen Räte schenkten ihr jedenfalls Glauben und bestätigten ein Urteil, das die Rückzahlung der 220 Gulden über Susanna an die geschädigte Gemeinde vorsah; das gezahlte Geld hatte der pfalzgräfliche Amtmann zu Bretten, Swicker von Sickingen, bereits beschlagnahmt.

Im deutschen Südwesten schwelte es auch im Vorfeld der großen Erhebungen, wie dem Bundschuh und dem Bauernkrieg, mannigfaltig zwischen Obrigkeit und Untertanen. Dass es nicht allorts brannte, dazu mögen Prozesse der Verrechtlichung und der gütlichen wie rechtlichen Konfliktaustragung beigetragen haben. Im vorliegenden Fall wurden zwar die grundlegenden Irrungen zwischen Susanna und der Gemeinde keineswegs ausgeräumt, doch immerhin die Selbstermächtigung von Dritten und die als Hilfeleistung für eine landfremde Witwe nur schwach verbrämten Versuche zur eigenen Bereicherung abgewiesen. Und anders als vielleicht zu erwarten, urteilten die adligen Richter zugunsten der *armen leute*, der Untertanen, obgleich ihre Peers und Verwandten an der Tat beteiligt waren. Für deren Karrieren hatte die kleine Episode übrigens keine Auswirkungen: Simon von Balzhofen sollte einige Jahre später auf höchste Amtspositionen im Fürstentum der Pfalz aufsteigen und zur rechten Hand des Pfalzgrafen werden.

* Stefan Bröhl, Benjamin Torn

2



Ein Held auf der Insel Reichenau

Was eine Urfehde aus dem Jahr 1525 über die Geschehnisse des Bauernkriegs berichtet

1 Urfehde vom 11. Dezember 1525 (Pergamenturkunde). Hans Blum bekennt, dass er sich in „vergangener purischer Embörung“ für den „gemainen Man“ auf der Insel Reichenau eingesetzt, die Untertanen des Gotteshauses vor dem Angriff der Fürsten gewarnt und den Abt geschmäht habe.

Vorlage: LABW, GLAK 5/14104

Im Weingartener Vertrag vom 17. April 1525 hatten sich die Aufständischen des Bodenseeraums zu einem Kompromiss mit ihren Herren bereitgefunden. Der militärisch schlagkräftige Seehaufen legte die Waffen nieder und ermöglichte so dem Schwäbischen Bund sich zu organisieren und danach die Bauern andernorts zu massakrieren. Dass die Geschichte für die Beteiligten damit aber noch nicht vorbei war, zeigt eine Pergamenturkunde vom 11. Dezember 1525, die die Urfehde des Hans Blum von der Insel Reichenau enthält. Zum Zeichen der Wiederherstellung der *gottgewollten Ordnung* musste er öffentlich Buße tun, um aus dem Gefängnis des Abts Markus von Knöringen wieder freizukommen.

Was war geschehen? Hans Blum hatte die bewaffnet versammelten Bewohner der Reichenau vor einem unmittelbar bevorstehenden nächtlichen Überfall der Fürsten gewarnt, Sturm läuten, die Burg Schopflen besetzen und eine ernste Warnung an die Gegner auf der anderen Seite des Wassers in Radolfzell schicken lassen, wodurch die Pläne der Angreifer vereitelt wurden. In seinen eigenen Worten zusammengefasst: Er habe *den gemainen Man dazumal also ufrurig und bewegig gemacht*. Bei den sich anschließenden Beratungen der aufständischen Bauern im Kloster habe er sich als Vertreter der hiesigen Untertanen vehement gegen den Abt ausgesprochen, ihn geschmäht und sich sogar über ihn

lustig gemacht: *Wiste das der Knorringer, das ich Appt in synem Gotzhus worden, er wurde mir den Kopff undern Achsslen abhawen*. In der Tat schien die Welt für die einfachen Menschen jetzt für einen Augenblick auf dem Kopf zu stehen und ihre Freiheit zum Greifen nahe zu sein.

Als Rädelsführer identifiziert, rettete Hans Blum am Ende des furchtbaren Jahres 1525 nebst der Fürbitte seiner Frau und zahlreicher Freunde vor allem die im Frühjahr zugesagte Amnestie, mit der die Gegend wieder befriedet werden sollte. Doch ein öffentliches Schuldbekennnis musste sein. Es schließt nach dem Dank für die unverdiente Gnade des Abts wie üblich mit dem Schwur, so etwas niemals wieder zu tun und sich für das erlittene Gefängnis nicht zu rächen. Das notwendige Siegel für die Urkunde stellte in diesem Fall der Oberschaffer der Reichenau, Martin von Möringen, zur Verfügung.

Das Dokument selbst verblieb im Klosterarchiv und gelangte später in das Generallandesarchiv Karlsruhe. Dort war es zum 1300-jährigen Klosterjubiläum im Jahr 2024 Bestandteil der Ausstellung *Spurensuche* über die Kriminalitätsgeschichte der Reichenau. Doch wie soll der Fall beurteilt werden: Ist Hans Blum ein Verbrecher, weil er sich gegen seine rechtmäßige Obrigkeit erhob, oder ein Held, der für die Freiheit kämpfte und das Leben seiner Nachbarn rettete? ✨ **Rainer Brüning**

Zur virtuellen Ausstellung:

»Spurensuche... eine Kriminalitätsgeschichte der Reichenau«:

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/ausstellungen/76050>



Der Preis der gescheiterten Rebellion Entschädigungsleistungen nach dem Bauern- aufstand zwischen Nord- schwarzwald und Oberem Neckar (1525–1527)

1 Schloss Glatt, September 1927. Das mittelalterliche Wasserschloss Glatt wurde nach dem Bauernkrieg in den 1530er Jahren durch Reinhard von Neuneck in einen Renaissancebau umgewandelt.

Vorlage: LABW, StAS FAS H 1/1 T 3 VIII,24

2 Ansicht von Schloss und Dorf Dießen: Ausschnitt aus einem kolorierten Abriss des Engenstaler Tales zwischen Dürrenmettstetten, Haidenhof und Dießen, angefertigt von den Malern Jörg Ziegler aus Rottenburg am Neckar und Meister Hans Schickhardt aus Tübingen, 1573.

Vorlage: LABW, HStAS C3 Bü 4736

Gegen Ende April 1525 hatte der *Haufen vorm Wald* unter seinem Anführer Thomas Maier aus Loßburg das Wasserschloss der Herren von Neuneck in Glatt nahe Sulz am Neckar kampflos besetzt. Das nördlich davon gelegene Schloss der Herren von Ehingen in Dießen nahmen die Aufständischen dagegen gewaltsam ein. An beiden Orten plünderten die Bauern Hausrat, Gerät und Lebensmittel.

Spätestens nach der Niederlage der vereinigten Bauernhaufen bei Böblingen am 12. Mai 1525 setzte die Justiz der siegreichen Adligen ein. Anführer wie Thomas Maier wurden gehängt, gefangene Bauern gegen die eidliche Zusage, sich nicht zu rächen, häufig freigelassen. Neben dem Erhalt solcher *Urfehden* sann die Herren jedoch insbesondere auf Schadenersatz. Ihre Forderungen konnten sich an einzelne

Aufständische richten und individuell vereinbart werden. Im vorliegenden Beispiel kam es auf Initiative der Horber Ratsherren Peter Finnitz, Hans Herlin und Jörg Ruck am 7. August 1525 allerdings zusätzlich zu einem übergreifenden, gütlichen Vergleich zwischen den niederadligen Schlossbesitzern und den bevollmächtigten Vertretern von 15 meist alpirsbachischen oder württembergischen Orten (Insert in LABW, StAS FAS DS 27 T 1 U 203).

Bei den Vertretern handelte es sich um Amtsträger von Gemeinden, aus denen die am Aufstand beteiligten Bauern stammten, nicht jedoch um die Bauern selbst. Balthasar Glunck und Langhans Schmidt, die Bürgermeister von Dornstetten, führten die Liste an, gefolgt von Dorfvögten und Schultheißen. Sie alle bekannten, dass Einwohner ihrer Orte bei dem jüngst vergangenen *pewrischen auffruer* gegen die kaiserlichen Landfriedensgesetze und gegen die Rechte der Herren große Schäden an deren Schlössern und den Getreideeinnahmen verursacht hätten.

Vertragsgemäß hatten die Gemeinden Reinhard von Neuneck und dessen Brüdern 251 Gulden, 53 Malter Roggen, 764 Malter Dinkel (*vesen*), 685,5 Malter Hafer, 3,5 Malter Erbsen (*erbisz*) und 12 Viertel Gerste zu zahlen. Die Gebrüder von Ehingen sollten 237 Gulden, 40 Malter Roggen, 900 Malter Vesen und 600 Malter Hafer erhalten, alles nach Horber Münze und Maß. Etappenweise mussten die Geldsummen bis zum Martinstag (11. November) 1527 abgetragen werden, die Naturalien in zwei Lieferungen bis zum Hilariustag (13. Januar) 1527. Die für die Neunecker bestimmten Feldfrüchte waren in die Schlösser Glatt und Neuneck, jene für die Ehinger in das Schloss Dießen abzuliefern.

Somit hatten die Herkunftsgemeinden der aufständischen Bauern in einer Art Kollektivleistung erlittene Schäden der Herren auszugleichen. Entsprachen die verhängten Summen wohl den realen Verlusten? Laut dem Historiker Johann Ottmar waren die genannten Mengen eine harte Bürde, wenngleich die realen Lasten für den Einzelnen schwer zu beziffern sind.

Es ist bemerkenswert, dass sich mit Horb eine benachbarte Stadt als Friedenswahrerin der öffentlichen Ordnung hervortat. Als unbeteiligte regionale Akteurin besaß sie offenbar Kredit bei beiden Parteien. Im Gegensatz dazu schloss der ebenfalls von Plünderungen betroffene Alpirsbacher Abt Ulrich Hamma am 23. Oktober 1525 unmittelbar mit den Amtsträgern seiner Flecken Reutin, Peterzell, Hönweiler, Römlinsdorf und amtsangehöriger Höfe ein ähnliches Abkommen zur Wiedergutmachung mittels Naturalien und Geldern (LABW, HStAS A 470 U 709). * **Clemens Regenbogen**



1



2

Aufstand im Musterland

Hohenlohe-Kirchberg und das neue Selbstbewusstsein der Bauern

Hier gehe das Gerücht, dass die kirchbergischen Untertanen sich gegen ihren Fürsten und Herrn erhoben hätten und der sich zu seiner Sicherheit bereits preußisches Militär aus Crailsheim ins Land geholt habe, schreibt der kaiserliche Notar Messerer in Schwäbisch Hall im April 1798. Er könne es aber nicht glauben, bei dem bekannten guten Einvernehmen zwischen Fürst und Untertanen.

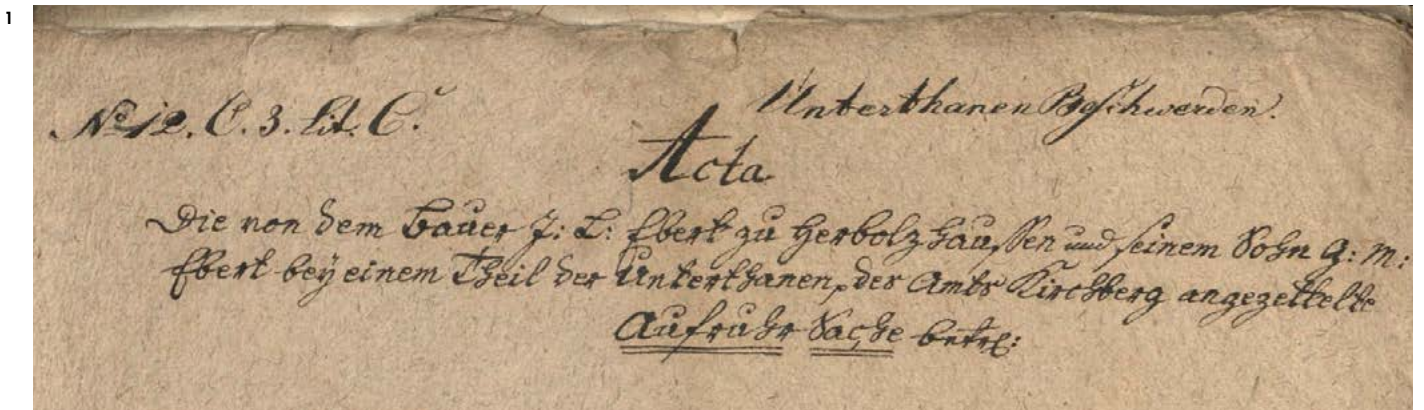
Tatsächlich kümmerte sich Fürst Christian Friedrich Carl als Landesvater gewissenhaft und mit Herzengüte um sein Land, das aus einer Stadt, Dörfern und Weilern mit rund 4.000 Menschen bestand: ein Musterland des alten Reichs. Die Ordnung im Land war gottgegeben und Maßstab das alte Herkommen, da waren sich alle einig. Doch jetzt weigerte sich der Landesausschuss *absolute*, die neu veranschlagten 1 ½ Kriegsschätzungen zu bezahlen. Als die Herrschaft zu Zwangsmitteln griff, fragten die Bauern schlicht, ob man die Soldaten abrufen lasse oder ob das Land diese wegtun müsse. Im Dorf Lendsiedel nahm eine Bauernversammlung den herrschaftlichen Schultheiß in Arrest und entsetzte ihn eines Teils seiner Aufgaben. Als man einen der Ihren in Kirchberg gefangen setzen ließ, kam es zu einem *Sturm auf Kirchberg*.

Die Forderungen hatten durchaus politischen Charakter. Beklagt wurde die Willkür der Beamten. Diese missbrauchten das Strafrecht

und wollten eine despotische Gewalt errichten. Man zielte auf eine Beteiligung und Kontrollfunktion bei der Steuerrechnung bis hin zur völligen Übernahme der Kriegskassenführung durch die Untertanen selbst. Mithilfe von Zwangsmaßnahmen und einem Urteil der Universität Altdorf gelang es nach und nach, den *Aufbruch* einzudämmen. Über 20 Beteiligte wurden mit Gefängnisstrafen belegt, die Klage der Bauern beim Reichskammergericht in Wetzlar gegen ihre Regierung im Mai 1801 endgültig abgewiesen.

In Kirchberg wurde in diesen Jahren die Bauernschaft zum politischen Akteur und zur eigentlichen Opposition. Bildungsbürger und Handwerker im Residenzort waren vom Hof abhängig und fielen als kritische Beobachter aus. Die Herrschaft sah einen *unseligen Geist der Unruhe und Gährung* am Werk. Als Haupträdelsführer machte sie Johann Leonhard Ebert in Herboldshausen aus.

Er war der größte und wohlhabendste Bauer des ganzen Landes. Das Heiratsgut seiner Töchter konnte sich mit der Ausstattung Adelliger messen. Zugleich war er unter den Bauern hoch angesehen. Ins Gefängnis wurden ihm Essen, *Caffee* und Wein *zugeschleppt*. Der Rektor des Gymnasiums brachte ihm Bücher zum Lesen. Es gab Bittgesuche, ihn vorzeitig aus dem Gefängnis zu entlassen. Auch der Herrschaft selbst galt



- 1 Die Vorgänge um den Aufstand der Bauern sind im Teilarchiv Kirchberg umfangreich dokumentiert. Die Akten gewähren auch Einblick in Mentalität und Denkweise der Akteure.

Vorlage: LABW, HZAN Ki 15
3C Nr. 12

- 2 Kirchberg an der Jagst, Rötelseichnung, um 1750. Das »Blockhaus« des Stadtturms (Bildmitte) diente als Gefängnis für die aufständischen Bauern.

Vorlage: LABW, HZAN Ki 25
Bü 3237

- 3 Markungskarte des Ortes Diembot (ehem. Herrschaft Hohenlohe-Kirchberg), 1815.

Vorlage: LABW, HZAN GA
100 Nr. 52



er lange als guter und rechtschaffener Untertan, als ehrlicher und verständiger Mann.

So trug der Aufstand ein Stück weit auch den Charakter einer Herausforderung des Fürsten durch einen Großbauern in sich. Dass es der Herrschaft trotz aller Versuche nicht gelang, Urheberschaft und Hergang des *Aufzugs* detailliert aufzuklären, verlieh Ebert erst recht die Aura eines gefährlichen Gegenspielers. Man wartete förmlich auf Zeichen der Reue. Doch Johann Leonhard Ebert bereute nicht und bat für sich selbst nicht um Gnade. Dass er diese untertänige Bitte auf Knien verweigerte, stellte letztlich das alte System in Frage. So wird aus einem verharmlosenden *Aufzug* fast eine Heldengeschichte.

Die Empörung der Bauern speiste sich aus ihrer Behandlung durch die Obrigkeit: Dass einfach über sie verfügt werden konnte. Dass sie als *rechtschaffene Bauern* wie Verbrecher in

das berüchtigte *Blockhaus* eingesperrt wurden. Sie beabsichtigten keinen Umsturz und keine Revolution. Sie wollten eigentlich nur wahrgenommen werden. So ist das wesentliche Kennzeichen dieses Aufstands und vielleicht auch seine wichtigste Nachwirkung das neue Selbstbewusstsein der Bauern, die Erfahrung, als handelnder Teil der Gesellschaft Einfluss nehmen, als einfache Bauern im fernen Wetzlar ein Verfahren gegen die eigene Herrschaft in Gang bringen zu können, auf der Bühne des Reichs. So gesehen schuf der Aufstand die grundlegenden Voraussetzungen jeder Veränderung.

Dass die Vorgänge nicht eskalierten und ohne Blutvergießen abgingen, wirft zugleich aber auch ein bezeichnendes Licht auf Konfliktfähigkeit und Lebenskunst in der Herrschaft Hohenlohe-Kirchberg, diesem kleinen Musterland des alten Reichs.

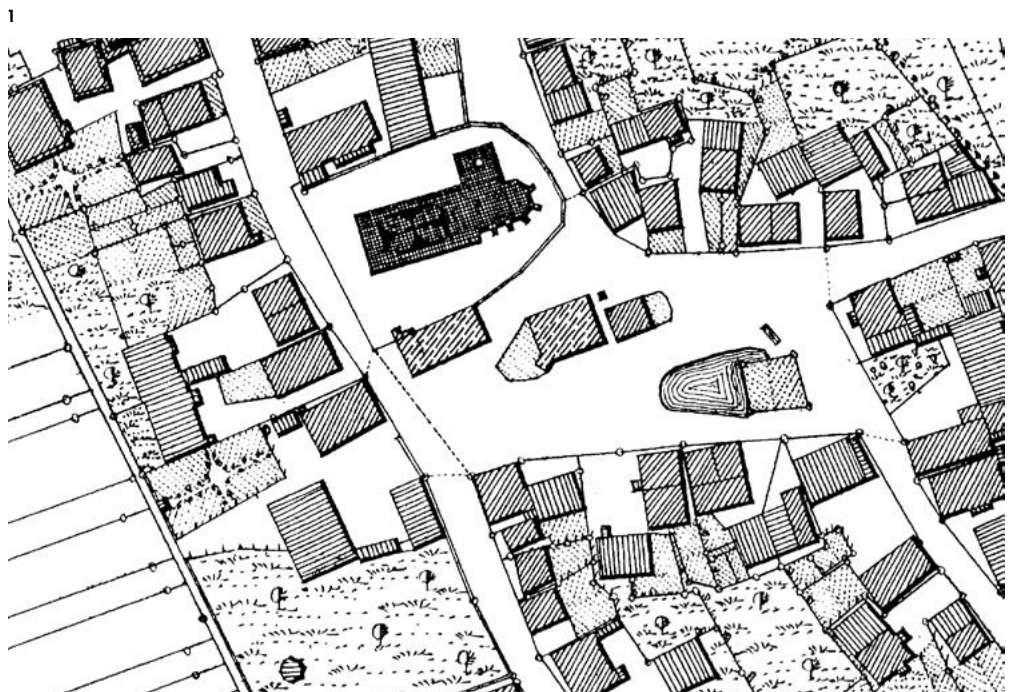
* Helmut Wörner

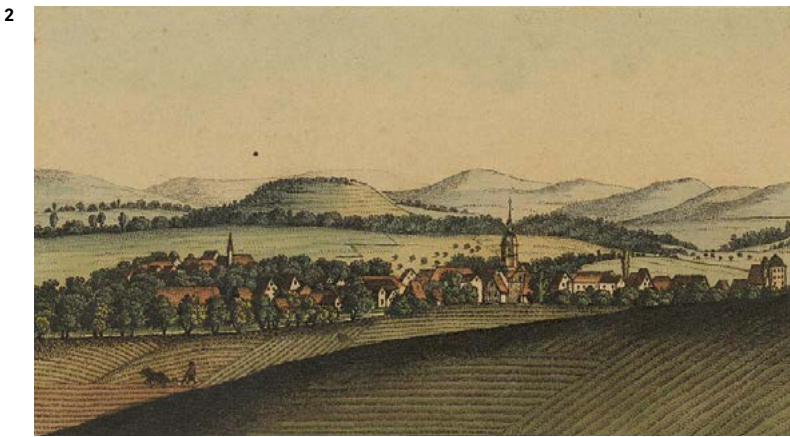
Schwerer Landfriedensbruch auf dem Dorf

Aus der Akte »Bestrafung des
Adam Mauz & Consorten
von Oßweil wegen Aufruhrs«

Die Verfahrensakte im
Online-Katalog:

[http://www.landesarchiv-
bw.de/plink/?f=2-942856](http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=2-942856)





1 Der Ortskern von Oßweil, Schauplatz des Geschehens, auf einer Karte von 1831.

Vorlage: LABW, StAL EL 68 VI Nr. 3148

2 Ortsansicht von Oßweil bei Ludwigsburg, Radierung von Georg Ebner, um 1820.

Vorlage: Württembergische Landesbibliothek Schef. qt.6080

3 Eiserne Handstange, Zuchthaus Ludwigsburg, 18. Jahrhundert.

Aufnahme: GDKE, Ulrich Pfeuffer

Vorlage: Strafvollzugsmuseum Ludwigsburg

März 1817. Schultheiß Idler ist in Panik. Der johlende Mob hat die Wohnzimmerfenster zerschmettert und kommt schon die Treppe hinauf. Nur seine Frau handelt überlegt: Sie befiehlt dem Büttel, nun doch den alten Schober aus dem Arrest zu holen. Schon zieht die Meute ab, die herbeigeholte Gendarmerie aus Ludwigsburg, verstärkt mit einer Militäreinheit, findet eine Stunde später den Dorfplatz verlassen vor.

Schultheiß Idler ist an diesem Gang der Dinge nicht ganz unschuldig. Der Spross einer reichen Bauernfamilie, so geht das Gerücht, hat seine Lieblinge im Dorf, die er in der schweren Hungersnot, bevorzugt im Schutze der Dunkelheit, mit Dinklerationen aus dem Notvorrat versorgt. Das missfällt einigen Einwohnern, sie sammeln Unterschriften und verständigen das Oberamt. Eine Versammlung wird einberufen, um eine gerechte Verteilung sicherzustellen. Idler will einen Hilfsverein gründen, Bauer

Michael Schober aber setzt sich dafür ein, dass die Gemeinde selbst das Getreide zuteilt. Er bekräftigt seinen Vorschlag mit dem Ausspruch: *Weil dann koiner b'scheuße kaa!*

Idler fühlt sich bei seiner Ehre gepackt. Die beiden geraten in schlimmen Streit, woraufhin Idler den Schober vom Dorfbüttel Klett abführen und in die Gefängniszelle des Rathauses *eintürmen* lässt. Als Nahrung lässt Idler nur Brot und Wasser zu, die Verpflegung sei von Schobers Kindern abzuliefern. Schober klagt über eine Kolik und Fieber. Auf die Frage des Büttels, ob er das Verlies einheizen solle, erklärt Idler, *es sei ja nicht kalt*. Der Richter wertet diese Entscheidung später als unbillige Härte.

Schobers Sohn ist wenig später mit einigen anderen Oßweilern beim Schmied Adam Mauz zu Gast. Aus zornigen Reden werden Taten. Angestachelt vom Schmied und umringt von einer Menschenmenge, läuft der junge Schober zu Idler hinüber und fordert ihn auf, seinen Vater freizulassen. Idler hat als Ordnungshüter einen hauptberuflichen Büttel und vier ehrenamtliche Hilfspolizisten. Der Büttel kommt noch der Aufforderung nach, nun auch dem jungen Schober Handschellen anzulegen, doch junge Burschen dreschen auf ihn ein und die Hilfsbüttel kommen ihm nicht zu Hilfe. Er schließt also die Fesseln wieder auf. So kommt es zum Sturm auf die Schultheißenwohnung, und auch die Handschellen dienen als Wurfgeschoss. Frau Schultheiß kapituliert nicht sofort, sie weiß sich zu wehren: Wer ins Wohnzimmer einsteigen will, bekommt die Streusanddose auf die Finger gehauen. Doch ihre Vernunft obsiegt.

Februar 1819. Das Nachspiel endet vor dem Obertribunal für den Neckarkreis in Esslingen. Es ergehen gegen 13 Personen Arbeitshausstrafen zwischen 15 und 36 Monaten, die auf dem Hohenasperg und im Gefängnis Gotteszell vollstreckt werden. Fast alle sitzen wegen tadelloser Führung nur zwei Drittel ab und bekommen den Rest erlassen. Rädelsführer Mauz und seine Frau wandern wenige Jahre später nach den Vereinigten Staaten aus. Das Nachspiel für Schultheiß Idler: eine Geldstrafe in Höhe von 20 Reichstalern plus Verzugszinsen und ein Drittel der Verfahrenskosten. Die Geldbuße entsprach etwa dem Monatsgehalt eines leitenden Beamten.

Wer die Lokalpresse des 19. Jahrhunderts aufmerksam liest, findet regelmäßig Berichte über Aufruhr auf den Dörfern in Württemberg. Unterschriftensammlung, Sprechchöre, Steinwürfe und auch von Zeit zu Zeit eine Gefangenenerbefreiung gehörten im 19. Jahrhundert zum Protestarsenal der Bevölkerung.

* Kai Naumann

An die Bevölkerung!

Am Freitag, den 14. September sind **Gefangene mit Gewalt befreit**, und Beamte erheblich verletzt worden.

Die Staatsregierung sah sich deshalb veranlaßt, die Untersuchung sofort aufzunehmen, und hat zur Sicherung ihrer Durchführung Polizeikräfte in Lörrach und Umgebung zusammengezogen.

Die Arbeiterschaft darf versichert sein, daß diese Maßnahmen sich nicht gegen die Bestrebungen zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse richten.

Die Interessen der Arbeiterschaft werden von den Behörden mit Nachdruck wahrgenommen werden.

Lörrach, den 17. September 1923

Bad. Bezirksamt.

Stadt und Land

Lörrach, 15. September 1923.

)(— Eine so gewaltige Demonstration wie sie der gestrige Freitag brachte, hat Lörrach noch nie gesehen. Gegen halb 10 Uhr morgens kam über den Tüllinger Berg eine große Anzahl streifender Arbeiter, denen sich unterwegs immer mehr Menschen anschlossen. Der größere Teil des Zuges zog vor das Bezirksamt, während ein Teil nach den verschiedenen Fabriken sich begab, um die Arbeiter derselben zum Anschluß an die Demonstration zu bewegen. Die meisten Fabriken stellten auch sofort ab. Auf dem Bezirksamte gaben die Demonstranten ihre Forderungen bekannt, die eine Erhöhung der Löhne und eine Senkung der Preise für die notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel verlangte. Am Nachmittag ruhten sämtliche Betriebe, während die meisten Ladengeschäfte offen hatten, da Ausschreitungen nach der Versicherung der Führer dieser Demonstration nicht zu befürchten waren. Und so war es auch. Die Demonstration war frei von jeder Ausschreitung und gerade deshalb wirkte sie so wuchtig und eindringlich. Die am nachmittag angelegte Demonstration führte eine so gewaltige Menschenmenge in die Luttenstraße und auf den Karlfriedrichsplatz, wie sie Lörrach, wie gesagt, noch nie gesehen hatte. Im Büro des Kreis Ausschusses fanden die Verhandlungen mit der Kaufmannschaft statt, während am späteren Nachmittag die Verhandlungen mit den Fabrikanten in der Aula der Realschule weitergeführt wurden, welche, wie wir hören für die Arbeiter ein annehmbares Resultat zeitigten. Die Demonstranten verliefen sich allmählich ruhig, nachdem die Nacht hereingebrochen war.

Ein Streik eskaliert

Der Oberbadische Aufstand 1923

1 Plakat des Bezirksamts Lörrach vom 17. September 1923.
Vorlage: LABW, StAF W 110/1 Nr. 0131

2 Zeitungsnotiz über die Ereignisse des 14. September 1923 in Lörrach.
Vorlage: LABW, StAF B 719/1 Nr. 5120

Die Betriebsrätevollversammlung stellt fest, dass bei Einhaltung der Freitagsbewilligungen ohne die Schupobesetzung die Ruhe im Bezirk nicht gefährdet worden wäre [...] [sie] ist nach der nun erfolgten Sicherung der wesentlichen Teile der Freitagsbewilligungen bereit, im ganzen Wiesen-Wera- und Rheintal am Montag die Arbeitsaufnahme zu vollziehen, in der Voraussetzung, dass nach erfolgter Arbeitsaufnahme die Besetzung von Lörrach zurückgezogen [...] wird.

Diese Erklärung der Lörracher Betriebsräte vom Freitag, dem 21. September 1923 markierte das Ende des Oberbadischen Aufstands, der genau eine Woche zuvor begonnen hatte.

Arbeiterinnen und Arbeiter litten besonders unter der seit Beginn des Jahres herrschenden Hyperinflation, bei der die Arbeitslöhne mit den extremen Preissteigerungen nicht mithalten konnten. Interessenvertreter der Arbeiterschaft der Textilindustrie im Amtsbezirk Lörrach forderten daher schnellere Lohnanpassungen sowie Einmalzahlungen in Schweizer Franken. Am Freitag, den 14. September streikten und demonstrierten Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter in Lörrach für die Aufnahme von Verhandlungen. Die Arbeitgeberseite reagierte zögerlich, bis einzelne Unternehmer von Demonstranten abgeholt und an den Verhandlungstisch genötigt wurden. Dennoch waren die Verhandlungen letztendlich erfolgreich und den Forderungen wurde in den genannten *Freitagsbewilligungen* stattgegeben.

Gleichzeitig blieb die Lage in der Stadt sehr unruhig. Ein Teil der Demonstranten erreichte durch Androhung von Gewalt die Freilassung von fünf Insassen des Gefängnisses, welche einige Tage zuvor einen Fabrikanten verprügelt hatten.

Obwohl das Wochenende relativ ruhig verlief, erhielt die Schutzpolizei noch am Sonntag Befehl, am folgenden Tag Lörrach zu besetzen, die dortigen Verwaltungsgebäude zu schützen

und die befreiten Gefangenen wieder zu verhaften. Der Einmarsch in Lörrach erfolgte am frühen Montagmorgen. Am selben Tag widerriefen die Arbeitgeber die freitags getroffenen Vereinbarungen, da diese nur unter dem Druck der Demonstranten zu Stande gekommen seien. Allerdings hielt Bezirksamtsvorsteher Gräser in einem internen Bericht vom 15. September fest: *ich hatte nicht den Eindruck, daß die Arbeitgeber nur unter dem Druck der Strasse ihre Zustimmung gegeben hätten.*

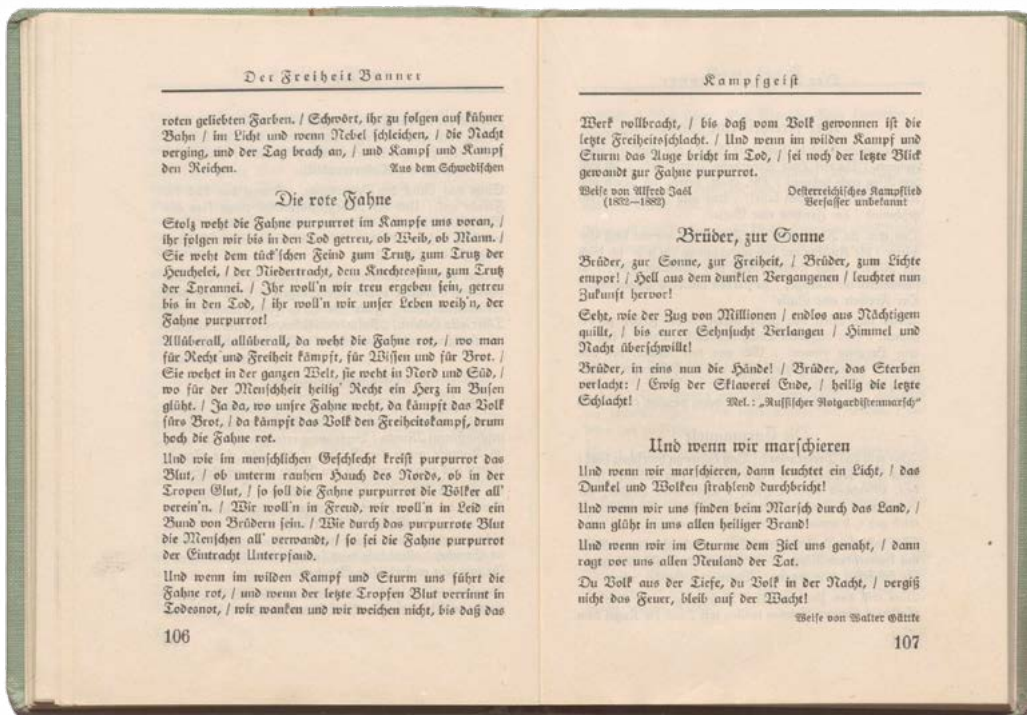
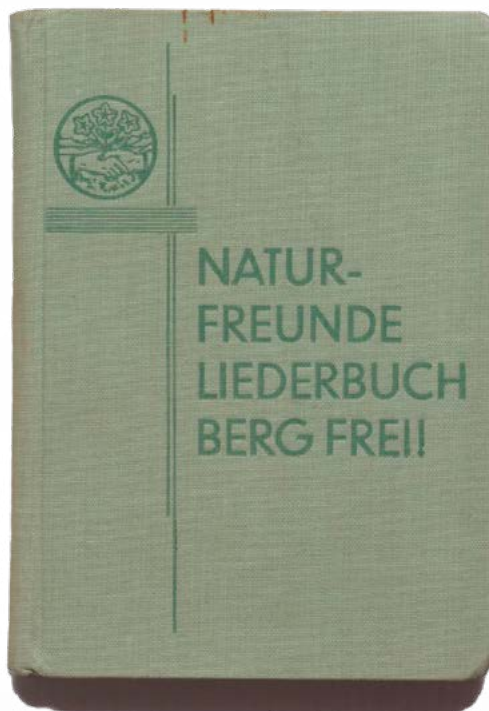
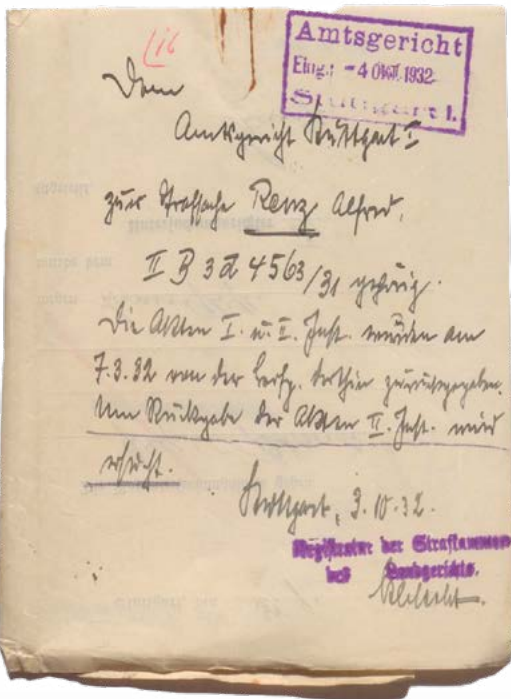
Die Lage eskalierte. Aus Sicht der Arbeiterschaft unterstützte der Staat mit Polizeigewalt die Arbeitgeberseite; die Rücknahme der Vereinbarungen sorgte für Verbitterung; ein Generalstreik wurde ausgerufen, wieder strömten aus den umliegenden Städten Demonstranten nach Lörrach. Mitglieder der Kommunistischen Partei heizten die Stimmung an, es kam zu Schusswechseln, Verletzten und sogar Toten; zwei Unternehmer wurden verschleppt und misshandelt.

Dennoch schafften es gemäßigte Kräfte, noch am Montag neue Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anzusetzen. Die Ergebnisse wurden am selben Abend verkündet und entsprachen im Wesentlichen den am Freitag getroffenen Vereinbarungen.

Dessen ungeachtet wurde am Dienstag, dem 18. September der Ausnahmezustand verhängt und die Unruhen weiteten sich auf andere Amtsbezirke aus. Das Hauptanliegen der Arbeiterschaft war nunmehr der Abzug der Schutzpolizei aus Lörrach. Die Verhandlungen der folgenden Tage führten schließlich zu der eingangs zitierten Erklärung. Tatsächlich wurde die Arbeit am Montag, den 24. September wiederaufgenommen. Am Dienstag zog die Schutzpolizei ab, der Ausnahmezustand wurde aufgehoben und somit der Oberbadische Aufstand beendet. * **Annette Riek**

Von Saalschlachten und Fackelzügen Politische Proteste am Ende der Weimarer Republik im Spiegel der Überlieferung des Amtsgerichts Stuttgart

1



1 Liederbuch der Naturfreunde mit kommunistischen Liedern, Beweisstück aus einem Verfahren gegen Adolf Renz wegen des Singens politischer Lieder bei einem Fackelzug der Naturfreunde in Stuttgart-Botnang im März 1931.
Vorlage: LABW, StAL F 302 III Bü 56

2 Kommunistisches Flugblatt, Beweisstück aus einem Verfahren gegen Adolf Renz wegen des Singens politischer Lieder bei einem Fackelzug der Naturfreunde in Stuttgart-Botnang im März 1931.
Vorlage: LABW, StAL F 302 III Bü 56

Die Jahre unmittelbar vor dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten waren in ganz Deutschland von zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen geprägt. Sie endeten nicht selten in gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern auf der extrem rechten und linken Seite. Auslöser für die Proteste waren Massenarbeitslosigkeit und Lohnkürzungen als Folgen der Weltwirtschaftskrise, die weite Teile der Bevölkerung ins Elend stürzte. Der zunehmende Zulauf, den die Nationalsozialisten bei Wahlen erzielten, mobilisierte wiederum deren Gegner zu Protesten auf die Straße. Die Nationalsozialisten selbst agitierten gegen alles, was ihrer Weltanschauung widersprach, nicht nur gegen Juden und »Bolschewisten«, sondern auch gegen missliebige Theater- und Filmaufführungen.

Die Reichsregierung versuchte mit diversen Notverordnungen der ausufernden Gewalt bei solchen Protesten Herr zu werden. So verfügte der Reichspräsident im Mai 1931 eine Genehmigungspflicht für Demonstrationen unter freiem Himmel, aber auch für politisch motivierte Transportfahrten auf offenen Lastwagen; auch das ungenehmigte Verteilen politischer Flugschriften war zeitweise verboten. Zuwiderhandelnden drohten Gefängnis- oder zumindest empfindliche Geldstrafen. In Württemberg waren Kundgebungen im Freien zeitweise sogar gänzlich verboten. Um zu schnellen Verurteilungen zu kommen, hat man zudem Schnellverfahren vor Gericht eingeführt. Trotzdem wurde immer wieder gegen diese Vorschriften verstoßen.

In Stuttgart sind zahlreiche Vergehen gegen die Notverordnung im Bestand des dortigen Amtsgerichts (LABW, StAL F 302 III) dokumentiert. Die in den über 100 Ermittlungsakten erfassten Delikte reichen von der Abhaltung ungenehmigter Kundgebungen bis hin zu Beleidigungen und Körperverletzungen. Besonders spektakulär waren die gewaltigen Saalschlachten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, zu denen es auch in Stuttgart kam. Zudem versuchten die politischen Gruppierungen immer wieder, mit einiger Phantasie das Versammlungsverbot im Freien zu umgehen, etwa indem auf einem scheinbar unpolitischen Fackelzug der Naturfreunde die Internationale angestimmt wurde. Die Akten lassen das ganze Spektrum dieser Proteste sichtbar werden.

Betrachtet man die Überlieferung in ihrer Gesamtheit, so fällt auf, dass unter den Angeklagten Personen aus dem linken politischen Spektrum dominieren. Ob Polizei und Justiz bei Taten aus dem rechten Milieu nachsichtiger agierten oder Akten über verurteilte Nationalsozialisten in der NS-Zeit vernichtet

wurden, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Fest steht, dass die Strafakten über die Täter aus dem linken Milieu in der NS-Zeit von der Justiz teilweise nochmals konsultiert wurden. Und so fand sich manch einer, der vor 1933 wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsverbot zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, kurz nach der »Machtergreifung« in einem der neuen Lager wieder, die die Nationalsozialisten für Regimegegner eingerichtet hatten. Dass sich vereinzelt Akten über das Verteilen nicht genehmigter nationalsozialistischer Flugblätter oder Proteste gegen die Aufführung des Films *Im Westen nichts Neues* erhalten haben, könnte durchaus im Sinne der neuen Machthaber gewesen sein, wurde auf diese Weise doch ihr Kampf gegen das Weimarer System dokumentiert. Insgesamt dokumentiert dieser Bestand aber in großer Eindringlichkeit, wohin die Verrohung der politischen Diskussionskultur und eine Spaltung der Gesellschaft führen können.

* Peter Müller

2



Protestschreiben von Eltern, Praktikantinnen und Zivildienstleistenden an Kinderkureinrichtungen und Aufsichtsbehörden

Über die Bedingungen von und den (Nicht-)Umgang mit Beschwerden

1 Aus einem Schreiben des Kreisjugendamtes des Alb-Donau-Kreises an den Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern.

Vorlage: LABW, StAL E 180 a
II Bü 433

Zwischen den 1950er und 1980er Jahren wurden in der Bundesrepublik Millionen Kinder zur vermeintlichen »Erholung« in Kinderkur- und Erholungsheime verschickt. Die in diesem Rahmen verübte Gewalt an Kindern wurde jahrzehntelang nicht thematisiert. In den letzten Jahren begannen Betroffene, sich zu organisieren und machten ihre Erfahrungen öffentlich.

Die Erforschung der Kinderverschickung steht bisher erst am Anfang, noch sind viele Fragen offen. Eine dieser Fragen ist, warum nicht mehr Eltern Beschwerde einlegten? Und wie reagierten die Einrichtungen und Behörden auf die Kritik, die an sie herangetragen wurde?

Heime waren in den Nachkriegsjahrzehnten zumeist *totale Institutionen*. Das bedeutet unter anderem, dass es sich um weitgehend geschlossene Systeme handelte, aus denen wenig nach draußen drang – eben auch keine Klagen und Beschwerden. Betroffene berichteten häufig über Briefzensur: Briefe an die Eltern wurden zerrissen oder sie mussten wortwörtlich abschreiben, was ihnen vorgegeben wurde. Bei kleineren Kindern verfassten ohnehin die *Tanten* die Post an die Eltern. Da Anrufe und Besuche der Eltern ausdrücklich verboten waren, drang das Leid der Kinder nicht bis zu ihnen. Diese konnten erst nach der Rückkehr von ihren Erlebnissen erzählen,

wobei viele Betroffene berichten, dass sie sich ihren Eltern nicht anvertrauten oder diese ihnen keinen Glauben schenkten.

Und selbst, wenn die Eltern ihren Kindern das Erzählte glaubten, gab es noch viele Hürden zu überwinden, bis sie eventuell eine Beschwerde formulierten und an die Einrichtung, Träger oder Behörden schickten: Die Missstände mussten von ihnen zum einen als wichtig genug erachtet werden, um tätig zu werden. Sie mussten zudem wissen, wer der passende Adressat für ihre Beschwerde war, was bei den vielen Akteuren im Bereich der Kinderverschickung alles andere als leicht war; zudem mussten sie in ihrem Alltag die nötige Zeit finden.

Neben den Beschwerden von Eltern kamen weitere ausschließlich von Menschen, die von außerhalb und für eine begrenzte Zeit in die Einrichtungen kamen und deren Lohn nicht davon abhing, ob sie die dortigen Umstände mittrugen oder zumindest dazu schwiegen: Es waren Praktikantinnen und Zivildienstleistende, die oft in Studium und Ausbildung schon andere Werte bezüglich der Kindererziehung vermittelt bekommen hatten und selbst vertraten.

Ein Beispiel ist die Beschwerde von zwei Zivildienstleistenden, die 1975 im Kindererholungsheim *Herrlingen* in Blaustein ihren Dienst leisteten. Sie erhoben gegen den leitenden Arzt

Heimaufsicht

Bezug: Fernmündlicher Bericht an [REDACTED] vom 17.10.1974

Das Kreisjugendamt wurde heute vom Leiter des Staatlichen Gesundheitsamtes Ulm, [REDACTED], davon in Kenntnis gesetzt, daß er durch zwei Ersatzdienstleistende unabhängig voneinander von Unregelmäßigkeiten im Kindererholungsheim der Arbeiterwohlfahrt im Herrlingen, Alb-Donau-Kreis, erfahren habe. [REDACTED]

[REDACTED], eine ausgebildete Krankenschwester, verabreichte bettnässenden Kindern, offenbar ohne daß dies medizinisch indiziert oder verordnet sei, Vitamin- und Traubenzuckerspritzen. Dies geschehe vermutlich allein in der Absicht, die Kinder durch Angst und Zufügung von Schmerzen zu züchtigen. Es besteht der Verdacht eines sadistischen Vorgehens [REDACTED]. Bestätigt würden diese Angaben durch Informationen von Prof. [REDACTED], Toxikologe an der Universität Ulm. Woher Prof. [REDACTED] seine Information hat, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Das Kreisjugendamt bittet, die erforderlichen Aufsichtsmaßnahmen zu veranlassen.

1

* **Abschlussstagung & Ausstellungseröffnung**

»Aufarbeitung
Kinderverschickung
Baden-Württemberg«
1. Oktober 2024
Hauptstaatsarchiv
Stuttgart

Information

Landesarchiv
Baden-Württemberg
- Abteilung Archivischer
Grundsatz -
Urbanstraße 31 A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
E-Mail:
grundsatz@la-bw.de
<https://www.landearchiv-bw.de/de/landearchiv-projekte/aufarbeitung-von-heimerziehung-und-zwangsunterbringungen/aufarbeitung-kinderverschickung/73264>



den Vorwurf, »Bettnässern« Spritzen (mit Vitaminen o. Ä.) ohne medizinische Indikation zu verabreichen, allein in der Absicht, die Kinder zu ängstigen und züchtigen. Das eingeschaltete Gesundheitsamt maß ihren Aussagen jedoch keinerlei Bedeutung bei und der Arzt wies die Beschwerden zurück, wie der im Staatsarchiv Ludwigsburg überlieferten Aufsichtsakte zu entnehmen ist.

Mehrere Kindergärtnerinnen in Ausbildung, die 1967 ein Praktikum im *Waldhaus* in Bad Salzdettfurth absolvierten, verfassten eine im Niedersächsischen Landesarchiv überlieferte Beschwerde, in denen sie u. a. starre Tagesabläufe und Räumlichkeiten, die nicht an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet waren, kritisierten; auch thematisierten sie verschiedene Formen von Gewalt. Auf diese Vorwürfe wurde inhaltlich nicht eingegangen, und es hieß, dass die Praktikantinnen sich aufgrund der Kürze ihres Aufenthalts kein Urteil über die Einrichtung erlauben könnten.

Ein Pädagogikstudent jobbte 1970 in einem Erholungsheim und berichtete später als Zeitzeuge über seine Erfahrungen dort. Seine Chefin habe ihm gesagt, dass man die Kinder schlagen dürfe, sogar solle, damit man sich Respekt verschaffe. Er weigerte sich und initiierte eine Protestaktion, in deren Folge er und jene,

die mit ihm protestiert hatten, gekündigt und unglaubwürdig gemacht wurden. Auch anhand eines 1972 von drei Praktikantinnen des *Adolfshaus* auf Borkum verfassten Beschwerdebriefes und des darauffolgenden Briefwechsels (Pfarrarchiv Borkum) lässt sich der Umgang der Heimleitung und der lokalen Verwaltung mit der Benennung – und vermutlich befürchteten Öffentlichmachung – von Missständen nachvollziehen. Es war ebenso wie in allen anderen Fällen: Die Probleme wurden als Einzelfälle verharmlost und unter den Teppich gekehrt. Diejenigen, die Kritik geübt hatten, verließen die Einrichtungen.

Dieser (Nicht-)Umgang mit Kritik zeigt uns viel über das Kinderkurwesen, die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft und den Unwillen, vielleicht auch die Unfähigkeit der Verantwortlichen, ihre Erziehungspraktiken zu überdenken und das Wohlergehen der ihnen anvertrauten Kinder in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen. Es zeigt sich aber auch: Ab Ende der 1960er Jahre erfolgte zunehmend ein Umdenken im Hinblick auf Kindererziehung bei denjenigen, die in dieser Zeit ihre Ausbildung machten oder studierten. Bis diese Entwicklungen wiederum in den Einrichtungen ankamen, dauerte es noch einmal deutlich länger. * **Corinna Keunecke**

»Ich bin Betroffene, kein Opfer« Die Partizipation der Betroffenen am Auf- arbeitungsprozess der Kinderverschickung

1 Repros von Postkarten, die von Verschickungskindern nach Hause geschickt wurden. Detail der im November 2023 auf dem Kongress in Bad Salzdetfurth vom Verein Aufarbeitung und Erforschung Kinderverschickung e. V. präsentierten Ausstellung.
Aufnahme: LABW, Corinna Keunecke

In den Nachkriegsjahrzehnten prägten etliche Kinderkur- und Kindererholungsheime das Bild der jungen Bundesrepublik. Exakte Zahlen gibt es nicht, sicher ist aber, dass zwischen den 1950er und 1980er Jahren mehrere Millionen Kinder in eben diese Kinderkur- und Erholungseinrichtungen verschickt wurden. Viele Betroffene berichten von Missständen, an ihnen verübte Gewalt in verschiedenen Formen und davon herrührenden Traumata.

Während die Geschichte der Heimerziehung und ihre Erforschung die zeitgeschichtliche Forschung bereits seit dem späten 20. Jahrhundert beschäftigt, rückte das Thema der Kinderverschickung in der deutschen Nachkriegszeit erst vor wenigen Jahren in das öffentliche Bewusstsein und die Auseinandersetzung mit der Thematik setzte erst in den letzten Jahren langsam ein.

Den Anstoß zu eben jenem Aufarbeitungsprozess hat die Forschung Betroffenen zu verdanken. *Die Politik und die Träger müssen sich ihrer Verantwortung stellen*, so Anja Röhl. Sie ist eine der Hauptinitiatorinnen und -initiatoren der bundesweiten *Initiative Verschickungskinder*, einer Selbsthilfebewegung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, bundesweit die *Interessen aller Verschickungskinder* zu vertreten, das Thema Verschickung stärker im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, Betroffenen Gehör zu verschaffen und sie aktiv dabei zu unterstützen, das Unrecht aufzuarbeiten.

In Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen wurde 2019 der *Verein Aufarbeitung und Erforschung Kinderverschickung e. V. (AEKV e. V.)* gegründet, der sich als *wissenschaftliche Begleitung* der Selbsthilfebewegung sieht. Neben dem Bundesverein haben sich auch Betroffenenvereine der einzelnen Bundesländer gebildet: In Baden-Württemberg ist das der *Verein Aufarbeitung Kinderverschickungen Baden-Württemberg e. V.* Unter anderem durch eigene Nachforschung in Archiven, der Unterstützung von Heimortgruppen, dem Auf- und Ausbau von Selbsthilfegruppen und dem Aufbau eines eigenen Archivs beteiligen sich die Vereine aktiv an der Aufarbeitung.

Die Reaktionen auf die Initiative der Betroffenen ließen nicht lange auf sich warten. Bereits 2019 beziehungsweise Anfang 2020 griff die Presse das Thema verstärkt auf, wie beispielsweise Artikel aus der *Stuttgarter Zeitung* belegen.

Auf politischer Ebene führte die Initiative der Betroffenen auch zu ersten Erfolgen. Das Land Baden-Württemberg hat etwa als erstes Bundesland bereits im Februar 2020 einen Runden Tisch zum Thema Verschickungskinder in Baden-Würt-

temberg eingerichtet, bei dem Betroffene, das Sozialministerium, das Landesarchiv Baden-Württemberg und Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Trägerinstitutionen über den Aufarbeitungsprozess diskutieren. Beim Landesarchiv finanziert die Baden-Württemberg-Stiftung ein zweieinhalbjähriges Projekt zur Aufarbeitung der Kinderverschickung. Der *Verein Aufarbeitung Kinderverschickungen Baden-Württemberg e. V.* wird vom Sozialministerium jährlich finanziell unterstützt. Andere Bundesländer richteten seitdem ebenfalls Runde Tische ein. Auf der Jugend- und Familienministerkonferenz 2022 wurde außerdem ein Antrag Baden-Württembergs für eine weitere Aufarbeitung der damaligen Ereignisse von den Ländern einstimmig angenommen. 2024 folgte eine kleine Anhörung im Familienausschuss des Deutschen Bundestags. Auch die Träger der Einrichtungen geben immer mehr eigene Studien zur Erforschung der Verschickung in ihren Einrichtungen in Auftrag. *Wir sehen uns in der Verantwortung, Licht ins Dunkel zu bringen*, so der Vorstand des DRK-Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Die wissenschaftliche Partizipation der Betroffenen am Aufarbeitungsprozess wird hauptsächlich durch den AEKV e. V. gefördert. Dieser verfügt über eine große Sammlung von Daten und Berichten Betroffener und lädt zur Mitarbeit am Aufarbeitungsprozess durch die Bürgerforschung, auch Citizen Science genannt, ein. Diese kann – beispielsweise durch Archivbesuche von Betroffenen – dazu beitragen, einen größeren Umfang *wissenschaftlich validierter Daten zu erheben*. Sie ist beim Thema Kinderverschickung ein wichtiges Partizipationswerkzeug der Betroffenen und wird auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung als *eine große Chance für die Wissenschaft und eine Bereicherung für die Gesellschaft* gesehen. Selbstverständlich müssen dabei festgelegte wissenschaftliche Standards erfüllt beziehungsweise garantiert werden, weshalb sie nicht unumstritten ist.

Liest oder hört man von Betroffenen, wird meist schnell klar: Die Richtung des Aufarbeitungsprozesses ist gut, es gibt allerdings aus Sicht der Betroffenen noch viel zu tun und die Initiative, der Verein und alle engagierten Betroffenen wollen sich weiter mit eigener Forschung und Gesprächen mit der Politik dafür einsetzen, den Aufarbeitungsprozess voranzutreiben und auszubauen.

Beim Phänomen Kinderverschickung sind heute tatsächlich immer noch viele Fragen offen. Dass der Aufarbeitungsprozess angestoßen und fortgeführt wird, ist auf jeden Fall ein Fortschritt und Gewinn – für die Betroffenen und für die Wissenschaft. Die Partizipation der Betroffenen auf politischer und auf wissenschaftlicher Ebene war und ist aus dem Aufarbeitungsprozess nicht mehr wegzudenken. ✨ **Sina Fritsche**



»Ham Sie schon immer so ne mutige Haltung g'habt?« 45 Jahre Christopher Street Day in Stuttgart



1

1 Mutter mit Transparent bei der Demonstration in Stuttgart am 30. Juni 1979.

Vorlage: SWR-Archiv, Abendschau. Berichte aus Baden-Württemberg vom 3. Juli 1979 (Screenshot)

Auf LEO-BW können Sie sich ansehen, wie in der Abendschau des Süddeutschen Rundfunks vom 3. Juli 1979 über den ersten Stuttgarter Christopher Street Day berichtet wurde. Das Video aus dem Archiv des SWR wird von der Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellt. https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/DOKUMENT/lpb_filme/15/Christopher+Street+Day+1979



Am 30. Juni 1979 fand in Stuttgart eine Demonstration unter dem Motto *Homobefreiungstag* statt. 400 Menschen zogen über die Königstraße. Sie waren extravagant gekleidet und einige trugen Transparente, auf denen die vollständige Abschaffung des Paragraphen 175 gefordert wurde, der *homosexuelle Handlungen* bei jungen Männern unter Strafe stellte. Auf anderen Plakaten hieß es: *Schwule und Nichtschwule: Gemeinsam gegen Unterdrückung!* Und eine Frau trug ein Schild mit der Aufschrift *Mein Sohn ist schwul! Na und!* Bei einer Kundgebung zum Auftakt auf dem Schlossplatz rief ein Redner ins Mikrofon: *Was wir radikalen Schwulen wollen: Nicht, dass ihr uns toleriert oder uns akzeptiert, sondern dass ihr uns versteht. Das könnt ihr nur, indem ihr einer von uns werdet.*

Nicht nur in Stuttgart, sondern in mehreren Städten in Deutschland gingen 1979 zum ersten Mal Menschen auf die Straße und zeigten ganz offen und stolz, dass sie homosexuell waren. Sie feierten damit auch den 10. Jahrestag des Widerstands gegen eine Polizeirazzia in einer Schwulenbar in der Christopher Street in New York am 28. Juni 1969.

Die Reaktionen der Passanten in Stuttgart waren überwiegend ablehnend. *Ich demonstriere ja auch nicht dafür, dass ich normal bin,* sagte ein Passant dem Süddeutschen Rund-

funk. Auf die Rückfrage des Journalisten, ob er sich von den Aussagen des Redners provoziert fühle, antwortete er: *Es ist ein bisschen provozierend, aber es ist nicht so provozierend, dass ich nun sage, ich möchte ihnen an den Hals gehen.* Aus Sicht der Organisatoren der Demonstration war diese Einschränkung bereits positiv zu werten. Walter Kurz, der 1979 die Demonstration angemeldet hatte, erinnerte sich 2019 in einer Pressemitteilung zum 40. Jahrestag daran, dass sie *mit mehr Aggressionen gerechnet* hatten.

Die Demonstranten selbst berichteten dem Journalisten von Erfahrungen, die sie im Alltag machten, wenn sie sich offen als schwul zu erkennen gaben: *Ich hab mal ne Schlägerei g'habt, vor fünf Jahren, und da hab ich zwei Zähne verloren dabei,* erzählte ein junger Mann. Andere berichteten von Beleidigungen und darüber, dass die Akzeptanz in kleineren Orten noch wesentlich geringer sei als in Stuttgart.

Als Mutter in dieser gesellschaftlichen Lage mit dem Plakat *Mein Sohn ist schwul! Na und!* durch Stuttgart zu laufen, erforderte dementsprechend große Entschlossenheit. *Ham Sie schon immer so ne mutige Haltung g'habt?* fragte der Journalist vom Süddeutschen Rundfunk und die Teilnehmerin der Demonstration antwortete *Ja, immer!* ✱ **Eva Rincke**


Ein Meilenstein der Umweltbewegung

Die Proteste gegen das Atomkraftwerk Wyhl

1

Wache im Wyhlertwald

Beginnt jeweils morgens 6 ⁰⁰	Ende nächster Tag morgens 6 ⁰⁰	
	Sa. 23. 11.	7. 12.
Weisweil	Mo. 24. 11.	8. 12.
Sasbach	Di. 25. 11.	9. 12.
Oberrotweil Bickersohl	Mi. 26. 11.	10. 12.
Bahlringert	Do. 27. 11.	11. 12.
Anoltern Riechertsbergert	Sr. 28. 11.	12. 12.
Erbsirger	Sa. 29. 11.	13. 12.
Forchheim	Sa. 30. 11.	14. 12.
Bischhoffingen Burkheim	Mo. 1. 12.	15. 12.
Königschaffhausen	Di. 2. 12.	16. 12.
Fechtingert Leiselheim	Mi. 3. 12.	17. 12.
K & W Neir Elsak	Do. 4. 12.	18. 12.
Kerzingert Nordweil	Sr. 5. 12.	19. 12.
Kiegel, Minburg Maltbög.	Sa. 6. 12.	20. 12.
Untweltsch. C. Ml - F. R.		
Zahr Wyhl		



Der besetzte Platz bleibt für die Dauer der Verhandlungen verlassen, aber bewacht!



- 1 Tafel zur Einteilung der Bauplatz-Wache in Wyhl, 1975.
Aufnahme: Willy Pragher
Vorlage: LABW, StAF W 134 Nr. 102282

- 2 Kundgebung gegen Bleiwerk Marckolsheim und Atomkraftwerk Wyhl in Sasbach, 1974.
Aufnahme: Willy Pragher
Vorlage: LABW, StAF W 134 Nr. 099572g

Wäre es nach den Plänen der Landesregierung unter Ministerpräsident Hans Filbinger gegangen, sähe der Oberrheingraben heute ganz anders aus. Die Region sollte umfänglich industrialisiert und massiv wirtschaftlich gefördert werden. Die hierfür notwendige Stromversorgung sollten neue Atomkraftwerke sicherstellen. In Baden-Württemberg war zuerst Breisach als Standort für ein Atomkraftwerk (AKW) am Oberrhein vorgesehen, 1973 kam dann der Rheinauewald bei Wyhl im Landkreis Emmendingen ins Gespräch.

Es waren vor allem die lokalen Winzer und Landwirte, die den geplanten Bau des AKW mit Sorge betrachteten, da sie um ihre Gesundheit und die Qualität ihrer Produkte fürchteten. Unterstützt wurden sie von Umweltschützern, Wissenschaftlern und Studierenden aus Freiburg und der Umgebung. Bald bildeten sich erste Bürgerinitiativen.

Eine Informationsveranstaltung mit Experten der Kraftwerksbetreiber und der Landesregierung am 9. und 10. Juli 1974 konnte die Zweifel der Bürgerinitiativen nicht aus der Welt schaffen. Als Konsequenz gründete sich am 25. August in Weisweil ein *Internationales Komitee der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen*, bestehend aus elf badischen und zehn französischen Bürgerinitiativen.

Am 18. Februar 1975 wurde der Bauplatz, auf dem am Tag zuvor mit Vorarbeiten begonnen worden war, zum ersten Mal besetzt. Die Polizei räumte den Bauplatz am 20. Februar unter Einsatz von Wasserwerfern und nahm einige Demonstrierende fest. Die Landesregierung versuchte, die Proteste in der Öffentlichkeit den linken und kommunistischen Lagern zuzuordnen, doch die Organisatorinnen und Organisatoren waren um parteipolitische Neutralität bemüht und blieben standhaft. Nach der erneuten Besetzung des Bauplatzes am 23. Februar im Rahmen einer Großdemonstration mit etwa 25.000 Beteiligten, gab es keine erneute Räumung durch die Polizei. Das

massive Aufgebot an Protestierenden zeigte die Entschlossenheit der Bevölkerung und die Bereitschaft für zivilen Ungehorsam.

Es gelang den Organisatorinnen und Organisatoren, alle Protestaktionen gewaltfrei und friedlich durchzuführen. Kulturelle, soziale und altersbedingte Gegensätze wurden zugunsten des gemeinsamen Zieles überbrückt. Die Bürgerinitiativen organisierten Expertenvorträge und Diskussionsveranstaltungen. Die Presse berichtete intensiv über die Ereignisse in Wyhl und unter dem Druck der Öffentlichkeit traten Landesregierung und Kraftwerksbetreiber schließlich in Verhandlungen mit den Bürgerinitiativen.

In der am 31. Januar 1976 geschlossenen *Offenburger Vereinbarung* verpflichteten sich Landesregierung und Kraftwerksbetreiber, sämtliche Verfahren gegen Beteiligte der Besetzungen einzustellen, den Weiterbau des AKW vorerst zu stoppen und weitere Gutachten einzuholen. Im Gegenzug wollten die Bürgerinitiativen in Zukunft auf illegale Aktionen wie Bauplatzbesetzungen verzichten und den Rechtsweg ausschöpfen. Die Dimensionen der Proteste nahmen spürbar ab, doch die Bürgerinitiativen blieben aktiv und in der Region präsent.

Die Justiz beschäftigte sich in mehreren Instanzen mit dem Bau des AKW Wyhl. Nachdem 1977 das Verwaltungsgericht Freiburg den Bau für rechtswidrig erklärte hatte, kamen 1982 wieder Befürchtungen auf, dass das AKW weitergebaut werden würde, da das Verwaltungsgericht Mannheim als letzte Instanz urteilte, dass gebaut werden darf. 1984 erklärte Ministerpräsident Lothar Späth jedoch, dass das AKW in Wyhl nicht mehr benötigt wird.

Die Bewegung in Wyhl bleibt als Vorbild für friedlichen, beharrlichen Widerstand in Erinnerung, welche die aufkeimende Anti-Atomkraft-Bewegung stärkte und zur Gründung zahlreicher weiterer Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen in Deutschland beitrug.

✱ Annika Ludwig

✱ Literaturhinweis

Hanno Hurth und Gerhard A. Auer: Siebenunddreißig Wyhl-Geschichten: Eine Reportage von Gerhard A. Auer («s Eige zeige»). Jahrbuch des Landkreises Emmendingen für Kultur und Geschichte 29/2015).

Erfolgreicher Protest des BUNDSCHUH

Widerstand unter Rückbeziehung auf historische Ereignisse



- 1 Titel des Informationsblatts Nr. 6 des BUNDSCHUH, 1981.

Vorlage: LABW, StAWt K-G
30 A 423

- 2 Vorderseite des offenen Briefs des BUNDSCHUH und der Interessengemeinschaft an Ministerpräsident Späth anlässlich seines Besuchs in Boxberg am 15. März 1979.

Vorlage: LABW, StAWt K-G
30 A 413

Wie der Kampf David gegen Goliath mag einem der 1978 beginnende Widerstand von Landwirten und weiteren Privatpersonen gegen ein Ansiedlungsprojekt des Großkonzerns Daimler-Benz AG erscheinen. Der Autobauer war bei seiner Suche nach einem Areal für eine neu anzulegende Teststrecke für PKW und Nutzfahrzeuge auf ein Gebiet um Boxberg und Assamstadt im Main-Tauber-Kreis aufmerksam geworden. Für seine Planungen konnte er auf die politische Unterstützung durch die betroffenen Kommunen, den Landkreis und die Landesregierung zählen. Diese hatten die Hoffnung, damit in einem strukturschwachen Raum eine große Anzahl neuer Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich infrastrukturelle Verbesserungen anzuschieben.

Für das Bauprojekt erwarb die Daimler-Benz AG das 200 Hektar umfassende landwirtschaftliche Gut Seehof, weitere Flächen sollten durch Ankauf von einer Vielzahl von Grundstückseigentümern hinzukommen. In Summe war beabsichtigt, eine Fläche von über 600 Hektar für die Teststrecke zu überplanen. Ein Bebauungsplan *Sondergebiet Prüfgelände* und damit zusammenhängend ein Flurbereinigungsverfahren sollten die Rechtsgrundlage für die Maßnahme schaffen.

Gegen diese umfangreichen Planungen formierte sich sehr schnell eine *Interessengemeinschaft der von der Daimler-Benz-Teststrecke betroffenen Landwirte und Grundstückseigentümer in Boxberg und Assamstadt*. Deren Protagonisten und Unterstützer sahen sich in der Tradition des bäuerlichen Widerstands, ihr Symbol wurde die Bundschuhfahne aus der Zeit des Bauernkriegs. Auch in ihren Publikationen wurde immer wieder inhaltlich und grafisch Bezug auf diese Zeit genommen. Ziele der Interessengemeinschaft waren zum einen der Erhalt der landwirtschaftlichen Produktionsflächen und die Fortexistenz ihrer bäuerlichen Betriebe, zum anderen die Verhinderung unzumutbarer Umweltbelastungen und umfangreicher Naturzerstörungen. Ein Verkauf ihrer Landflächen kam für die Mitglieder der IG nicht in Frage. Mit der Gründung der *BUNDSCHUH*

Land- und forstwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft im Januar 1979 wurde ein organisatorischer Rahmen geschaffen, der 1981 in zwei separate Rechtsformen überführt wurde: die BUNDSCHUH-Genossenschaft sowie den Verein BUNDSCHUH e. V.

Die Mitglieder beider Organisationen mussten einen langen Atem und Durchhaltevermögen beweisen. Die Meinungen zur Teststrecke gingen in den Kommunen, bei Firmen und Gewerbetreibenden, den Familien, Vereinen und selbst bei kirchlichen Vertretern weit auseinander. Das Thema war eine Zerreißprobe für eine ganze Region.

Die juristischen Auseinandersetzungen zwischen den Teststreckengegnern, den verschiedenen am Verfahren beteiligten Behörden und der Daimler-Benz AG durchliefen alle Instanzen bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Sowohl die Rechtmäßigkeit der Bebauungspläne als auch der Flurbereinigung wurden gerichtlich angefochten. Kernpunkt der Argumentation war die Frage, ob eine Enteignung zugunsten eines privatnützigen Ziels zulässig sei oder ob mit dem Verfahren gegen Artikel 14 GG auf Gewährleistung des Eigentums verstoßen würde. Das schließlich am 24. März 1987 verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts gab den Klägern uneingeschränkt recht: eine Enteignung zugunsten der Schaffung von Arbeitsplätzen war nicht rechtmäßig, eine gesetzliche Grundlage dafür war nicht vorhanden. Das Urteil bedeutete das Ende der Planungen von Daimler-Benz bei Boxberg und Assamstadt, der BUNDSCHUH hatte sein Ziel erreicht. Das ursprünglich für das Prüfgelände vorgesehene Areal wurde in der Folgezeit für die Region verträglicher weiterentwickelt, auch wenn das vom BUNDSCHUH favorisierte ökologische Zentrum nicht verwirklicht wurde. Heute befinden sich dort neben weiterhin landwirtschaftlich genutzten Flächen ein Gewerbegebiet, die Landesanstalt für Schweinezucht sowie ein kleiner dimensioniertes Bosch-Prüfzentrum. Sowohl die BUNDSCHUH-Genossenschaft als auch der Verein haben sich mittlerweile aufgelöst.

✱ **Claudia Wieland**

✱ Literaturhinweis

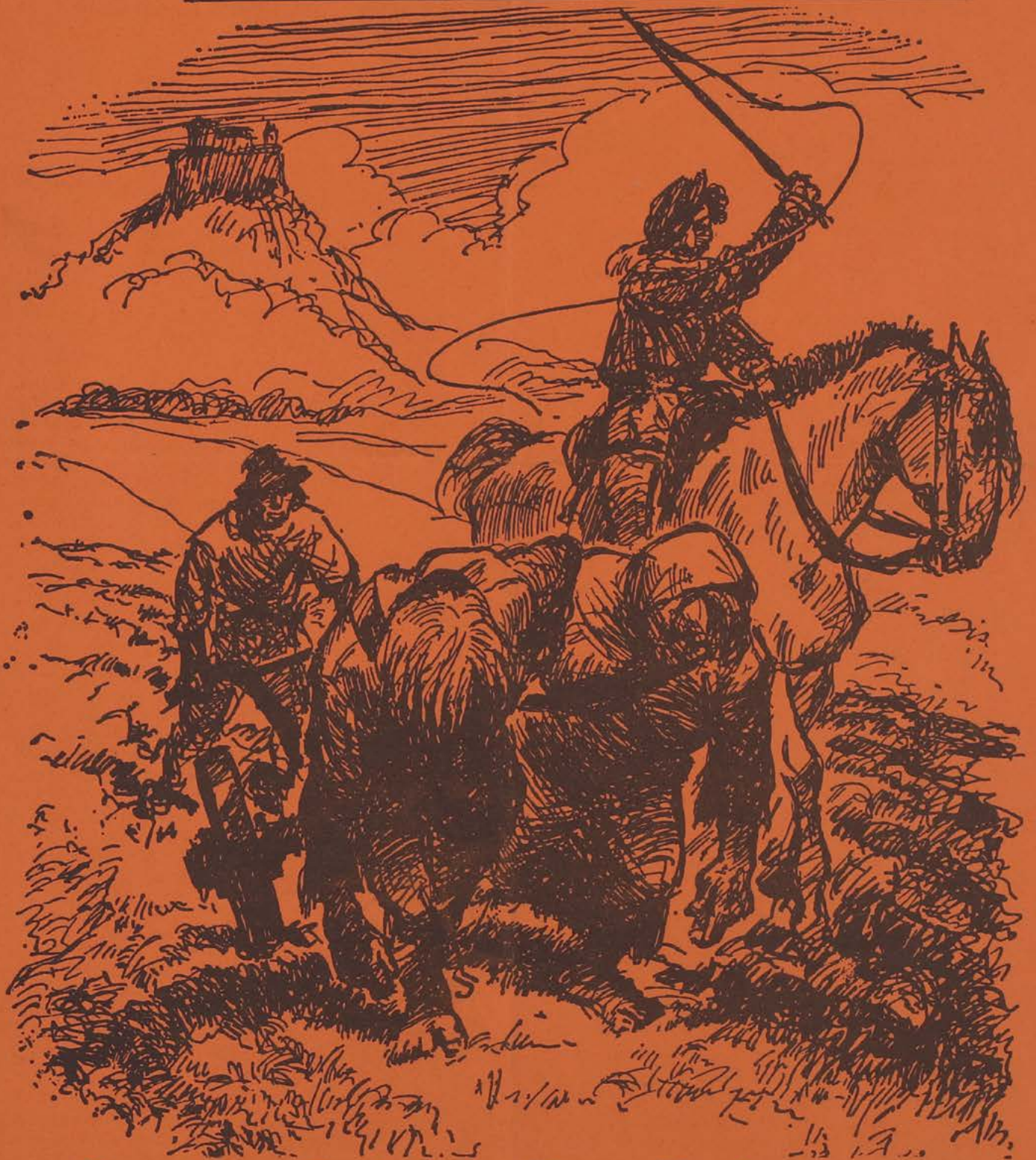
Bundschuh gegen Daimler-Benz: Der Fall (der) Teststrecke Boxberg. Hg. von BUNDSCHUH e. V. Bad Homburg 2015.

INDUSTRIEANSIEDLUNG



In Baden-Württemberg gut aufgehoben

Ministerpräsident Lothar Späth:
„Wir ziehen Daimler-Benz-Teststrecke durch“



**Gewaltiges Projekt im Raum Boxberg geplant
700 Hektar Land sollen geopfert werden**

Ziviler Ungehorsam in Mutlangen

Was bleibt vom Protest?

1 Räumung einer Blockade in Mutlangen am 27. November 1983.

Aufnahme: Polizeidirektion Aalen, KOM Hefele

Vorlage: LABW, StAL EL 307 lfd. Nr. 7070

Im Herbst 1983 schaute die Welt auf Mutlangen. Vom 1. bis zum 3. September saßen tausende Menschen vor dem dortigen Raketendepot der US-Armee und blockierten die Zufahrt zum Gelände, darunter zahlreiche prominente Personen. Fotos des Literatur-Nobelpreisträgers Heinrich Böll, der Grünen-Politiker Petra Kelly und Gert Bastian oder des Tübinger Rhetorik-Professors Walter Jens und seiner Frau Inge vor den Toren der Mutlanger US-Airbase gehören zum Bilder-Kanon des Protests.

Die September-Blockade war allerdings nur der Anfang gewesen. Nachdem der Bundestag am 22. November 1983 die Stationierung von Pershing-II-Raketen tatsächlich beschlossen hatte, folgte in Mutlangen eine gut organisierte Blockade auf die andere. Es ist bemerkenswert, dass sie immer gewaltfrei blieben (von beiden Seiten) und dass sie ein breites Formenspektrum aufwiesen: Es gab zum Beispiel Seniorenblockaden, Mütterblockaden (inklusive Kinderbetreuung), musikalische Blockaden und selbst Richterblockaden. Mit dem Beschluss zum Abzug und zur Vernichtung aller atomaren Mittelstreckenraketen Ende 1987 endeten die Mutlanger Blockaden.

Ebenfalls in diesem Jahr, also bereits vier Jahre nach dem Beginn der Blockaden, begann das zuständige Staatsarchiv Ludwigsburg mit der Sicherung der staatlichen Akten zu diesem Geschehen. Die Prominentenblockade zog zwar

noch keine Strafverfahren nach sich, weil der damalige baden-württembergische Innenminister Roman Herzog entschieden haben soll, dass er der Weltöffentlichkeit nicht das Schauspiel bieten wollte, einen Nobelpreisträger von deutschen Polizisten von der Straße tragen zu lassen. Doch bei den späteren Blockaden ab dem Herbst 1983 waren massenhaft Polizei- und Justizakten entstanden. Blockierer und Blockiererinnen, die von der Polizei *geräumt* wurden, erhielten regelmäßig eine Anzeige wegen Nötigung nach § 240 Strafgesetzbuch. Die Polizeidirektion in Aalen meldete zwar schon 1987, dass ihre Staatsschutz-Ermittlungsakten über die Vorgänge von 1983 irrtümlich vernichtet worden seien. Umso wichtiger wurden jetzt die Akten des zuständigen Amtsgerichts in Schwäbisch Gmünd bzw. der Staatsanwaltschaft Ellwangen. Das Amtsgericht Schwäbisch Gmünd sah sich einer Prozesswelle mit Tausenden von Strafverfahren gegenüber. Die juristische Beurteilung war und ist komplex. Während das Amtsgericht die Blockaden als verwerflich und damit als strafbare Nötigung ansah und jahrelang entsprechende Urteile aussprach, urteilte das Bundesverfassungsgericht 1995, dass das friedliche Blockieren von Kaserneneinfahrten keine Gewalt darstelle. Dr. Werner Offenloch, damals Richter am Amtsgericht Schwäbisch Gmünd, hat dies in seinem Buch *Erinnerung an das Recht* detailliert ausgearbeitet. Zudem hat er seine Handakten und Unterlagen 2019 dem Staatsarchiv Ludwigsburg als Schenkung übergeben (Bestand LABW, StAL PL 738).

Der frühzeitige Hinweis an das Amtsgericht, dass das Staatsarchiv die Akten wegen der Mutlanger Blockaden als historisch bedeutend einstufte, führte dann dazu, dass sämtliche *Nötiger-Akten* aus den Jahren 1984 bis 1989 an das Staatsarchiv abgeliefert wurden. Der Archivbestand LABW, StAL FL 300/27 II enthält ausschließlich Strafverfahren gegen Beteiligte an Mutlanger Blockade-Aktionen im Umfang von über 20 lfd. Regalmetern. Namentlich erschlossen sind die Akten allerdings leider noch nicht, weswegen bei Recherchen nach bestimmten Personen das gerichtliche Aktenzeichen bekannt sein muss. Die Archivierung der Akten zu den Geschehnissen in Mutlangen zeigt wieder einmal, wie frühzeitig die Überlieferungsbildung einsetzen muss, um Geschichtsquellen zu sichern.

* Elke Koch



1

Proteste gegen Stuttgart 21

Unterlagen des Polizeipräsidiums Stuttgart im Staatsarchiv Ludwigsburg



1 Screenshot aus den Videoaufnahmen der Polizei.

Vorlage: LABW, StAL

Das Verkehrs- und Städtebauprojekt zur Neuordnung des Eisenbahnknotens Stuttgart *Stuttgart 21* (kurz S21) wurde im Jahr 1994 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt; der eigentliche Baubeginn war im Jahr 2010. Der schon bald aufkommende Protest gegen dieses Bauvorhaben führte schließlich zur Gründung des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21, das ab November 2009 die nun regelmäßig stattfindenden Montagsdemonstrationen organisierte. Bundesweit erstmalig wahrgenommen wurde der Protest gegen Stuttgart 21 ab Juli 2010, als mit den Abbrucharbeiten am Nordflügel des Hauptbahnhofs begonnen werden sollte, dieser jedoch von Stuttgart 21-Gegnern besetzt wurde. Die in den folgenden Monaten anwachsenden Demonstrationen verlagerten sich schließlich in den Schlossgarten, wo alte Bäume gefällt werden sollten.

Am Vormittag des 30. September 2010, dem *schwarzen Donnerstag* besetzten zahlreiche S21-Gegner den Schlossgarten, da Informationen über einen unmittelbar bevorstehenden Polizeieinsatz durchgesickert waren. Nachdem sich die Hinweise verdichteten, wurde eine gleichzeitig stattfindende Schülerdemonstration gegen S21 in der Innenstadt beendet. Mehrere Hundert Teilnehmer, die meisten minderjährig, strömten in den Park, einige besetzten spontan Bäume und blockierten die Zufahrtswege.

Mit der nun völlig aus dem Ruder gelauten Räumung des Schlossgartens, bei der rund 400 Menschen durch den Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern und Pfefferspray verletzt wurden, setzt die Überlieferung des Staatsarchivs Ludwigsburg ein, die sich auf zwei Bestände verteilt: die eigentlichen Ermittlungsakten des für Amtsdelikte zuständigen Dezernats des Polizeipräsidiums Stuttgart (LABW, StAL EL 51/10) und die Videoaufnahmen/Videoclips der polizeilichen Einsatzkräfte (LABW, StAL EL 51/7). Die digitalen Unterlagen wurden bereits im Jahr 2016 vom Staatsarchiv Ludwigsburg übernommen, die analoge Überlieferung ein Jahr später. Die Unterlagen, die jetzt den Bestand LABW, StAL EL 51/10 bilden, lagen zu kleinen Teilen bereits dem Untersuchungsausschuss I des baden-württembergischen Landtages, der Gesamtbestand dem Untersuchungsausschuss II vor.

Die rund 600 Leitzordner des analogen Teils beinhalten die Dokumentation der Einsatzplanung, die gesamte Einsatzdokumentation, die insgesamt 380 Strafanzeigen gegen Polizeibeamte, die Ermittlungen sowohl gegen straffällig gewordene Demonstranten, als auch gegen Polizeibeamte, die Auswertung des E-Mail-Verkehrs zwischen Ministerpräsident Mappus und dem Stuttgarter Polizeipräsidenten Sturm und die Auswertung des Videomaterials. Letzteres setzt sich zusammen aus den Videoaufnahmen durch die Polizei und dokumentiert äußerst umfangreich das gesamte Demonstrationsgeschehen. Hinzukommen sowohl Video- als auch Sprachaufnahmen aus den Wasserwerfern. Vor allem diese erbrachten bei der Auswertung belastendes Material gegen dort eingesetzte Polizeibeamte.

Sowohl aufgrund der Laufzeit, als auch aufgrund personenbezogener Inhalte ist der Bestand gegenwärtig noch nicht nutzbar.

* Martin Häußermann

Gedenken vereinnahmen und missbrauchen Die Instrumentalisierung des Bauernkrieges durch die extreme Rechte

1



Bundesdeutsche Rechtsextremisten agieren nicht losgelöst vom historischen Kontext. So instrumentalisiert die extreme Rechte, vom antisemitischen Online-Portal *Compact* bis zur Neonazi-Kleinstpartei *Der III. Weg*, den damaligen Bauernkrieg im Kontext der jüngsten Bauernproteste für ihren Kampf gegen das »System« und die »Altparteien«.

Der Große Deutsche Bauernkrieg habe sich seit Anfang des 15. Jahrhunderts wie ein *Wetterleuchten* angekündigt, ist in der rechtsextremen Monatszeitschrift *Zuerst!* zu lesen.

Beim Blättern in der Sommerausgabe des in Schleswig-Holstein beheimateten deutschen *Nachrichtenmagazins* stößt man auf Überschriften wie *Vergeßt den Deutschen Osten nicht!* oder *Höcke Nazi, jeder Nazi*. Das auch im Kioskhandel erhältliche Blatt erscheint seit 2009 und ging aus dem Abonnementstamm der 1951 gegründeten NS-apologetischen Zeitschrift *Nation* und *Europa* hervor. Erwähnung findet in *Zuerst!* auch die damals im südwestdeutschen Raum aktive *Bundschuh*-Bewegung. Der mit Lederriemen geschnürte Bauern- oder Bundschuh stand im Gegensatz zum gespornten Ritterstiefel und geriet zum Symbol des Aufbegehrens.

Im Rahmen der zum Jahreswechsel 2023 auf 2024 eingesetzten Bauernproteste gegen Kürzungen der Subventionen im Agrarbereich wurden immer wieder einzelne Gummistiefel am Lattenzaun aufgehängt oder auf einen Besenstiel in den Acker gesteckt. Von den Bauern wurde damit ein stiller Protest gegen ihre Arbeitssituation symbolhaft dargestellt. Dies erinnert das antisemitische Online-Portal *Compact* um den gebürtigen Pforzheimer Jürgen Elsässer *auf faszinierende Weise an die Bundschuh-Bewegung und an Bauernaufstände früher Tage*. Weiter heißt es: *Vor genau 500 Jahren standen die Bauern [...] gegen fremde Einflüsse und Knechtung [...] und für ein starkes und einiges Reich auf. Es galt damals zudem, die deutsche Art zu erhalten*. Diese Ziele, so *Compact*, haben *kein Ablaufdatum und klingen ganz und gar nicht nach einer längst vergangenen Zeit, sondern sie verbinden die Menschen auch heute*. Die *COMPACT-Magazin GmbH* wurde im Juli vom Bundesministerium des Innern verboten, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Bei der Verwirklichung ihrer verfas-

sungsfeindlichen Ziele nahm die *COMPACT-Magazin GmbH* eine aggressiv-kämpferische Haltung gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung ein.

Ins gleiche Horn posaunt die neonazistische Kleinstpartei *Der III. Weg*. Unter der Überschrift *2024 wie vor 500 Jahren – Der Bauer steht auf im Land* geben die Ewiggestrigen anlässlich der Proteste kund: *Die Bauern (und ihnen gleich Arbeiter und Mittelstand) können sich dabei auf historische Vorbilder beziehen. Vor 500 Jahren begann mit der »Revolution des kleinen Mannes« das, was als »Deutscher Bauernkrieg« in die Geschichte einging. Der III. Weg, 2013 im nordbadischen Heidelberg gegründet, hat in Baden-Württemberg ca. 50 Mitglieder in seinen Reihen*.

DAS Gemälde zum Bauernkrieg findet sich im thüringischen Bad Frankenhausen. Geschaffen hat das Monumentalgemälde, zu DDR-Zeiten, der Leipziger Maler Werner Tübke. Beim heutigen Bad Frankenhausen fand 1525 eine der bedeutendsten Schlachten des Bauernkrieges statt. 6.000 Bauern wurden getötet und der Revolutionär Thomas Müntzer von den Herrschenden gefoltert und enthauptet. Auch dieses Kunstwerk und Müntzer missbrauchen Rechtsextremisten immer wieder für ihre Zwecke, um eine Gleichsetzung des damaligen feudalistischen Obrigkeitsstaates mit dem heutigen demokratischen Rechtsstaat zu betreiben und somit ihre Agitation gegen den Rechtsstaat zu legitimieren. Der Hitler-treue *Reichsbote*, ein Blättchen selbsternannter »Reichsbürger«, lobt die *mit altmeisterlichem Können* geschaffenen *mythischen Bilder und Szenen aus dem Volksleben* des Gemäldes. Laut *Reichsbote* spürt der Betrachter des Gemäldes *das Hereinwirken mythischer Ströme in die Gegenwart*.

Am 21. April 2014 vereinnahmte der rechtsextreme Publizist Elsässer den Freiheitskämpfer Müntzer auf einer Montagsdemonstration in Berlin: *Die heutige Gesellschaft ähnelt wieder der des Mittelalters. Auf der einen Seite stehen die supranationalen Dynastien, auf der anderen Seite das Volk. So sei es auch heute. Wenn er sich einer Tradition verpflichtet fühle, dann der von Thomas Müntzer, so Elsässer*.

In einzelnen Fällen ist es somit Rechtsextremisten gelungen, die jüngsten Bauernproteste und den damaligen Bauernkrieg für sich zu instrumentalisieren. Die Grundfesten unserer freiheitlichen Demokratie werden damit nicht erschüttert. * Anton Maegerle

1 Landvolk Flagge:
Ein weißer Pflug mit rotem Schwert auf schwarzem Grund – die Fahne der Landvolkbewegung. Symbol der antisemitischen, antiparlamentarischen und völkischen Landvolkbewegung, die sich Ende der 1920er-Jahren in Schleswig-Holstein gründete. Das Symbol taucht heute bei Bauernprotesten immer wieder auf.

Vortage: Wikimedia, gemeinfrei



Wechsel an der Spitze des Staatsarchivs Sigmaringen Christoph Schlemmer hat die Nachfolge von Franz-Josef Ziwes angetreten



1



2

Das Staatsarchiv Sigmaringen, die für den Regierungsbezirk Tübingen zuständige Abteilung des Landesarchivs Baden-Württemberg, hat eine neue Leitung. Am 1. Juli 2024 hat Christoph Schlemmer die Nachfolge von Archivdirektor Dr. Franz-Josef Ziwes als Abteilungsleiter angetreten, der vom Präsidenten des Landesarchivs Baden-Württemberg Prof. Dr. Gerald Maier in den Ruhestand verabschiedet worden ist.

Maier bedauert, dass Franz-Josef Ziwes aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Amt scheiden musste und bedankt sich bei ihm für sein langjähriges Engagement für das Landesarchiv Baden-Württemberg. *Franz-Josef Ziwes hat zahlreiche, nachhaltig wirkende fachliche Impulse für das ganze Landesarchiv gesetzt. Dazu gehören die Entwicklung einer IT-gestützten Bestände- und Magazinverwaltung, die systematische Verknüpfung archivischer Erschließungsdaten mit Normdaten sowie die Konzeption einer datenbankgestützten Bewertung von personenbezogenen Unterlagen. Darüber hinaus war er einer der Ersten im Landesarchiv, der sich mit der Bewertung digitaler Fachverfahren beschäftigte. Er hat das Staatsarchiv Sigmaringen als Teil des Landesarchivs zu einem modernen Informationsdienstleister und landeskundlichen Kompetenzzentrum in der Region weiterentwickelt.*

Franz-Josef Ziwes studierte Geschichtswissenschaften und Germanistik an der Universität Trier und promovierte mit einer Dissertation zur Geschichte der Juden im mittleren Rheingebiet während des hohen und späten

Mittelalters. Nach dem Archivreferendariat am Hauptstaatsarchiv Stuttgart und an der Archivschule Marburg arbeitete er seit 1995 als wissenschaftlicher Archivar zunächst im Generallandesarchiv Karlsruhe, ab 1998 im Staatsarchiv Sigmaringen. 2020 übernahm er die dortige Abteilungsleitung.

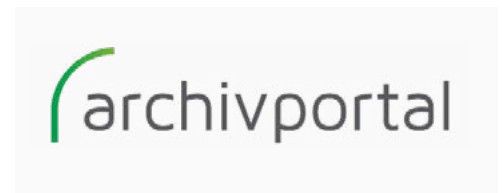
Der neue Abteilungsleiter Christoph Schlemmer hat in Tübingen Geschichte und Philosophie studiert und am Landesarchiv Baden-Württemberg und an der Archivschule Marburg das Referendariat für den höheren Archivdienst absolviert. In seiner Doktorarbeit an der Universität Tübingen untersuchte er die Rolle und Bedeutung landadliger Güter in der Moderne und war außerdem an der Entwicklung einer virtuellen Ausstellung zu diesem Thema beteiligt. Schlemmer will die Behörden bei der Archivierung ihrer Unterlagen bestmöglich unterstützen – durch die Einführung der elektronischen Akten kommen zusätzliche Herausforderungen auf beide Seiten zu. Außerdem will er Menschen den Zugang zum Archiv erleichtern. *Archive sind eine zentrale Quelle, um sich über die Vergangenheit, die Geschichte des Ortes oder auch der eigenen Familie zu informieren. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Demokratiebildung,* sagt Schlemmer. Die Kooperation mit den Schulen, die im Zuge der Coronapandemie stark gelitten hat, will er weiterentwickeln. Als gebürtigem Sigmaringer sind ihm die Region, ihre Geschichte und ihre Besonderheiten bestens vertraut. ✱ **Maria Wetzel**

1 Dr. Franz-Josef Ziwes.
Aufnahme: privat

2 Christoph Schlemmer.
Aufnahme: privat

Das Landesarchiv Baden-Württemberg feiert 10 Jahre Archivportal-D





2



3

1 Freischaltung des Archivportals-D 2014.
Aufnahme: VdA

2 Logo Archivportal-D von 2014 bis 2022.

3 Logo Archivportal-D seit 2023.

Vor fast genau zehn Jahren schaltete der damalige Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg Robert Kretschmar gemeinsam mit Irmgard Christa Becker, Leiterin der Archivschule Marburg und zu dieser Zeit VdA-Vorsitzende, und der bis Ende 2023 amtierenden Direktorin und Geschäftsführerin FIZ Karlsruhe Sabine Brünger-Weilandt das Archivportal-D auf dem Deutschen Archivtag in Magdeburg frei. Auf der Bühne mit dabei waren unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen, die am Aufbau des Archivportal-D beteiligt waren: Christina Wolf und Gerald Maier vom Landesarchiv Baden-Württemberg, die Direktorin des Sächsischen Staatsarchivs Andrea Wettmann, der Präsident des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen Frank Bischoff und Matthias Razum von FIZ Karlsruhe. Binnen zwei Jahren hatte die Projektgruppe im Rahmen eines DFG-geförderten Projektes unter der Leitung des Landesarchivs Baden-Württemberg einen übergreifenden Zugang zu Archivgut aus verschiedensten deutschen Archiven als Subportal der *Deutschen Digitalen Bibliothek* geschaffen. Bereits bei der Eröffnung konnten dabei etwa fünf Millionen Datensätze von über 30 Archiven durchsucht und die Adressen von weiteren 400 Archiven nachgeschlagen werden.

In den darauffolgenden Jahren wurde das Angebot kontinuierlich ausgebaut und verbessert. Heute können die Nutzerinnen und Nutzer in über 32,5 Millionen Datensätzen

aus etwa 280 Archiven recherchieren und Informationen zu knapp 2.500 Einrichtungen einsehen. Auch die Website selbst wird laufend an die aktuellen (technischen) Anforderungen angepasst. So wurden zum Beispiel viele Bausteine des Portals überarbeitet und in Bezug auf die Barrierefreiheit verbessert. 2023 erfolgte die Ablösung des ursprünglichen Logos des Archivportal-D, ein grüner Portalbogen, durch eine grüne Version des Pustebloomslogos der Deutschen Digitalen Bibliothek. Damit ist das Archivportal-D als Teil der Portalfamilie der Deutschen Digitalen Bibliothek erkennbar.

Auch erhielt das Archivportal-D in den vergangenen Jahren thematische Sucheinstiege, die *Themenportale*, in denen Nutzerinnen und Nutzer beispielsweise Dokumente zur Weimarer Republik oder zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gesammelt durchsuchen können. Viel ist also passiert in den vergangenen zehn Jahren und wir dürfen auf das nächste Jahrzehnt gespannt sein.

Nun aber auf zu den Feierlichkeiten, die natürlich online stattfinden: Am 15. August zünden wir ein digitales Feuerwerk, bei dem unsere Datenpartner jede Woche ein besonders spannendes oder kuriose Objekt und dessen Geschichte in der extra aufgelegten Rubrik *Lach- und Sachgeschichten aus dem Archiv* präsentieren. Kommen Sie vorbei und feiern Sie mit uns: www.archivportal-d.de/content/aktuelles. ✨ **Denise Ruisinger**

<https://www.archivportal-d.de/>



Die Bundesrepublik Deutschland ist kein sicherer Ort mehr für Juden

Jüdische Allgemeine-Chefredakteur zu Gast in der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

1 Philipp Peyman Engel, Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen, beim Gespräch mit dem Journalisten Christoph Mestmacher im Generallandesarchiv Karlsruhe.

Aufnahme: LABW, Maria Wetzel

Auf Einladung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) sprach im Juli Philipp Peyman Engel, Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen, im Generallandesarchiv Karlsruhe mit dem Journalisten Christoph Mestmacher (ARD-Hauptstadtstudio) über jüdisches Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Vor rund 200 Zuhörerinnen und Zuhörern führte Engel aus, dass es hierzulande nur noch ganz wenige Räume gibt, die frei von Antisemitismus sind.

Engel, Sohn einer geflüchteten persischen Jüdin und eines deutschen Vaters, der im Ruhrgebiet aufwuchs, hinterfragte die Mehrheitsgesellschaft und Medienlandschaft sowie deren Einstellung zum Judentum und zu Israel vor und nach dem antisemitischen Massaker vom 7. Oktober 2023. Er schilderte ein Deutschland, in dem Antisemitismus nach dem Hamas-Terroranschlag auf Israel allgegenwärtig und deshalb kein sicherer Ort mehr für Juden sei. Der Zustand der jüdischen Gemeinschaft in einer Gesellschaft gelte zu Recht oft als Indikator dafür, wie gut oder schlecht es um die Demokratie einer Gesellschaft stehe, so Engel. *Und der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland geht es nicht gut. Ganz und gar nicht.*

Als Folge des *dunkelsten Tages* in der Geschichte des jüdischen Volkes seit der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus breche nun offen aus, was längst vorhanden war: Judenhass durch Rechtsextremisten, Muslime und die postkoloniale Linke. Teile der alten, der antiimperialistischen wie der neuen postkolonialen Linken unterscheiden sich in ihrem Antisemitismus, den sie sich nicht eingestehen wollen, nicht mehr von jenen Muslimen, die Juden ganz offen hassen, weil sie Juden sind, konstatierte der Ricarda-Huch-Literaturpreisträger. Der Journalist wurde vom *Medium Magazin* als Chefredakteur des Jahres 2023 ausgezeichnet – auch wegen der Berichterstattung seiner Zeitung über den 7. Oktober und dessen Folgen.

Engel betonte, dass die deutsche Haltung dem Judentum gegenüber verlogen sei. Die Deutschen hätten nach Krieg und Schoah nur gelernt, *die Klappe zu halten*. Die seit Jahrzehnten *viel zitierte Wiedergutwerdung* entlarvte er als eine *deutsche Lebenslüge*: Einerseits werden Politik und Öffentlichkeit nicht müde, jüdisches Leben hierzulande und dem Staat Israel eine Unterstützung bis hinauf zur Staatsräson zuteilwerden zu lassen, aber gleichzeitig seien Judenhass und antisemitische Vernichtungsfantasien en vogue. Nicht nur bei Neonazi-Demonstrationen auf den Straßen, sondern inmitten der Hochschulen. Erschreckend sei, wenn an Universitäten Israel- und Judenhasser den Campus stürmen, zur Auslöschung Israels aufrufen und eine neue Terrorwelle gegen Juden fordern.

Die Jüdische Allgemeine wird vom Zentralrat der Juden in Deutschland herausgegeben und knüpft an die Tradition der 1837 gegründeten *Allgemeinen Zeitung des Judenthums an*.

* Anton Maegerle

* Vortrag

Nächste Veranstaltung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus:

Türkische Graue Wölfe. Die zweitgrößte Gruppe der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik

Dr. Ismail Küpeli, Sozialwissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum

Moderation: Ulrike Schnellbach, Journalistin (Freiburg)

* Information

Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus
Landesarchiv Baden-Württemberg
– Generallandesarchiv Karlsruhe –
Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721 926-2206
E-Mail: dokumentationsstelle
@la-bw.de
www.rechts-geschehen.de/



1

Mehr als nur Flachware

3D-Digitalisierungsaktion ausgewählter Archivalien im Landesarchiv Baden-Württemberg



1 Die Goldene Bulle wird durch den beweglichen Roboterarm selbständig von allen Seiten aufgenommen und am Rechner in ein 3D-Modell umgewandelt.

Aufnahme: LABW

Zu den 3D-Modellen auf der Website des Landesarchivs und in LEO-BW:

<https://www.landearchiv-bw.de/de/3d-modelle/76943>

<https://www.leo-bw.de/themen/objektkategorien/3d-galerie/objekte-aus-der-landesgeschichte>



Wer an Archive denkt, denkt in erster Linie an Regale voller Dokumente. Dass das Landesarchiv auch spannende dreidimensionale Objekte in seinen Magazinen hat, zeigte sich bei seiner ersten 3D-Digitalisierungsaktion, die in Zusammenarbeit mit einer Ausgründung des Fraunhofer-Instituts für Graphische Datenverarbeitung umgesetzt wurde.

In einem ersten Schritt wurden die scannbaren Schätze in den Standorten des Landesarchivs identifiziert und eine Auswahl zusammengestellt, welche die Vielfalt der Objekttypen aufzeigen sollte: vom Urkundensiegel über von der Weltmeistermannschaft 1954 signierte Mini-Fußballschuhe bis hin zu Duellpistolen, die als gerichtliche Beweismittel für ein Attentat auf König Wilhelm I. von Preußen Eingang in die Akten gefunden hatten. Da

eines der wertvollsten Stücke, die Goldene Bulle von 1356, aus Sicherheitsgründen nicht das Haus verlassen sollte, brachte die Mannschaft von Fraunhofer im Januar ihre transportablen Scan-Roboter ins Hauptstaatsarchiv Stuttgart, wo die Gegenstände vor Ort in einem verdunkelbaren Raum in der Digitalisierungswerkstatt gescannt wurden.

Nach und nach wurden dort die 14 ausgewählten Archivalien aus den Standorten des Landesarchivs sorgfältig auf die drehbaren Teller der Scan-Roboter gelegt und fotografisch, also durch Abfotografieren aus mehreren Blickwinkeln erfasst. Faszinierend anzusehen war, wie die eleganten Roboterarme die Objekte umkreisten und mit bestandsschonenden Lichteinstellungen viele Hundert Aufnahmen machten, die später dann zu einem digitalen 3D-Modell zusammengerechnet wurden. Pro Objekt dauerte der Vorgang ein bis zwei Stunden. Im Laufe einer Woche wurden so in gutem Zusammenspiel zwischen den Archivaren und Restauratoren des Hauptstaatsarchivs und den Kollegen des Fraunhofer-Instituts für alle geplanten Objekte digitale Zwillinge geschaffen. Die Aktion war für viele Kolleginnen und Kollegen im Haus spannend, aber auch Presse, Funk und Fernsehen zeigten großes Interesse, sodass wir mehrmals in dieser Woche Journalistinnen und Journalisten zu Gast hatten, die in den großen Tageszeitungen und im SWR über das Projekt berichteten.

Die Umwandlung der unzähligen Aufnahmen in tatsächliche 3D-Modelle folgte in den anschließenden Wochen bei Fraunhofer, während aufseiten des Landesarchivs die Metadaten zu den Objekten erhoben und die Online-Präsentation der Ergebnisse vorbereitet wurden. Ende Juni konnten die Modelle schließlich online gehen und sind inzwischen sowohl auf der Webseite des Archivs als auch auf dem Landeskundeportal LEO-BW zu bestaunen.

* **Wolfgang Krauth, Patrick Leiske**

Lost Places auf der Spur

Verborgene Plätze der hohenlohischen Geschichte



1

1 Die Teilnehmerinnen des Mitmachprojekts in der Fürstengruft.

Aufnahme: Christian König

Geschichte ist spannend – und das Interesse daran, mehr über die Vergangenheit zu erfahren, ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Endet das aber damit, sich die einschlägige Ortsgeschichte ins Wohnzimmerregal zu stellen – oder darf man da auch selbst mitmachen? Und wie geht das überhaupt?

Solche Fragen und Zweifel begegnen uns immer wieder, zumal wenn wir zur aktiven Auseinandersetzung mit Geschichte einladen. Eine mögliche Antwort darauf sind die Mitmachprojekte, wie sie im Hohenlohe-Zentralarchiv in Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis des Archivs und einigen ehrenamtlichen Archivhelfern seit vorletztem Jahr praktisch erprobt werden. Das gerade zu Ende gegangene Projekt stand unter dem Titel *Lost Places auf der Spur*. Es führte die Teilnehmerinnen zunächst zu einem Ortstermin hinunter in die Krypta unter

die Nikolauskirche, in der ehemaligen hohenlohischen Residenz Ingelfingen im Kochertal, zur Grablege der Linie Hohenlohe-Ingelfingen.

Dort unten waren die Grabstätten erst einmal von Dreck und Spinnweben zu reinigen und Standort, Maße und Inschriften aufzunehmen. Anschließend galt es, anhand der im Hohenlohe-Zentralarchiv vorhandenen Quellenüberlieferung mehr über die unter der Nikolauskirche Bestatteten zu erfahren.

Als besonders reizvolle Aufgabe erwies sich neben manch' spannender und auch emotional packender Lebensgeschichte ein Sarg, der heute keinerlei Beschriftung mehr aufweist. Doch auch dieses Geheimnis konnte schließlich gelüftet werden: So fand sich im Archiv eine Akte zur Überführung von Luise, geb. Herzogin von Württemberg, der Ehefrau Fürst Augusts II. zu Hohenlohe-Oehringen, die im oberschlesischen Slawentzitz verstorben, im Frühsommer 1852 nach Ingelfingen verbracht und dort zur letzten Ruhe in die Gruft herabgelassen worden war. Die silberne Plakette, mit der der Sarg geschmückt war, stach dabei einigen Ingelfingern ins Auge, die sich vier Wochen später an der Gruft zu schaffen machten und die Plakette stahlen. Der Raub konnte aufgeklärt werden – aber die Plakette war bereits eingeschmolzen und wurde auch nicht ersetzt.

Im Laufe des Projektes fanden vier Arbeitstreffen und manche Kurzfortbildung zum Handwerkszeug des Historikers statt, und die generationenübergreifend zusammengesetzte Projektgruppe wuchs in der typischen Eigen-dynamik eines solchen Projektes immer mehr zusammen. So stand am Ende nicht nur eine schriftliche Dokumentation zur Gruft und der Lebensgeschichte der Mitglieder des Hauses Hohenlohe-Ingelfingen, sondern auch ein fröhliches Abschlussfest, auf dem die Teilnehmenden gemeinsam das Erreichte gefeiert haben – und die Erfahrung, dass die Auseinandersetzung mit Geschichte, ob allein oder in einer solchen bunt zusammengesetzten Projektgruppe, viel Spaß machen kann. ✱ **Ulrich Schludi**

Von Schwaben nach Spanien und zurück

Die »Cantigas de Santa Maria« im Mittelalter und heute – ein deutsch- spanisches Erlebnis



1 Miniatur mit Musikern aus einer Handschrift der »Cantigas de Santa Maria«, um 1250.

Vorlage: El Escorial, Bibliothek

2 Die Mitwirkenden am deutsch-spanischen Abend im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Aufnahme: LABW, HStAS

Am 15. Mai 2024 fand im Hauptstaatsarchiv Stuttgart ein beeindruckender deutsch-spanischer Abend statt: Gemeinsam mit der Deutsch-Spanischen Gesellschaft Baden-Württemberg wurde zu dieser hervorragend besuchten Veranstaltung eingeladen, die vom Spanischen Generalkonsulat in Stuttgart, der Xunta de Galicia, der Deutschen St. Jakobus-Gesellschaft, dem Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein sowie dem Haus Württemberg unterstützt wurde.

Unter dem Titel *Von Schwaben nach Spanien und zurück* standen die berühmten *Cantigas de Santa Maria* im Mittelpunkt. Diese anspruchsvolle Musik aus dem 13. Jahrhundert wurde von dem Ensemble Rubens Rosa von der Schola Cantorum in Basel möglichst authentisch präsentiert: Mit ihren historischen Instrumenten und vielstimmigem Gesang entführten die Musikerinnen und Musiker in die kulturelle Szene des hohen Mittelalters.

Eingeleitet wurde diese besondere deutsch-spanische Begegnung durch einen instruktiven Impulsvortrag von Prof. Dr. Klaus Herbers als einschlägigem Kenner der deutsch-spanischen Geschichte wie der Pilgerfahrt nach Santiago de Compostela. Er betonte die Verbindungen, die gerade in der Person König Alfons' X., des Weisen, von Kastilien (1221–1284) zwischen Spanien und Schwaben bestanden. Die Mutter von Alfons entstammte der Dynastie der Staufer, und in deren Nachfolge wollte er auch deutscher König werden. Alfons gilt als großer Literat und Kunstmäzen und ließ die berühmte Liedersammlung der *Cantigas de Santa Maria* zusammenstellen.

Diese historische Verbindung um die Staufer und König Alfons den Weisen von Kastilien leuchtete von Schwaben bis nach Spanien und Santiago de Compostela. Auf den Pilgerwegen dorthin waren auch die *Cantigas de Santa Maria* präsent; sie handeln von Pilgerfahrten und wurden hier von Pilgern gesungen.

Die *Cantigas* sowie die Pilgerfahrten von Schwaben bis Santiago im Mittelalter und heute standen dann auch im Zentrum der anschlie-

ßenden Podiumsdiskussion: Moderiert von Silke Freudenberg, Präsidentin der Deutsch-Spanischen Gesellschaft Baden-Württemberg, beteiligten sich Prof. Dr. Klaus Herbers als Präsident der Deutschen St. Jakobus-Gesellschaft, Dr. Stephan Schlenso, Generalsekretär der Stiftung Weltethos, Dr. Maria del Mar Alonso Amat von der Internationalen Bachakademie in Stuttgart und Prof. Dr. Peter Rückert, Leiter des Hauptstaatsarchivs Stuttgart. Betont wurde dabei die vorbildliche Bedeutung Alfons' des Weisen und seiner *Cantigas*: Sie lassen Literatur und Musik als Mittel kultureller und politischer Verständigung begreifen – was schon für das Mittelalter deutlich wurde und heute noch gilt! Nach diesem eindrücklichen Programm konnte der deutsch-spanische Austausch bei dem anschließenden Empfang noch nachhaltig vertieft werden.

* **Peter Rückert**





Quellen griffbereit
Aufgeblättert und online zugänglich

Von Achternbusch bis Zuckmayer Stückearchiv des Schauspiels Stuttgart verzeichnet



1

1 Das Stückearchiv an seinem ursprünglichen Lagerort im Stuttgarter Kammertheater.

Aufnahme: LABW, StAL

Es war schon mehr als beeindruckend, als im Herbst 2018 aus dem Obergeschoss des Stuttgarter Kammertheaters neben der Staatsgalerie das umfangreiche Stückearchiv des Schauspiels unter Einsatz eines Außenaufzugs geborgen und in das Staatsarchiv Ludwigsburg überführt wurde. Die Auslagerung war notwendig geworden, weil die fraglichen Räume für andere Zwecke des Theaters umgebaut werden sollten.

Dieses Stückearchiv konnte nun im Rahmen eines von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg finanzierten Projekts bewertet und erschlossen werden. Das Findbuch zu dem neuen Bestand LABW, StAL EL 221/16 ist demnächst im Internet einsehbar.

Bei dem Stückearchiv handelt es sich um eine in Umfang und Zusammensetzung bun-

desweit einzigartige Sammlung von Werken, die für das Sprechtheater geschrieben wurden. In den Bestand eingegangen sind eingesandte und nie zur Aufführung gelangte Manuskripte, die zum Teil nur an dieser Stelle überliefert sind, Strichfassungen von Schauspielen, die am Staatstheater aufgeführt wurden, häufig ergänzt um Regieanweisungen, oder aber auch Rollenbücher für die einzelnen Mitwirkenden an einer Inszenierung. Er dokumentiert somit nicht nur das breite Spektrum an Werken, mit dem man sich am Stuttgarter Theater im Laufe des 20. Jahrhunderts auseinandergesetzt hat, sondern ist auch von großem Wert, um herauszubekommen, wie genau ein Stück hier inszeniert wurde. Das gilt sowohl für die Werke von Klassikern, die häufig nur in speziell für die jeweilige Inszenierung erarbeiteten gekürzten Fassungen zur Aufführung kamen, wie auch für Stücke, die bestimmte literarische Strömungen repräsentieren.

Im Zuge der Bearbeitung wurde der Bestand umfassend bewertet. Im Druck erschienene Werke ohne jegliche theaterinterne Anmerkungen oder Doppelstücke wurden nach Abgleich mit den Beständen in einschlägigen Bibliotheken kassiert, die Autoren und andere an der Inszenierung beteiligte Personen zusätzlich mit Normdaten verknüpft. Insgesamt umfasst der Bestand nunmehr fast 10.000 Verzeichnungseinheiten, die zeitlich bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückreichen. Dokumentiert sind hier also Stücke aus der Weimarer Republik ebenso wie das ganze Spektrum an Werken von Autoren mit nationalsozialistischem Hintergrund bis hin zu modernen Stücken aus der Nachkriegszeit. Neben Werken, die für das Sprechtheater geschrieben wurden, finden sich in dem Bestand aber auch Dramatisierungen von Spielfilmen oder Romanen. In Verbindung mit der restlichen, auch schon vergleichsweise dichten Überlieferung des Staatstheaters Stuttgart liegt im Staatsarchiv Ludwigsburg nun ein einzigartiger Fundus an Quellen vor, der hoffentlich rege für theatergeschichtliche Forschungen genutzt wird. ✱ **Peter Müller**



1



2

Württembergische Wehrmachtssoldaten erinnern sich

Unterlagen zur militärischen Erinnerungskultur in Südwestdeutschland erschlossen

- 1 Einweihung des Mahnmals des »Kameradenhilfswerks 25 e. V.« auf der Solitude in Stuttgart mit Ministerpräsident Hans Filbinger, 1972.

Vorlage: LABW, HStAS M 752 Bü 209

- 2 Kriegsversehrte deutsche Soldaten, [1940 oder 1941].

Vorlage: LABW, HStAS M 754 Bü 378

Wie haben die Soldaten aus Schwäbisch Gmünd den Zweiten Weltkrieg erlebt? Inwieweit waren die württembergischen Kombattanten an Kriegsverbrechen beteiligt? Über was haben die ehemaligen Soldaten aus Göppingen in der Nachkriegszeit (nicht) gesprochen? Warum haben sich Wehrmachtssoldaten nach 1945 in einem in Stuttgart ansässigen Hilfswerk organisiert? Wie haben die Angehörigen der südwestdeutschen Veteranenvereine ihrer gefallenen Kameraden gedacht? Haben sich die einstigen Soldaten in der Nachkriegszeit vom Nationalsozialismus distanziert? Wie wurden die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht in den 1980er Jahren behandelt? Warum haben die Männer sogar teilweise ihre Tagebücher an einen Sammler abgegeben?

Bis in die heutige Zeit werfen sowohl die Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs als auch der Umgang ehemaliger Wehrmachtssoldaten mit der NS-Diktatur viele Fragen auf. Zu ihrer Beantwortung können bald schriftliche, bildliche und audiovisuelle Zeugnisse konsultiert werden, die im Rahmen eines von der *Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg* finanzierten Projekts archivfachlich erschlossen wurden. Die Unterlagen haben einen Umfang von ca. 40 lfd. Metern und bilden im Hauptstaatsarchiv Stuttgart die beiden Bestände LABW, HStAS M 752 *Kameradenkreis Grenadier-Regiment 119* und LABW, HStAS M 754 *Militärgeschichtliche Sammlung Wieland*.

Der Bestand M 752 – ein Mischfonds – enthält unter anderem das Vereinsarchiv des 1971

von ehemaligen Angehörigen des Infanterie-Regiments 119 (seit 1942: des Grenadier-Regiments 119) gegründeten Kameradenkreises. Die Unterlagen umfassen neben Vereinsprotokollen, Abrechnungen und Redemanuskripten auch zahlreiche Schriftstücke, Fotos, Karten, Zeichnungen und Filme aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, die die Angehörigen des Veteranenvereins für die Veröffentlichung eines Buches über Jahrzehnte hinweg zusammengetragen haben.

Die in M 754 enthaltene militärgeschichtliche Sammlung wurde von Reiner Wieland aus Heubach-Lautern in einem Zeitraum von ca. 40 Jahren zwischen 1970 und 2010 aufgebaut. Schwerpunkte des Bestandes bilden die Ego-Dokumente von Reichswehr- und Wehrmachtssoldaten. Dabei handelt es sich vor allem um Unterlagen von Angehörigen ostwürttembergischer Garnisonen und von Trägern hoher militärischer Auszeichnungen aus Württemberg und Baden. Hervorzuheben sind die Fotoalben, Tagebücher und Feldpostbriefe, die den Alltag des Krieges eindrucksvoll dokumentieren. Diese Unterlagen führen auch die Schrecken des nationalsozialistischen *Weltanschauungskrieges* in der Sowjetunion vor Augen.

Insgesamt bilden die Bestände M 752 und M 754 ein in der Bundesrepublik Deutschland einzigartiges Quellenkorpus, welches der interessierten Öffentlichkeit unter Beachtung der Schutzfristen ab Herbst 2024 zur Verfügung steht. ✱ **Frederick Bacher**



Prunk und Politik

Ein politisches Testament gebunden in Samt und Brokat...



1

1 Samteinband des Politischen Testaments.



2

2 Vorsatzspiegel aus Brokatpapier.

3 Detailbild vor der Restaurierung und nach der Restaurierung.

Alle Aufnahmen: LABW, IfE
Vorlage: Historischer Verein Wertheim; LABW, StAWt S-V 10 Sg 322

Das Politische Testament war ab dem 16. Jahrhundert nicht unbekannt. Herrscherpersönlichkeiten legten Rechenschaft über politische Ziele oder Regierungsentscheidungen ab oder versuchten die Jahre nach ihrer Amtszeit mittels Handlungsempfehlungen zu beeinflussen. Archivarisch gilt ein Testament als Urkunde. In diesem Artikel geht es um Restaurierungsarbeiten an dem Prachteinband des Politisches Testaments von Fürst Karl Thomas zu Löwenstein-Wertheim-Rochefort (1714–1789). Schon die hochwertige Einbandgestaltung verweist auf den gesellschaftlichen Stand und das Vermögen des Besitzers.

Ein Repräsentationsband: Für den Einband wählte man Samt als Bezugsstoff. Dieses aufwendig aus Seidenfäden gefertigte, kostspielige Material wird selten verarbeitet, denn im Vergleich zum gängigen Leder ist es sehr empfindlich, besticht aber durch seine schimmernde Optik, seine weiche Haptik und beeindruckt hier durch eine intensiv grüne Färbung.

Die Vorderansicht ist großflächig mit einer stilisierten Krone und einer lateinischen Beschriftung versehen, die übersetzt *Ermahnungen Karls, von Gottes Gnaden Fürst von Löwenstein an den Herrn Nachfolger*, 1753. bedeutet. Die Buchstaben sind engmaschig mit Silberfaden umwirkt und sitzen erhaben auf dem Buchdeckel. Für die Innenseite des Deckels wurde edles Brokatpapier verwendet. Der Fokus der Aufmachung liegt auf dem Wesentlichen, unterstreicht aber durch die Materialauswahl die Relevanz des Textes.

Doch nach 271 Jahren bröseln die Seidenfäden: Vor allem die Vorderseite des Buches büßte über die Zeit an Farbintensität und Glanz ein. Die Textur verlor den Samtflor, das Gewebe wurde brüchig und riss im Falzbereich. Zur Schließung der Fehlstellen wurde ein mittels Airbrush farblich angepasstes Baumwollgewebe unter den jeweiligen Deckelrand gearbeitet und stellt nun eine geschlossene Verbindung zwischen Buchrücken und Buchdeckeln her. Die Erhaltung des verbliebenen Samtflors, auch an den abgegriffenen Ecken und Kanten, konnte durch die Verwendung eines farblich angepassten Japanpapiers sichergestellt werden. Bei den oxidierten aber insgesamt gut erhaltenen Silberfäden des Titels wurde lediglich eine Trockenreinigung mit einem weichen Pinsel vorgenommen.

Der Schaden am Brokatpapier entstand durch die auf Pergament handgestochenen Kapitalbänder. Die Pergamentflügel waren zwischen Pappdeckel und Vorsatzpapier fixiert und übten beim Aufschlagen einen solch starken Zug aus, dass das Papier im Kopf- und Fußbereich bereits Schädigungen aufwies. Zur Minimierung der Zugkräfte und damit zum Schutz des Brokatpapiers wurden die Pergamentflügel des Kapitals durch Gewebe ersetzt.

Die beeindruckenden Materialien und der handwerkliche Aufwand der Verzierung kommen nach den restauratorischen Maßnahmen wieder voll zur Geltung und verleihen der Urkunde ein prachtvolles Erscheinungsbild.

✿ Sindy Brödnö





1



2

Was tun im Angesicht des »Akten-Tsunamis«? Das Staatsarchiv Ludwigsburg über- nimmt Rekordmengen archivwürdiger Unterlagen

- 1 Der Magazinvorraum wurde bis 2023 als Materiallager genutzt.
Aufnahme: LABW, StAL
- 2 Der Magazinvorraum nach Einbau der Regale und der Einlagerung von 1.070 lfd. Meter Archivgut im Februar 2024.
Aufnahme: LABW, StAL

Im letzten Jahr verzeichnete das Staatsarchiv Ludwigsburg einen beeindruckenden Zuwachs an Archivgut: Ganze 1.020 laufende Regalmeter wurden übernommen. Diese Menge entspricht ungefähr 1.500 Umzugskartons voller Akten – mehr als 40 Tonnen Papier. Mit Ausnahme des Grundbuchzentralarchivs hatte in den letzten 20 Jahren keine Archivabteilung des Landesarchivs eine solche Masse zu bewältigen. Für das Staatsarchiv Ludwigsburg bedeutet dies eine Verdoppelung des Üblichen. Und der Trend hält an: In der ersten Jahreshälfte 2024 kamen bereits weitere 500 lfd. Meter hinzu.

Ein Teil des Anstiegs lässt sich auf große Aussonderungen in Behörden zurückführen, die umziehen und ihre Registraturen verkleinern. Seit Januar 2023 haben beispielsweise die Klinik Christophsbad (siehe Archivnachrichten 67, S. 50) und das Statistische Landesamt (siehe Archivnachrichten 68, S. 52) jeweils etwa 300 lfd. Meter archivwürdige Unterlagen angeliefert. Doch auch ohne derartige Großzugänge zeigt sich ein deutlicher Anstieg, der nicht durch Umzüge erklärt werden kann. Vermutlich spiegeln sich hier die ersten Auswirkungen des Medienwandels vom Papier zum Digitalen, der sich mit zeitlicher Verzögerung nun auch in den Archivabgaben bemerkbar macht.

Der intern als *Akten-Tsunami* bezeichnete sprunghafte Anstieg der Zugangsmengen stellt das Staatsarchiv vor große Herausforderungen. Die eingegangenen Unterlagen müssen nicht nur schnell einen Platz im Magazin finden, sondern auch zeitnah erfasst und beschrieben werden, damit sie für Recherchen zugänglich

sind. Eine Reihe von Maßnahmen soll helfen, diese Aufgaben zu bewältigen, ohne durch Personalmangel und Platznot verursachte Engpässe noch weiter zu verschärfen.

Um die Bearbeitung zu beschleunigen, werden verstärkt digitale Listen von Behörden direkt in die Erschließungsdatenbank eingelesen. Gleichzeitig werden im Rahmen von Projekten, die auch von ehrenamtlichen Kolleginnen unterstützt werden, zusätzliche Personen in die Erschließung einbezogen. Dank des engagierten Einsatzes vieler Hände und der Nutzung digitaler Möglichkeiten konnten im letzten Jahr immerhin rund 550 lfd. Meter Akten erfasst werden. Diese stehen nun für die interne Recherche zur Verfügung, auch wenn sich die abschließende Redaktion und Onlinestellung verzögert.

Ein erhebliches Problem stellt der starke Zuwachs nicht zuletzt für die eigentlich bereits erschöpften Magazinreserven des Staatsarchivs dar. Um dringend benötigten Lagerplatz zu schaffen, wurden im letzten Jahr kurzfristig auf verschiedenen Wegen weitere Kapazitäten erschlossen. Durch gezielte Umlagerungen und Umverpackungen von Beständen, die viel Platz beanspruchen, wurde eine nennenswerte *Binnenverdichtung* erzielt. Schließlich wurde ein als Materiallager genutzter Vorraum im Außenmagazin aufwendig mit gebrauchten Regalen ausgestattet und umfunktioniert. Immerhin etwa 1.070 lfd. Meter konnten so ausgelagert werden und wieder etwas Platz im Hauptmagazin schaffen – wenigstens für die nächsten Monate.

✱ **Andreas Weber**

Schuffen für einen Unrechtsstaat

Hauptstaatsarchiv Stuttgart erwirbt wichtige Chronik des Reichsarbeitsdienstlagers in Heubach aus der NS-Zeit



1



2

1 Chronik des Reichsarbeitsdienstlagers »4/264« Heubach.

Vorlage: LABW, HStAS M 754 Bü 86

2 Titelseite der Chronik.

Vorlage: LABW, HStAS M 754 Bü 86

Um die Folgen der Arbeitslosigkeit zu lindern, wurde im Deutschen Reich 1931 unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning ein Freiwilliger Arbeitsdienst (FAD) eingeführt. Zu den Trägern des FAD zählten in der Weimarer Republik etwa konfessionelle Organisationen, politische Verbände und Gewerkschaften. Im Nationalsozialismus wurden die nunmehr »gleichgeschalteten« Arbeitslager schließlich *Bestandteil autoritärer und totalitärer Ideologie* (Wolfgang Benz). 1935 erfolgte zudem die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Der Reichsarbeitsdienst (RAD) war dem Reichsinnenministerium angegliedert und sollte laut Gesetz vom Juni 1935 *die Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung erziehen*. Unter anderem wurden die *Arbeitsmänner* auch

für den Bau militärischer Anlagen mobilisiert. 1937/38 stieg überdies die Zahl der Arbeitsmädchen sprunghaft an.

Im Jahr 2023 erwarb das Landesarchiv Baden-Württemberg eine massive, handschriftlich geführte Chronik des 1932 errichteten Reichsarbeitsdienstlagers 4/264 Heubach. Diesem Lager wurde später der Ehrenname *Kaiser Barbarossa* verliehen. In der Einrichtung arbeiteten junge Männer aus Ostwürttemberg unter anderem als Erntehelfer und Holzfäller. Zudem wurden die Angehörigen des Lagers im *Gau Württemberg* für den Aufbau der Zelte auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg herangezogen.

In dem monströsen Buch sind Eintragungen von unterschiedlichen Händen mit schwarzer Tinte zu finden. Die Chronik ist mit farbigen Aquarellen und Fotoabzügen ausgestaltet. Der massive Einband aus dunklem Eichenholz und Eisenscharnieren ist mit drei nach rechts schreitenden, bezüngelten, schwäbischen *Staufer-Löwen* verziert. Auf der Titelseite prangert ein Hakenkreuz sowie das Symbol des Reichsarbeitsdienstes, die Vereinigung von Spaten und Ähre. Die Einzelblätter aus dickem Büttenpapier sind mit vier Schrauben befestigt. Inhalt und Sprache der Schrift sind NS-konform.

Das außergewöhnliche Format und die aufwendige Ausgestaltung stehen für den repräsentativen Anspruch der Traditionsquelle aus der Zeit des Nationalsozialismus. Wie das »Reich« sollte auch dieses Werk ewig währen. Letztendlich dokumentiert das Buch die Geschichte des RAD-Lagers aber doch nur bis zum Kriegsausbruch im Jahre 1939.

Das Buch wurde im Jahr 1970 durch den Sammler Reiner Wieland aus Heubach-Lautern von einem ehemaligen Mitarbeiter des Lagers käuflich erworben. Nun ist es Teil der *Militärgeschichtlichen Sammlung Wieland*, die im Hauptstaatsarchiv Stuttgart unter der Signatur LABW, HStAS M 754 verwahrt wird.

* **Frederick Bacher**

»Diplomaten in Weiß«

Nachlass des Stuttgarter Turners Erich Wied im Sportarchiv gesichert

1 Im Maracanã-Stadion (Rio de Janeiro) begrüßen 140.000 Zuschauer die Turner aus Deutschland.

Aufnahme: Ralf Kircher

Vorlage: LABW, HStAS Q 2/58 Nr. 37

2 Erich und Theo Wied am Strand von Ipanema (Rio de Janeiro).

Aufnahme: Ralf Kircher

Vorlage: LABW, HStAS Q 2/58 Nr. 37

Erich Wied (1923–1987) zählte in den 1950er Jahren zu Deutschlands Spitzturnern. Gemeinsam mit seinem Zwillingbruder Theo (1923–1995) begann er seine sportliche Laufbahn bei der Turn- und Sportvereinigung Stuttgart-Münster. Beide waren mehrmals Deutsche Meister und nahmen an den Olympischen Sommerspielen von Helsinki 1952 und Melbourne 1956 sowie 1954 an den Turn-Weltmeisterschaften in Rom teil.

2023 konnte das Sportarchiv im Landesarchiv Baden-Württemberg (Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart) Erich Wieds persönliche Unterlagen übernehmen. Der Nachlass (LABW, HStAS Q 2/58) umfasst Reisenotizen, Fotos, Broschüren sowie Souvenirs und Filmaufnahmen von zahlreichen (internationalen) Wettkämpfen.

So nahm Wied als Mitglied der *Deutschlandriege* im Herbst 1952 an einer vom Deutschen Turner-Bund (DTB) organisierten Reise durch Brasilien, Argentinien und Chile teil. Aufgrund der damals gebräuchlichen weißen Turnanzüge bezeichnete der Sportjournalist Hans Reip die Athleten in seinem 1953 erschienenen Reisebericht als *Diplomaten in Weiß*. Im Vorwort schrieb der damalige DTB-Präsident und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb über die Reise, diese sei [...] *ein Erfolg nicht nur der Deutschen*

Turnbewegung, sondern auch für die deutsche Sache schlechthin gewesen.

Seit dem 19. Jahrhundert gab es eine kontinuierliche Auswanderung von Deutschland nach Südamerika. In ihren neuen Heimatländern gründeten die Einwanderer auch Turnvereine, galten diese doch als Ausdruck *deutschen Volkstums* und somit als Band zur alten Heimat. Jedoch blieb das Verhältnis zu den Gastländern nicht ohne Spannungen: Während des Zweiten Weltkriegs wurde beispielsweise in Brasilien verboten, deutsch zu sprechen. Die Reise der Turner, sieben Jahre nach Kriegsende, sollte dazu beitragen, [...] *die turnbrüderlichen Beziehungen zu Südamerika* wiederaufzubauen, so die DTB-Zeitschrift *Deutsches Turnen*.

Daher stand die Kontaktpflege zu den deutschen Auswanderern im Mittelpunkt der Reise. Für Erich Wied und dessen Mannschaftskameraden dürften jedoch weniger die identitätspolitischen Bemühungen des Turnverbands im Vordergrund gestanden haben. Denn für diese durch Kriegserfahrung und wirtschaftliche Not geprägte Generation bot der Leistungssport die Möglichkeit, ferne Länder und Menschen kennenzulernen. Erich Wieds Turn-Nachlass zeigt dies auf vielfältige Weise müssen.

* Markus Friedrich



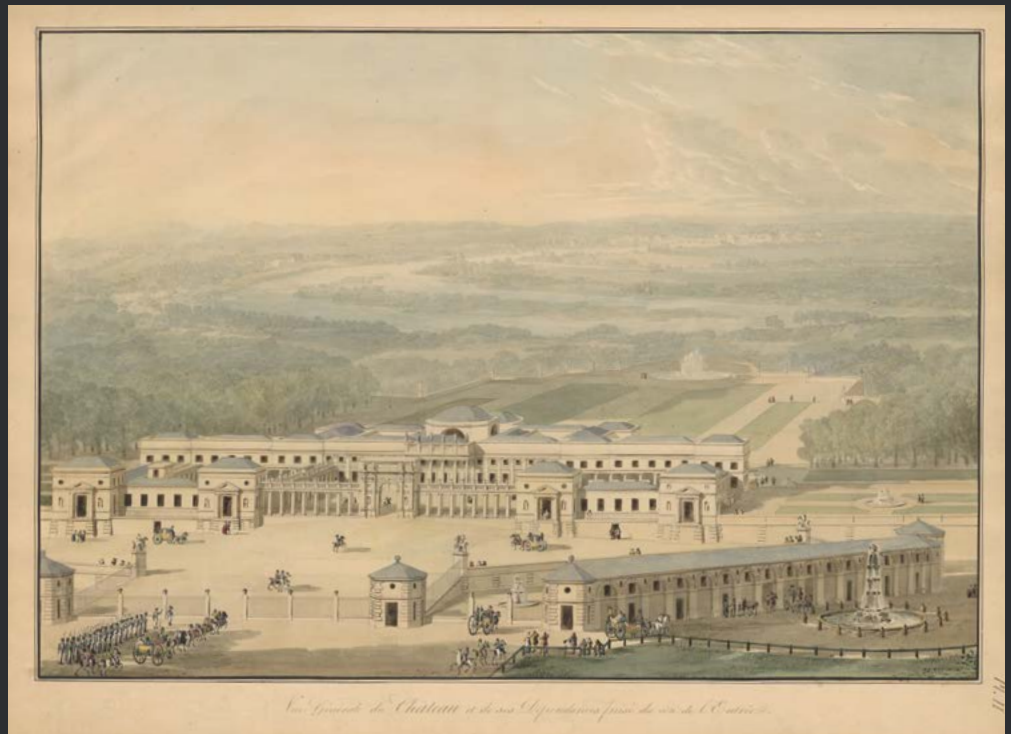


Ein königlicher Traum. Wiederentdeckte Pläne für Schloss Rosenstein

Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

1 »Projet d'une Maison de Plaisance pour S. M. Le Roi de Wurtemberg« von Pierre Francois Fontaine.

Aufnahme: LABW, HStAS N 205 Nr. 24



Ausstellung

Ein königlicher Traum.
Wiederentdeckte Pläne für
Schloss Rosenstein

Öffnungszeiten:

17. September – 6. Dezember 2024

Mo-Mi 8.30 – 17.00 Uhr

Do 8.30 – 19.00 Uhr

Fr 8.30 – 16.00 Uhr

Öffentliche Führungen
Jeweils Mittwoch, 11.30 Uhr

Information

Landesarchiv Baden-Württemberg
- Hauptstaatsarchiv Stuttgart -
Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 011/212-4335
hstastuttgart@la-bw.de
www.landearchiv-bw.de/hstas

Zur Ausstellung erscheint ein
Katalog.



Als 1816 König Wilhelm I. mit seiner Ehefrau, Königin Katharina, die Herrschaft in Württemberg antrat, war eine Periode großer Umwälzungen zu Ende gegangen. Die zahlreichen Kriege der vorausgegangenen Jahre hatten den württembergischen Gebietsumfang zwar verdoppelt und zur Gründung des Königreichs Württemberg geführt, aber auch ein verschuldetes Land und eine verarmte Bevölkerung zurückgelassen. König Wilhelm und Katharina, die Schwester des russischen Zaren Alexander I., zeigten sich jedoch den Herausforderungen gewachsen und gingen die vielfältigen Probleme des Landes mit viel Elan und Ehrgeiz an.

Bereits 1817 wollte die wohlhabende und architekturinteressierte Königin Katharina ihrer wachsenden Familie einen neuen, repräsentativen Wohnsitz verschaffen. Sie plante auf dem Rosenstein bei Cannstatt ein Landhaus als Sommerresidenz zu errichten. Als Baumeister diente ihr der aus Genf angeworbene Florentiner Giovanni Salucci. Der plötzliche Tod Katharinas 1819 schien das Vorhaben jedoch bereits im Entwurfsstadium zu beenden.

König Wilhelm griff das Projekt seiner verstorbenen Frau jedoch umgehend wieder auf und ließ die Planungen für das neue Landhaus weiterführen, allerdings unter veränderten Vorzeichen. Da das aus der Zarenfamilie stammende Privatvermögen Katharinas nicht mehr zur Verfügung stand, wurde auf äußerste Sparsamkeit Wert gelegt. Auch setzte Wilhelm bei weitem nicht so großes Vertrauen in die Fähigkeiten seines Hofbaumeisters Salucci wie seine verstorbene Frau. Um sicherzustellen, dass der Neubau internationalen Ansprüchen genüge, ließ er Entwürfe bei führenden Architekten in Europa einholen: in London bei John B. Papworth, in St. Petersburg bei Carlo Rossi, in Rom bei Johann Michael Knapp sowie in Paris bei Pierre Fontaine.

Die Pläne des Letzteren galten lange Zeit als verschollen, bis sie 2022 auf einer Auktion in Frankreich angeboten wurden. Dem Landesarchiv Baden-Württemberg gelang es, diese für das Land zu erwerben. Die Rückkehr der Pläne nach Stuttgart wird im Herbst durch eine Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart gewürdigt, welche die spannende Entstehungsgeschichte von Schloss Rosenstein nachzeichnet. **✱ Thomas Fritz**

»Herzog Ulrich und die Bauern im Krieg von 1525«

Eine Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart

1 Herzog Ulrich von Württemberg. Kolorierter Holzschnitt von Erhard Schön, um 1520.

Vorlage: Staatliche Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett, Inv.-Nr. 471-10

✳️ Ausstellung

Herzog Ulrich und die Bauern im Krieg von 1525

✳️ Öffnungszeiten

29. Januar – 25. April 2025
Mo-Mi 8.30 – 17.00 Uhr
Do 8.30 – 19.00 Uhr
Fr 8.30 – 16.00 Uhr

Öffentliche Führungen
Jeweils Mittwoch, 11.30 Uhr

✳️ Information

Landesarchiv Baden-Württemberg
– Hauptstaatsarchiv Stuttgart –
Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 011/212-4335
hstastuttgart@la-bw.de
www.landearchiv-bw.de/hstas

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog.



Die Erinnerung an den Bauernkrieg von 1525 wird gerade in Baden-Württemberg intensiv begangen. Etliche wissenschaftliche Tagungen und Vortragsreihen beschäftigen sich aus unterschiedlichen Perspektiven damit. Die Große Landesausstellung des Landesmuseums Württemberg präsentiert in zwei Teilen in Stuttgart und Bad Schussenried ab Oktober 2024 das historische Umfeld des Aufruhrs von 1525 sowie den Aktualitätsbezug der Aufstandsbewegung.

Das Hauptstaatsarchiv Stuttgart ist daran mit etlichen weiteren Partnern beteiligt. Mit einer komplementären Schau werden hier zentrale Vorgänge um den Bauernkrieg fokussiert, welche die besondere Bedeutung des Aufstands für Württemberg zeigen: Es geht vor allem um Herzog Ulrich von Württemberg (1487–1550) und die Bauern – ein über Jahrzehnte gespanntes Verhältnis, das für die dynamische Entwicklung der gewaltsamen Auseinandersetzungen prägnant war.

Schon 1514 hatte sich die bäuerliche Bevölkerung in Württemberg mit dem Aufstand des *Armen Konrad* gegen Herzog Ulrich erhoben und wurde gewaltsam niedergedrückt. Als der Herzog dann 1519 wegen seiner Aggressionen aus Land und Herrschaft vertrieben wurde, solidarisierte er sich mit der Landbevölkerung, um wieder in sein Herzogtum zurückzukehren. Ulrich nutzte den Aufstand der Bauern, verbündete sich mit ihnen und vereinigte sich mit den Bauern auch im Kampf für die Reformation.

Dieser gemeinsame Antrieb von Herzog und Bauern steht im Mittelpunkt der Ausstellung. Ihr Kampf für die Rückkehr des Herzogs in sein Land, für die Partizipation und Freiheit der Bauern von herrschaftlicher Willkür, für die Einführung der neuen Lehre – eine besondere Koalition und einzigartige Konstellation, die im Bauernkrieg scheitern musste. Mit der gewaltsamen Rückkehr Herzog Ulrichs 1534 und der anschließenden Einführung der Reformation in Württemberg sollte sich dieser gemeinsame Kreis dann aber bald schließen.

Zeitgenössische Stimmen, Texte und Bilder führen durch die Ausstellung: Neben Herzog Ulrich erscheinen seine Weggefährten und Gegner, vor allem aber zeigen sich die Bauern und ar-

men Bürger mit ihren Beschwerden, Wünschen und Drohungen; darunter berühmte Männer, wie der Stuttgarter Künstler Jörg Ratgeb, und kaum bekannte Frauen in Ulrichs Partei.

Als der Herzog im März 1525 vor den Toren Stuttgarts stand, um seine Residenzstadt mit den Bauern zurückzugewinnen, kulminierte der gemeinsame Kampf. Die Flucht des Herzogs und die Verfolgung der Aufständischen nach ihrer gewaltsamen Niederlage werden in Schmäliedern und Gedichten der siegreichen Herrschaften greifbar, das furchtbare Strafgericht in Folterinstrumenten und Mordwerkzeugen. Waffen und Wehren der Bauern klirren dazu, eindrucksvolle Urfehden und herrschaftliche Ausschreiben lassen die aufgewühlte Stimmung unmittelbar begreifen. Porträts der Protagonisten, preziose Münzen und Medaillen, Handschriften, Miniaturen und Drucke, Schmuck und Geschirr vergegenwärtigen die dramatischen Szenen im Aufruhr um Herzog Ulrich und die Bauern. ✳️ **Peter Rückert**





Archiv & App im Staatsarchiv Ludwigsburg Spielerisches Entdecken von Archivquellen mit dem digitalen Tool »Learningapps«

1 Projektarbeit mit »Learningapps« im Staatsarchiv Ludwigsburg.

Vorlage: LABW, StAL

Das neue Angebot *Archiv & App* entstand im Rahmen meines Praxisprojekts als Studentin der *Kultur- und Medienbildung* an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Ziel des Projekts war die Erarbeitung eines neuen archivpädagogischen Konzepts und die darauf aufbauende Entwicklung von zwei neuen Themenmodulen für die Unterstufenklassen 5–7. Die Module enthalten viele handlungsorientierte und spielerische Elemente, um Geschichte spannend zu vermitteln. Die Schülerinnen und Schüler werden selbst aktiv und kommen analog sowie digital in den Kontakt mit originalen Archivquellen. Voraussetzung für die Teilnahme einer Schulklasse ist das Mitbringen mehrerer Handys oder Tablets. Ein wesentlicher Bestandteil der neuen Themenmodule ist das Tool *Learningapps*. *Learningapps* ist eine vom Landesmedienzentrum empfohlene Onlinesoftware, mit deren Hilfe man digitale Aufgaben und Rätsel erstellen kann. Hierbei kann man zwischen 20 verschiedenen Inhaltstypen wählen wie beispielsweise Multiple-Choice-Quiz, Memory, Lückentext oder Zuordnungsaufgaben. Die erstellten Rätsel kann man über einen individuellen QR-Code mit den Schülerinnen und Schülern teilen.

Das erste Modul ist die *Rätseltour durch das Staatsarchiv*. Im ersten Teil erfahren die Schülerinnen und Schüler, ausgestattet mit ihrem Handy, an interaktiven digitalen Stationen, was genau ein Archiv ist. Anschließend begibt sich die Klasse auf eine Schatzsuche ins Magazin. Mithilfe eines Lageplans und einer Schatzkarte (Legschein) wird unter Anleitung nach einer Schatzkiste gesucht. Abschließend beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler an sechs analogen und digitalen Stationen mithilfe ihres Handys spielerisch und kreativ mit unterschiedlichen Quellenarten vom Mittelalter bis heute. Sie können ein Memory zu sprechenden Wappen der Äbte des Klosters Schöntal lösen (LABW, StAL B 503 II Bü 13) oder die Bestandteile einer Polizeiform von 1851 zuordnen (LABW, StAL F 152 III Bü 732).

Im zweiten Modul *Schriftlich festgehalten: Von Kerben im Holz zu bunten Emojis* geht es um die Entwicklung der Schrift. Nach einer kurzen Einführung erkunden die Schülerin-

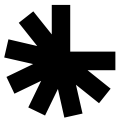


1

nen und Schüler unter Anleitung das Magazin und lernen am Beispiel von drei originalen Quellen, wie vor der Erfindung des Buchdrucks geschrieben wurde. Abschließend experimentieren sie in einer Schreibwerkstatt mit alten deutschen Schriftarten wie Fraktur oder Sütterlin. Auch hier dürfen die Schülerinnen und Schüler ihr Handy nutzen, um an digitalen Stationen beispielsweise ein Sütterlin-Leserätsel zu lösen oder ein Emoji-Quiz zu entschlüsseln.

Durch den Einsatz digitaler Tools ergeben sich viele Möglichkeiten, Geschichte spannend und interaktiv an unterschiedliche Ziel- und Altersgruppen zu vermitteln. Auch die Schulklassen sind begeistert und freuen sich auf weitere Module mit digitalen Elementen.

* Emma Barthold



Weinsberger Blutostern 1525

Bauern vollziehen an Graf Ludwig von Helfenstein und seinen Rittern eine demütigende Landsknechtsstrafe



M 1



1

Die Weinsberger Bluttat hatte eine außerordentliche Wirkung. Dass eine Gruppe siegreicher Bauern es wagte, Adelige, die sich ihnen bei der Eroberung der Stadt ergeben hatten, öffentlich nach Kriegsrecht hinzurichten, war ein revolutionärer Akt, der die feudalistische Ordnung in ihren Grundfesten erschütterte. Nach der Erstürmung von Burg und Stadt Weinsberg am Ostersonntag des Jahres 1525 vollzogen die siegreichen Bauern eine demütigende Landsknechtsstrafe an Graf Ludwig von Helfenstein und einem guten Dutzend seiner Ritter bei der Gerichtslinde vor dem Unteren Tor der Stadt: Sie wurden durch die Spieße gejagt und grausam getötet. Helfenstein ist nicht irgendein Ritter, sondern hoher Amtsträger, Obervogt der vorderösterreichischen Besitzungen in Württemberg, verheiratet mit einer natür-

M 1 Matthäus Merian der Ältere: Die Gräfin Helfenstein bittet Jakob Rohrbach um das Leben ihres Mannes. Im Hintergrund ist das Spießrutenlaufen dargestellt. Kupferstich um 1629 in Johann Ludwig Gottfried Historische Chronica oder Beschreibung der fürnehmsten Geschichten so sich von Anfang der Welt biß auff das Jahr Christi 1619 zugetragen.

Vorlage: Regensburg, Staatliche Bibliothek, 999/2 Hist. poL658, Non-commercial use only <https://rightsstatements.org/page/NoC-NC/1.0/?language=de>

1 Sühnekreuze am Ort der Hinrichtung in Weinsberg.

Aufnahme: Ulrich Maier

lichen Tochter Kaiser Maximilians. Noch am selben Tag unterrichtet die Reichsstadt Heilbronn den Pfälzer Kurfürsten Ludwig V. und die österreichische Regierung in Württemberg darüber. Zwei Tage später muss sich die Reichsstadt den Bauern öffnen und in ihren Bund eintreten. Das Bauernheer macht sich Richtung Würzburg auf. Götz von Berlichingen sieht sich gezwungen, die ihm angetragene militärische Führung des Bauernheers anzunehmen. Nach den Grafen von Hohenlohe und den Grafen von Löwenstein treten auch der Graf von Wertheim und selbst das Erzstift Mainz der *christlichen Bruderschaft der Bauern* bei, aus Angst die Vorgänge von Weinsberg könnten sich wiederholen. Doch führende Reformatoren wie Martin Luther und Philipp Melanchthon nehmen nun eindeutig gegen die aufständischen Bauern Stellung und rechtfertigen den Gegenschlag, den der Schwäbische Bund schon organisiert hat. Am 12. Mai wird eine Übermacht der Bauern in der Schlacht bei Böblingen besiegt. Kurz danach kann der Feldherr des Bundesheeres, Georg von Waldburg, den Hauptverantwortlichen der Weinsberger Bluttat, Jakob Rohrbach, gefangen nehmen. Er lässt ihn vor den Toren seiner Heimatstadt Heilbronn bei lebendigem Leib verbrennen (M 6). Am 21. Mai werden Weinsberg und das Weinsberger Tal verwüstet. Die Strafexpedition leitet ein Bruder des ermordeten Grafen, Graf Ulrich von Helfenstein.

Die Schuldfrage und die Bestrafung Weinsbergs

Inszeniert haben die Hinrichtung Bauern des Neckartäler Haufens unter Jakob Rohrbach. Sie hat sich unmittelbar nach der Gefangennahme der Adligen um die Mittagszeit des Ostersonntags abgespielt. Offenbar waren die Hauptführer des Bauernheers nicht anwesend. Nachträglich machen diese Jakob Rohrbach wegen seines eigenmächtigen Vorgehens Vorhaltungen, was dazu führt, dass Rohrbach in Weinsberg das Neckartäler Heer verlässt.

Die Weinsberger Bürger betonen, dass sie an der Erstürmung von Burg und Stadt Weinsberg sowie an der Hinrichtung der Adligen nicht beteiligt gewesen seien, sondern im Gegenteil an der Verteidigung der Stadt aktiv mitgewirkt hätten. Doch die württembergische Regierung und der Schwäbische

Bund sind sich einig, dass Weinsberg als Ort dieser *Untat* vernichtet werden muss. Sie lassen nach Ende des Bauernkriegs Zeugen vernehmen, um die Schuld der Weinsberger zu erhärten – was allerdings nicht gelingt. Lediglich von *Argwohn und Verdacht* ist in der Urfehde zu lesen (M 5), die Weinsberg unterzeichnen muss. Dies sollte aber genügen, um an der Stadt ein Exempel zu statuieren und ihre Verwüstung durch das Bundesheer nachträglich zu rechtfertigen. Weinsberg verliert alle Stadtrechte und bisherigen Freiheiten. Erst Jahrzehnte später erhält die Stadt schrittweise ihre Rechte wieder zurück.

Quellen und Materialien

Als Bildeinstieg kann der Stich von Matthäus Merian dem Älteren von 1629 dienen (M 1). Er zeigt im Hintergrund, wie die Ritter durch die Spieße gejagt werden, noch weiter entfernt Bauernheere und brennende Schlösser. Im Zentrum steht jedoch die – allerdings nicht sicher verbürgte – Szene, wie Gräfin Helfenstein mit ihrem Sohn die Bauernführer um das Leben ihres Mannes bittet. Die Darstellung führt mitten in das Geschehen hinein. Eine eingehende Bildbetrachtung soll Fragen aufwerfen, die zur Auseinandersetzung mit den schriftlichen Quellen motivieren. Der Brief der Stadt Heilbronn an die württembergische Regierung in Stuttgart vom Tag des Geschehens (M 2) fasst die Fakten knapp zusammen. Er bietet die Möglichkeit, exemplarisch den Weg der Überlieferung von einer Handschrift über die Umschrift zum Text in heutigem Deutsch aufzuzeigen.

Der Bericht der Stadt Weinsberg von Ende Mai 1525 fasst das Geschehen aus der Sicht der Bürger Weinsbergs zusammen. Aufschlussreich ist die Urfehde, die Weinsberg schwören und unterzeichnen muss. Eine Ausfertigung der Urkunde ist im Hauptstaatsarchiv in hervorragender Qualität erhalten (LABW, HStAS A 419 U 9). Das mehrfach gefaltete Pergament ist 80 Zentimeter breit und 60 Zentimeter hoch und mit Siegeln versehen. Ein kurzer Textauszug (M 5) hält die fragwürdige Schuldzuweisung an die Weinsberger Bürger fest. Die Zeitleiste (M 4) soll dabei helfen, den isolierten Vorgang der Hinrichtung im Kontext zu sehen.

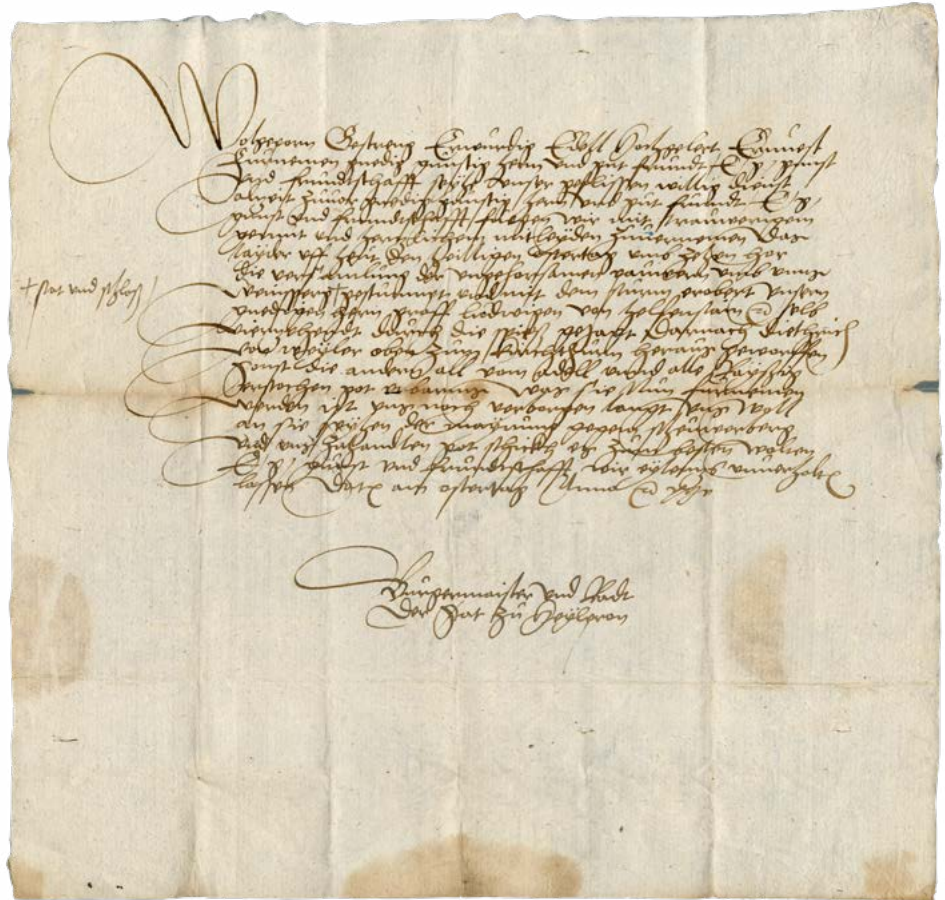
M 2 Aus dem Bericht der Stadt Heilbronn an die württembergische Regierung über die Erstürmung Weinsbergs, Ostern, 16. April 1525.

Vorlage: LABW, HStAS H 54 Bü 11, 17

M 3 Aus einem Bericht der Stadt Weinsberg, Ende Mai 1525.

Vorlage: Stadtarchiv Weinsberg A 848

M 4 Zeitleiste



M 2

M 2
 Wolgeporn Gestreng Ehrwürdig Edell Hochgeborener erneuert furnemen gnedig günstig herrn und gut freunt. E(uer) g(naden) gunst und freundschaft wyhr unser geflissen willig dienst alzeit zuvor. gnedig günstig Herr und gut freunt E(uer) g(naden) gunst und freundschaft fügen wir mit trauerigem gemüt und herzlichem mitleyden zu vernehmen, dass heut den hailligen Ostertg umb zehen hor die versamlung der ungehorsamen bauren umb uns Wainsperg (seitlich eingefügt: stat und schloß) gestürmpt und mit dem Sturm erobert, unsern gnedigen herrn graff Ludwigen von Helfenstain etc. selb vierzehndt durch die spieß gejagt. Darnach Dietrich von weyler oben zum Kirchturm heraus geworffen, sonst die andern all vom adell und alle Raisig erstochen, got erbarmt. Was sie nun furnemen werden, ist uns noch verborgen, langt uns woll an, sie seyhen der maynung gegen Scheuerberg und uns zu handeln. Got schickh es zum besten wohl. E(uer) g(naden) gunst und freundschaft wir eylens unverholen lassen. Date am oster-tag anno etc 25

Burgermaister und Radt der Stat zu Heylbronn

Wohlgborener, gestrenger, ehrwürdiger, edler, hochgeborener, erneut vornehmer gnädig günstiger Herr und guter Freund. Euer Gnaden Gunst und Freundschaft wir unseren geflissentlichen Dienst allzeit zuvor gnädigem günstigen Herrn und gutem Freund. Euer Gnaden Gunst und Freundschaft fügen wir mit traurigem Gemüt und herzlichem Mitleiden zu vernehmen, dass heute, dem heiligen Ostertag, um zehn Uhr die Versammlung der ungehorsamen Bauern um uns Weinsberg, Stadt und Schloss, gestürmt und mit dem Sturm erobert, unsern gnädigen Herrn, Graf Ludwig von Helfenstein etc. mit vierzehn Weiteren durch die Spieße gejagt. Danach Dietrich von Weiler oben zum Kirchturm herausgeworfen, sonst die anderen alle von Adel und alle Reisisge erstochen, Gott erbarme es. Was sie nun vornehmen werden, ist uns noch verborgen. Wir denken, sie seien der Meinung, gegen Scheuerberg und uns zu handeln. Gott schicke es zum besten Wohl. E(uer) G(naden) Gunst und Freundschaft wir eilends ganz offen zeigen lassen. Gegeben am Ostertag im Jahr 1525.

Bürgermeister und Rat der Stadt Heilbronn

M 3
 Als das Schloss erobert, die Stadttore fast vollständig aufgehauen und keine Hilfe oder Abwehr mehr möglich war, haben Graf Helfenstein und Dietrich von Weiler um Frieden gebeten und wollten sich und die Bürger gefangen geben. Doch die Bauern gingen nicht darauf ein, stürmten die Stadt an drei Stellen und fielen in sie ein. Danach begingen sie den Mord an den Adeligen. Vier Bürger waren auf dem Schloss erstochen, vier weitere Bürger beim Sturm auf die Stadt erschossen worden. Nach der Einnahme der Stadt forderten die Bauern die Bürger auf, sich in ihre Häuser zu begeben und diese nicht zu verlassen. Doch sind sie in die Häuser eingebrochen und haben die städtischen Kassen sowie das Barvermögen vieler Bürger geraubt, ebenso Kostbarkeiten aus der Kirche und ein Geschütz samt Kugeln, Pulver und Blei. Die Bürger haben bei der Verteidigung der Stadt 18 Bauern getötet und an die 40 verwundet. Die Bauern zwangen die Bürger, alle ihre Verwundeten in ihre Häuser aufzunehmen, sie mit Essen und Trinken zu versorgen und auf ihre Kosten ärztlich behandeln zu lassen.

M 4

4. April 1525

In Kloster Schöntal an der Jagst treffen sich die Heere der Odenwälder und Neckartäler Bauern, *um dem Wort Gottes und der Lehre Pauli Beistand und Folge zu tun und das Übel zu strafen und auszurotten unter Geistlichen und Weltlichen, Edlen und Unedlen*. Sie tragen weiße Kreuze auf ihren Mänteln und Fahnen mit dem Wahlspruch der Reformation: *Gottes Wort bleibt in Ewigkeit*. Sie nennen sich *Christliche Bruderschaft* in einem *Evangelischen Heer*.

11. April 1525

Die Grafen Albrecht und Georg von Hohenlohe müssen sich bei Grünbühl unterhalb Waldenburgs auf freiem Feld den Bauern stellen, auf die Zwölf Artikel schwören und sich der *Christlichen Bruderschaft* anschließen.

14. April 1525

Graf Helfenstein schreibt aus Weinsberg an die württembergische Regierung in Stuttgart, dass sich rund um Lichtenstern etwa 6.000 aufständische Bauern befänden. Er habe sie aufgefordert, heimzugehen, ansonsten würde er ihre Dörfer verbrennen und ihnen *Weib und Kinder nachschicken*. Helfenstein unternimmt mit seinem kleinen Heer aus etwa 60 Reitern Streifzüge gegen umherziehende Bauern und tötet viele von ihnen. Die Führer des Bauernheeres fordern auch ihn zum Eintritt in die *Christliche Bruderschaft* auf. Das Bauernheer zieht zunächst an Weinsberg vorbei und nimmt die Deutschordensstadt Neckarsulm ein. Helfenstein bittet die Regierung in Stuttgart um Verstärkung.

16. April 1525

In der Frühe des Ostersonntags marschiert ein Bauernheer sulmabwärts nach Weinsberg. Unterhändler fordern die Übergabe der Stadt. Einer der Ritter schießt auf sie. Gegen 8.00 Uhr beginnt eine Abteilung des Bauernheers mit dem Angriff auf die schwach gesicherte Nordseite der Burg. Um 9.00 Uhr ist sie eingenommen, wird geplündert und in Brand gesteckt, die Frau des Grafen Helfenstein und dessen dreijähriger Sohn in Haft genommen und später nach Heilbronn gebracht. Darauf dringen die Bauern vor die beiden Stadttore im Osten und im Südwesten der Stadt und beginnen sie mit Äxten aufzuhauen. Dabei werden sie von Bürgern beschossen und mit Steinen beworfen. Gegen 9.30 Uhr sind die Bauern in der Stadt. Graf Helfenstein, seine Ritter und Soldaten ziehen sich unter schweren Kämpfen in die Oberstadt zurück, zuletzt auf den Turm der Johanneskirche, dann geben sie sich den nachstürmenden Bauern gefangen und werden auf eine Wiese vor dem unteren Tor geführt. Dort werden Graf Helfenstein und dreizehn weitere Adelige wenig später durch die Spieße gejagt.

Hauptverantwortlich für die Hinrichtung der Adeligen ist Jakob Rohrbach, der sich mit den anderen Hauptleuten des Bauernheers überwirft, da sie ihm Vorhaltungen wegen der Ermordung der Adeligen machen. Er verlässt mit 200 Getreuen das Heer der Neckartäler und Odenwälder und schließt sich dem württembergischen Bauernheer an. Weinsberg bleibt von den Bauern besetzt. Die Grafen von Löwenstein müssen sich im Lager der Bauern vor Weinsberg einfinden, auf die Zwölf Artikel schwören und sich der *Christlichen Bruderschaft* anschließen.

17. April 1525

Das Bauernheer zieht vor die Reichsstadt Heilbronn und droht, die Weinreben vor der Stadt abzuholzen, wenn sich die Stadt nicht ergeben sollte.

18. April 1525

Heilbronn öffnet den Bauern die Tore, tritt der *Christlichen Bruderschaft* bei und rüstet einen Trupp Bürger für das Bauernheer aus. Heilbronn bleibt von den Bauern besetzt.

22. April 1525

Das Bauernheer zieht nach Gundelsheim, um mit Götz von Berlichingen zu verhandeln.

27. April 1525

Götz von Berlichingen übernimmt für vier Wochen die militärische Führung des Heers. In den kommenden Tagen schließen sich die Grafen von Wertheim, das Erzbistum Mainz und die Stadt Würzburg gezwungenermaßen den Bauern an.

6. Mai 1525

Martin Luther veröffentlicht in Wittenberg die Schrift *Wider die mordischen und reubischen Rotten der Bawren*, in der er sich von Gewaltaktionen der Bauern wie in Weinsberg distanziert und die Fürsten aufruft, gegen die Bauern mit aller Gewalt vorzugehen.

12. Mai 1525

Bei Böblingen wird das württembergische Bauernheer vom Schwäbischen Bund vernichtend geschlagen.

20. Mai 1525

Vor den Toren der Reichsstadt Heilbronn wird der Bauernführer Jakob Rohrbach hingerichtet.

21. Mai 1525

Die Stadt Weinsberg und die Dörfer des Weinsberger Tals werden in einer Racheaktion von einer Abteilung des Schwäbischen Bundesheeres niedergebrannt.

M 5 Aus dem Text der Urfehde vom 17. November 1525.

Vorlage: LABW, HStAS A 419 U9

M 6 Hinrichtung von Jakob Rohrbach am 20. Mai 1525 vor den Toren der Reichsstadt Heilbronn, kolorierte Zeichnung in einer Reim-Chronik über den Bauernkrieg bei Heilbronn, ca. 1551.

Vorlage: Badische Landesbibliothek, Sammelhandschrift Cod. Karlsruhe 2476, fol. 129r; wikimedia gemeinfrei

M 6



M 5

Am 17. November 1525 müssen die Weinsberger Bürger eine Urfehde (Strafvereinbarung) unterschreiben.

Wir die Bürger von Weinsberg bekennen für uns alle, unsre Erben und Nachkommen öffentlich und tun kund, dass ein Hauf Bauern sich vor die Stadt Weinsberg getan, diese erobert und darin die wohlgeborenen Edlen getötet haben: Ludwig Helferich, Graf zu Helfenstein, Amtmann zu Weinsberg, Dietrich von Weiler, der Ältere, Obervogt zu Bottwar und Beilstein, Dietrich von Weiler der Junge, sein Sohn, Hans Conrad Schenk von Winterstetten, Burgvogt zu Neuffen, Friedrich von Neuhausen, Burkhard von Ehingen, Sohn des Ritters Rudolph von Ehingen, Jörg Wolf von Neuhausen, Philipp von Bernhausen, Eberhard Sturmfeder, Hans Spät von Höpfigheim, Sebastian von Ow, Pleikard von Riexingen, Rudolph von Eltershofen, Rudolph von Hirnheim und Jörg von Kaltental der Jüngere, samt ihrer Diener und Knechte zum Teil erstochen, erschossen oder vor dem Tor der Stadt elendig und jämmerlich durch die Spieße gejagt und ermordet haben, weshalb ein merklicher Argwohn und Verdacht auf uns von Weinsberg gefallen, dass wir Mittäter seien, dazu Fürschub, Hilf, Rat und Zutun bewiesen haben sollen [...].

Als Strafe wird festgelegt:
Sämtliche städtischen Einnahmen müssen an die Regierung abgeliefert werden. Mit

Ausnahme des Schultheißen, des Stadtschreibers und des Kellers verlieren alle Amtsträger ihre Ämter. Weinsberg verliert die Stadtrechte und soll fortan ein Dorf sein. Alle Befestigungen sollen abgerissen werden. Ein dörfliches Gericht für kleinere Streitigkeiten soll am Ort der Hinrichtung tagen. An jedem Osterfest soll dort ein Gedenkgottesdienst für die hingerichteten Adeligen von Sonnenaufgang bis zur Mittagszeit stattfinden. Am Ort der Hinrichtung soll eine Kapelle errichtet werden mit einer Inschriftentafel aus Messing und vergoldeten Buchstaben sowie ein steinernes Kreuz. Die Bürger müssen alle Waffen und Rüstungen abliefern.

Erst 28 Jahre später erhält Weinsberg von Herzog Christoph von Württemberg in einer Begnadigungsurkunde seine alten Stadtrechte wieder.

M 6

Rohrbach gilt als Hauptverantwortlicher der Weinsberger Bluttat. Er wird nach der Niederlage der Bauern in der Schlacht bei Böblingen aufgegriffen. Bei den zu der Reichsstadt Heilbronn gehörenden Dörfern Neckargartach und Böckingen wird er öffentlich hingerichtet.

Der Text lautet: *Jacob Rohrbach hatt aufruhr gerathen, des muß er werden gebrathen, bey Neckargartach an einer weyden muß er der feuers flam leyden, bis er sein leben end, sein leib zu pulver ward verbrenndt. Jacob Rohrbachs von Böckingen, des aufrührers tod*

Möglicher Unterrichtsverlauf*Erste Sequenz: Das Geschehen*

In der ersten Sequenz werden Schülerinnen und Schüler mit dem Geschehen (M 1) konfrontiert. Sie sammeln Fragen, die in einem Tafelanschrieb festgehalten werden. Anhand von ausgewählten Quellen (M 2, M 3) rekonstruieren sie den Verlauf. Exemplarisch wird an M 3 der Weg von der Urkunde (Faksimile), der sprachlich originalen Umschrift bis zur Übertragung in heutiges Deutsch aufgezeigt. Die Ergebnisse werden in einer strukturierten Tafelskizze festgehalten. Abschließend wird der Vorgang mit Hilfe der Zeitleiste in den historischen Kontext gesetzt (M 4). Dabei soll der Gegensatz deutlich werden zwischen dem Anspruch der Bauernbewegung (*Evang. Heer, Gottes Wort zum Sieg verhelfen*) und der grausamen Hinrichtung der Adeligen vor Weinsberg, die zum Bruch zwischen dem Hauptverantwortlichen Jakob Rohrbach und den anderen Bauernhauptleuten führt.

Zweite Sequenz: Der »Fall Weinsberg«

Schülerinnen und Schüler fassen anhand der Quelle (M 5) zusammen, welche Folgen die Hinrichtung der Adeligen für die Stadt Weinsberg hat, und diskutieren die Frage, warum die Weinsberger Bürger für das Geschehen zur Verantwortung gezogen wurden, obwohl ihnen kein direktes Verschulden nachgewiesen werden kann. Dabei soll die Brisanz des Vorgefallenen für die herrschende feudale Ordnung deutlich werden. Die rigorose Ahndung der Hinrichtungen (Zerstörung Weinsbergs und der Dörfer des Weinsberger Tals, grausame Verbrennung Jakob Rohrbachs (M 6)) soll dabei ebenfalls kritisch hinterfragt werden.

Literatur:

Peter *Blickle*: Der Bauernkrieg. Die Revolution des Gemeinen Mannes. München 1989.

Der Bauernkrieg im deutschen Südwesten. Dokumente-Berichte-Flugschriften-Bilder. Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart und des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins. Bearbeitet von Hans-Martin *Maurer*. Stuttgart 1977.

Hermann *Ehmer*: ... schaden zum dott empfangen. Die Opfer der Weinsberger Bluttat an Ostern 1525 und ihre Memoria. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 80 (2021) S. 119–153.

Günther *Franz*: Der Deutsche Bauernkrieg. Darmstadt 1977.

Carlheinz *Gräter*: Der Bauernkrieg in Franken. Würzburg 1975.

Justinus *Kerner*: Die Bestürmung der württembergischen Stadt Weinsberg durch den hellen christlichen Haufen im Jahr 1525 und deren Folgen für diese Stadt. Aus handschriftlichen Überlieferungen der damaligen Zeit dargestellt (Morgenblatt für gebildete Stände, 1820, Nr. 274–278). In: Justinus Kerners sämtliche poetische Werke, in vier Bänden. Hg. von Dr. Josef Gaismaier. Leipzig o. J. [1905]. Bd. 4. S. 302–320.

Erich *Weismann*: Die Eroberung und Zerstörung der Stadt Weinsberg und des Schlosses Weinsberg im Bauernkrieg. Eine Rekonstruktion der Vorgänge nach zeitgenössischen Augenzeugenberichten. Weinsberg 1992.

*** Ulrich Maier**

Ulrich Maier, Studiendirektor i.R., unterrichtete bis zu seinem Ruhestand am Justinus-Kerner-Gymnasium Weinsberg und war Landeskundebeauftragter. Im Oktober 2024 erscheint sein neuestes Buch: »Der Bauernkrieg in Baden-Württemberg«.

Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Württemberg und das Elsass. 700 Jahre gemeinsame Geschichte

L'Alsace et le Wurtemberg.
700 Ans d'Histoire commune

Bearbeitet von Erwin
Frauenknecht und Peter
Rückert

Jan Thorbecke Verlag 2024

224 Seiten, deutsch
und französisch, gebunden.

€ 20,-

ISBN 978-3-7995-2069-0



»Fragmentum«

Liturgische Musik im Mittelalter
auf Einbandfragmenten

Hg. von Stefan Morent
und Peter Rückert. Unter Mitarbeit
von Erwin Frauenknecht,
Michael Braunger und
Waltraud Götz

Jan Thorbecke Verlag 2023

100 Seiten, kartoniert

€ 10,-

ISBN 978-3-7995-2043-0



Deuten und streiten, suchen und finden

Neue Möglichkeiten der Ko-
operation zwischen Archiven und
Geschichtswissenschaft beim
Aufbau digitaler Infrastrukturen

Hg. von Rainer Hering und
Gerald Maier

Jan Thorbecke Verlag 2023

84 Seiten, kartoniert

€ 19,-

ISBN 978-3-7995-2037-9



»Neugier war mein Job«

Landespolitik und Zeitge-
schehen in Pressebildern von
Burghard Hüdig

Bearbeitet von Albrecht Ernst,
Thomas Fritz und Maren Volk

Jan Thorbecke Verlag 2023

168 Seiten, gebunden

€ 20,-

ISBN 978-3-7995-2042-3



Barrierefreiheit im Archiv

Der Zugang zu Archivgut
am Beispiel gehörloser
Nutzer*innen

Nora Wohlfarth

Jan Thorbecke Verlag 2023

116 Seiten, kartoniert

€ 19,-

ISBN 978-3-7995-1989-2



Vor Ort und virtuell Archive und Gesellschaft im digitalen Zeitalter

81. Südwestdeutscher
Archivtag am 19. und 20. Mai
2022

Hg. von Ulrich Schludi

Jan Thorbecke Verlag 2023

108 Seiten, kartoniert

€ 20,-

ISBN 978-3-7995-2018-8



Die Bände sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich. Alle Neuerscheinungen finden Sie auf der Website des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landesarchiv-bw.de) unter »Landesarchiv > Publikationen«.



Archivnachrichten und Quellen für den Unterricht finden Sie auch auf der Website des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landesarchiv-bw.de) unter »Landesarchiv > Publikationen > Archivnachrichten«.



Zudem finden Sie auf der Website des Landesarchivs (www.landesarchiv-bw.de) aktuelle Berichte, Veranstaltungshinweise und vielfältige digitale Angebote.



Sie können die Archivnachrichten kostenfrei abonnieren: <https://www.landesarchiv-bw.de/de/landesarchiv/publikationen/archivnachrichten/5413>

Kontakt

**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Präsident
Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Zentrale Dienste
Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: zentraledienste@la-bw.de

**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Archivischer Grundsatz
Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: grundsatz@la-bw.de

**Institut für Erhaltung von
Archiv- und Bibliotheksgut**
Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6600
Telefax: 07141/64854-6699
E-Mail: ife@la-bw.de

Staatsarchiv Freiburg
Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

**Generallandesarchiv Karlsruhe
mit Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus**
Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

**Grundbuchzentralarchiv
Kornwestheim**
Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154/17820-500
Telefax: 07154/17820-510
E-Mail: gbza@la-bw.de

Staatsarchiv Ludwigsburg
Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6310
Telefax: 07141/64854-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

**Hohenlohe Zentralarchiv
Neuenstein**
Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/94780-0
Telefax: 07942/94780-19
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de

Staatsarchiv Sigmaringen
Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de

**Staatsarchiv Wertheim
im Archivverbund Main-Tauber**
Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de